

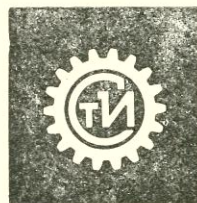
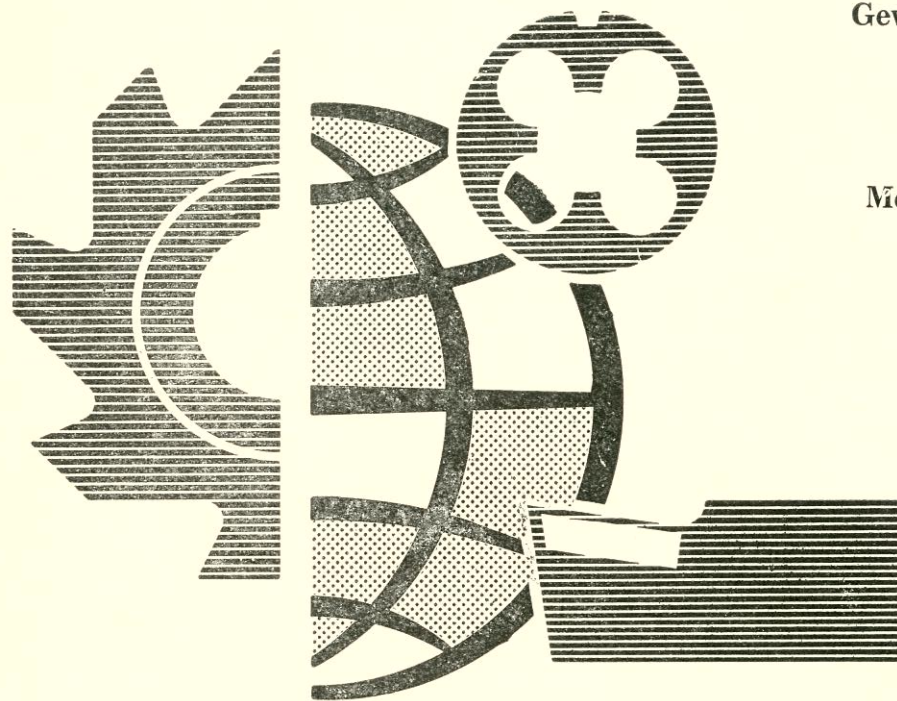
Индекс 70624

SCHNEIDEWERKZEUGE AUS SORTENSTÄHLEN

V/O STANKOIMPORT exportiert

Normal- und Spezialinstrumente (Meter- und Zollmaße),

darunter Spiralbohrer,
Gewindebohrer, Schneideisen,
Senker, Reibahlen, Fräser,
Wälzfräser, Stößel,
Zahnhobelmeißel,
Meißelköpfe für Zahnradbe-
arbeitung,
allerlei Räumwerkzeug,
Feilen, Nadelfeilen,
Raspel.



Die sowjetischen Schneidestähle
sind zuverlässig und dauerhaft.

V/O STANKOIMPORT
Moskau G-200
Telex 179

На немецком языке

NEUE ZEIT

Observator: Die Konferenz in Khartum

Harry Freeman (USA): Wer Wind sät

Der Geheimkrieg gegen die arabischen Länder

Gift auf allen Wellen (Bücherschau)

33

16. AUGUST
1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



KIRGISISCHE KUNST

In diesem Sommer manifestieren die Sowjetrepubliken in Moskau ihre Leistungen in Kultur und Kunst. Im Juli fanden Kultur- und Kunstschauen Turkmeniens, Kasachstans, Litauens und Kirgisiens statt.

Oben: Die Volksänger K. Tschodronow und A. Toktonalijew; Volkskünstler der Republik Assek Dschumabajew. Unten: Der Chor des Kirgisischen Opernhauses und die Volkskünstlerin der UdSSR B. Bejschenalijewa



NEUE ZEIT

Nr. 33

16. August 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang
Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Spreche.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 11. August erschienen.

In diesem Heft:

Oberstleutnant A. Leontjew – Die abwärtsführende Treppe hinauf . . .	1
Observator – Die Konferenz in Khartum	4
Harry Freeman – Wer Wind sät . . .	6
A. Kuzenkov – 20 Jahre unabhängiges Indien	9
N. Baryschnikow – Die sozialistische Industrialisierung (Aus der Geschichte der Sowjetwirtschaft) . . .	12
A. Komitis – Wieder der Lemnitzer- Plan	15
Zeitgeschehen: Die Tagung von Kampala • Saigoner Schaukel . . .	16
V. Tschernow – Der Geheimkrieg gegen die arabischen Länder . . .	18
J. Konowalow – Somalia am Scheideweg	20
A. Dymkow – Die Vorgänge in Wuhan	23
Internationale Umschau	24
A. Ter-Grigorian – Die Farben der Mongolei	26
Mary McCarthy – Reportage aus Südvietnam (Schluß)	28
W. Ostrogorski – Gift auf allen Wellen (Bücherschau)	31
Biographisches: Moham- med Haji Ibrahim Egal	21
Leserbriefe	5
Chronik	32

Die abwärtsführende Treppe hinauf

Übersicht von Oberstleutnant
Alexej LEONTJEW

In den letzten Wochen bereitete Washington eine neue Etappe der Eskalation vor. Die Rechenmaschinen in den unterirdischen Gewölben des Pentagon liefen sich heiß. Robert McNamara stellte Aufgaben, prüfte Varianten, ließ Vorteile und Verluste gegeneinander abwägen. Er reiste eigens nach Südvietnam, um die Lage an Ort und Stelle zu studieren. Jetzt sind die Vorbereitungen fast beendet. Der Vietnamkrieg tritt in eine neue, noch gefährlichere Etappe.

Man darf die wechselseitige Verbundenheit und die Abfolge der Ereignisse nicht übersehen. Am 12. Juli kehrte Verteidigungsminister McNamara aus Saigon nach Washington zurück, und bereits am 13. Juli verübten 12 amerikanische Flugzeuge einen barbarischen Überfall auf einen Roten-Fluß-Damm in der Nähe des Dorfs Ha Trach (Kreis Lâm Thao, Provinz Phu Tho). In den folgenden Tagen wurden die Wasserbauanlagen der Demokratischen Republik Vietnam noch mehrmals gebombt, besonders stark am 19. Juli, als Flugzeuge schwere Sprengbomben auf den Abschnitt des Roten-Fluß-Damms bei dem Dorf Chi Minh (Kreis Phu Xuyên, Provinz Son Tay) abwarfen. Am 29. Juli verursachte die amerikanische Luftwaffe durch einen Großangriff am rechten Ufer des Cäu (Provinz Vinh Phuc) einen schweren Dammschaden.

Das US-Kommando wartete mit diesen Angriffen absichtlich, bis der Wasserstand der vietnamesischen Flüsse gestiegen war. Durch die Zerstörung von Wehren und Dämmen will es die Saaten überschwemmen.

Am Tage nach seiner Rückkehr befahl McNamara in Washington auch einen anderen Schritt zur Eskalation. Nach zweimonatiger Unterbrechung flogen am 13. Juli strategische Bomber B-52 drei Angriffe auf die nördliche Hälfte der 10 Kilometer tiefen entmilitarisierten Zone zwischen der DRV und Südvietnam. Von da an vergeht fast kein Tag ohne solche Angriffe. Gleichzeitig haben die Amerikaner den Beschuß der entmilitarisierten Zone und der Südgebiete der DRV von der See aus und zu Lande verstärkt. Dazu sind Schiffe der 7. Flotte eingesetzt, darunter die kürzlich für diesen Zweck bestimmten Kreuzer „Boston“, „St. Paul“ und „Providence“ sowie schwere Artillerie, deren Stellungen sich südlich vom 17. Breitengrad befinden.

Am 28. Juli drangen starke Kräfte der amerikanischen Marineinfanterie in die Südhälfte der entmilitarisierten Zone ein. Einheiten des 9. Marineinfanterieregiments marschierten nördlich der 16 Kilometer von der Küste entfernten Ortschaft Con Thien in diese Zone ein.

Das war bereits der zweite Vorstoß in die entmilitarisierte Zone. Der erste wurde am 19. Mai unternommen. Damals brannten die Amerikaner mehrere Dörfer nieder und verschleppten Tausende Zivilisten in Konzentrationslager. Eine Woche darauf nahm das US-Kommando

seine Truppen aus der Zone zurück. Nun ist die zweite Invasion erfolgt, und mit dieser neuen Missetat haben die Aggressoren die Genfer Abkommen, den Status der Zone und das Völkerrecht abermals gröblich verletzt. Das Außenministerium der DRV qualifizierte die Invasion als ein „flagrantes und dreistes Verbrechen der USA-Imperialisten am vietnamesischen Volk, als eine freche Provokation, die sich gegen die öffentliche Meinung der Welt richtet“.

Heute sind an der vietnamesischen Küste außer drei Kreuzern fünf Trägerschiffe eingesetzt. Der sechste Träger, die „Forrestal“, kreuzte nach ihrer Generalüberholung am 25. Juli im Golf von Tongking auf, doch am 29. Juli brach auf ihr ein Brand aus, durch den 63 ihrer zu Überfällen auf Nordvietnam bestimmten 80 Flugzeuge beschädigt und fast 200 Matrosen und Flieger getötet oder verwundet wurden. Es war die größte Katastrophe der US-Marine während des ganzen Vietnamkriegs. Die „Forrestal“ ist gefechtsunfähig und wurde in die USA abgeschleppt. McNamara hat angeordnet, das Schlachtschiff „New Jersey“ aus der Reserve zu nehmen und in den Golf von Tongking zu schicken. Seine 40-cm-Geschütze werden am Beschuß der vietnamesischen Küste teilnehmen.

Die Zusammenziehung von so vielen Kriegsschiffen an der Küste Vietnams zeigt, daß die Interventen sich zu neuen gefährlichen Abenteuer anschicken. USA-Flugzeuge üben bereits den gemeinsamen Einsatz. Am 24. Juli führten Flugzeuge und Schiffe der Amerikaner einen koordinierten Schlag gegen Industrieobjekte in der Nähe der nordvietnamesischen Stadt Vinh. Laut AP war es der erste Fall eines Zusammenwirkens der Luftwaffe und der Seestreitkräfte gegen ein Großobjekt auf DRV-Gebiet. Beteiligt waren daran ein Kreuzer, zwei Zerstörer und Flugzeuge der Marineluftwaffe.

Die amerikanischen Flugzeuge haben ihre Angriffe auf Räume bei Hanoi und auf Vororte von Haiphong wiederaufgenommen. Wie die *New York Times* berichtet, erproben die amerikanischen Luftstreitkräfte „in Vietnam ein System von Bombenabwürfen mit Elektronenrechnern für Nacht- und Allwetterangriffe“.

Die Eskalation erfordert zusätzliche Truppen. Das ist ein weiteres und wohl auch das wichtigste Problem, um dessen Lösung sich Washington jetzt bemüht. In Südvietnam stehen bereits an die 470 000 US-Soldaten, aber sie führen Verteidigungskämpfe und können kaum ihre Stellungen halten. General Westmoreland fordert 100 000–200 000 Soldaten mehr. Um die Lage in der ersten Korpszone (in den Nordprovinzen) zu retten, verlegte er vor kurzem drei Brigaden aus dem Süden dorthin. Wie *U. S. News & World Report* berichtet, muß jetzt eine weitere Division in diesen Raum gelegt werden. Die zweite

Korpszone (Zentrales Hochplateau und Küstenebenen) braucht nach Ansicht des US-Kommandos gleichfalls eine weitere Division. Um Verstärkung sucht auch das Kommando der dritten Zone an, zu der der Raum von Saigon gehört. In der vierten Zone (Mekong-Delta) befindet sich nur eine Heeresbrigade der USA, nicht eine Division, wie geplant war.

Allein um die Stellungen zu halten, sind also mindestens noch drei Divisionen nötig. Woher soll man sie nehmen, wenn das Weiße Haus angesichts der nahenden Präsidentschaftswahlen selbst eine Teileinziehung von Reservisten für unerwünscht hält?

McNamara erklärte, kaum nach Washington zurückgekehrt, in den nächsten 90 Tagen würden 20 000–30 000 amerikanische Soldaten nach Südvietnam geschickt werden. General Westmoreland war über diese Knauserei empört. Nach langem Hin und Her wurde am 3. August Weisung gegeben, mindestens 45 000 Mann aus den USA nach Südvietnam zu schicken. Damit ist Westmoreland aber längst noch nicht zufriedengestellt. Washington forderte ihn deshalb auf, das eigene rückwärtige Gebiet durchzukämmen. Nach Angaben der amerikanischen Presse steht nämlich in Vietnam von je acht US-Soldaten nur einer als Infanterist an der Front. Die übrigen tun ihren Dienst im Transportwesen, auf den Schreibstuben, in Überholungswerkstätten und anderen Hilfseinrichtungen. Eine gewisse Anzahl von Schreibern und Köchen wird man also an die Front abstellen können, aber die Amerikaner haben in Südvietnam eine so brüchige Etappe, daß es für sie höchst gefährlich wäre, sie zu entblößen. Um einen Ausweg aus dem verwunschenen Kreis bemüht, verlangt Washington jetzt von seinen Verbündeten, sie sollten Verstärkungen nach Südvietnam schicken.

Um das zu erreichen, haben General Taylor und Clifford, der Vorsitzende des Beirats für Fragen der Kundschaftertätigkeit im Ausland, eine Reise nach Südvietnam, Thailand, Australien, Neuseeland und Südkorea unternommen. Allerdings hat sich einstweilen nur Saigon dazu entschlossen: es will weitere 70 000 Mann aufbieten, um seine Armee auf 700 000 Mann zu bringen. Der Kampfwert dieser Armee ist jedoch äußerst gering. Längst ist die Zeit vorbei, als das US-Kommando Saigoner Truppen an der Hauptkampflinie hielt und sie sogar zu gemeinsamen Operationen heranzog. General Westmoreland hat diese Verbände ihrer Unzuverlässigkeit wegen ins Hinterland zurückgenommen, wo sie die „Sicherheit“ der Dörfer und die „Befriedung“ sichern sollen. Aber aus begreiflichen Gründen schaffen die südvietnamesischen Truppen auch das nicht. Sie spielen jetzt nur eine Hilfsrolle.

Noch akuter wird das Problem des Kanonenfutters wegen der schweren Verluste der US-Truppen. In diesem Krieg sind bereits über 12 000 amerikanische Soldaten gefallen und 74 000 zu Krüppeln geworden.

Am 29. Juli, dem Tag der Explosion auf der „Forrestal“, kam es zu weiteren wenn auch weniger sensationellen, aber wichtigen Vorfällen. Eine Stunde vor der Katastrophe auf dem Träger geriet das zweite Bataillon des 9. Regiments der US-Marineinfanterie auf dem Rückmarsch aus der entmilitarisierten Zone in einen Hinterhalt. Unter den Füßen der Marineinfanteristen explodierten Minen, von beiden Seiten der Straße wurden sie von den Partisanen im Gebüsch unter Trommelfeuer genommen. Die Verluste des Bataillons: 50 Tote und 350 Verwundete. Das ist die Hälfte seines Mannschaftsbestands.

Am gleichen Tag ging ein Hagel von Partisanenraketen und -minen auf vier befestigte Stellungen in nächster Nähe von Saigon nieder. Dutzende amerikanische Soldaten wurden dabei getötet oder verwundet.

Und so geht es Tag für Tag. Die Befreiungsarmee läßt den Interventen keine Ruhe. Amerikanische Korrespondenten geben zu, daß ihre Schläge mit immer größerer Sachkenntnis geführt und immer wuchtiger werden, daß ihre Stärke wächst (laut *New York Times* 521 000 Mann) und sich ihre Bewaffnung verbessert.

Die USA haben bereits über 50 Milliarden Dollar für den Krieg ausgegeben, ohne daß es den Interventen gelungen wäre, ihre Lage einigermaßen zu verbessern. Die *Washington Post* schrieb am 20. Juli: „Vergleicht man das Gebiet, das wir heute kontrollieren, mit dem, das wir vor zwei Jahren überwachten, so ist ein Unterschied kaum zu bemerken.“

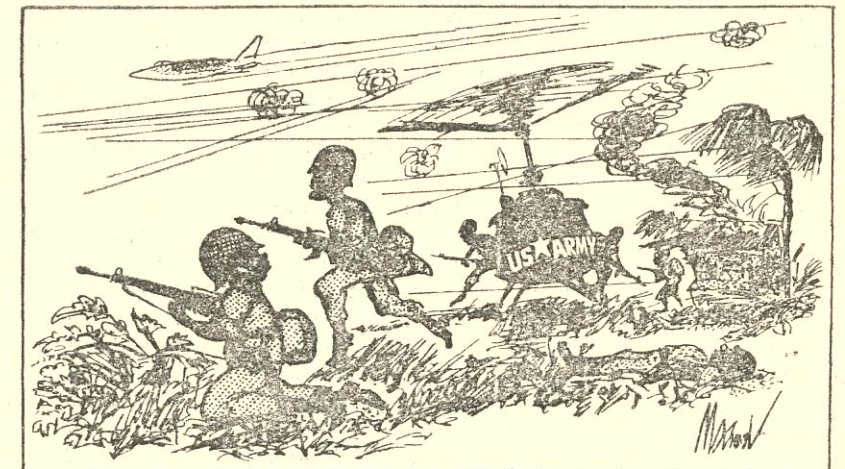
Die gewaltige amerikanische Kriegsmaschine war nicht nur außerstande, den Widerstand des Gegners zu brechen, sie konnte nicht einmal ihre Stützpunkte verteidigen und sich vor Verlusten bewahren. Einige amerikanische Kommentatoren halten jetzt eine „faktische Okkupation“ Südvietnams durch eine Armee von mindestens 5 Millionen Mann für erforderlich. Das übersteigt aber die Möglichkeiten selbst eines Landes wie die USA. Nur Opiumraucher in den Saigoner Spielunken können sich der Hoffnung hingeben, die Lage durch die Entsendung von weiteren 100 000 oder 200 000 Mann ändern zu können.

Der Krieg hat überzeugend gezeigt, wie absurd die Versuche des Pentagon sind, durch die verbrecherischen Bombenabwürfe auf Nordvietnam etwas zu erreichen. Es sind jetzt drei Jahre, seit die amerikanische Luftwaffe am 5. August 1964 ihren ersten Piratenüberfall auf die DRV verübte. Der Republik wurde in dieser Zeit beträchtlicher Schaden zugefügt. Aber das Volk der DRV hat die weiße Fahne nicht aufgepflanzt. Es ist fest entschlossen, den Kampf fortzusetzen, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten.

Die amerikanischen Bombenabwürfe werden immer weniger wirksam und immer kostspieliger. Selbst nach den unverkennbar beschönigenden Angaben des Pentagon hat die Luftwaffe der USA im Vietnamkrieg bisher fast 2500 Flugzeuge und Hubschrauber verloren. Der größte Teil von ihnen wurde im Luftraum der DRV abgeschossen, zu dessen Verteidigung Raketen, Fla-Geschütze und Jäger sowjetischer Produktion eingesetzt sind.

Das Volk der DRV hat eine bewundernswürdige Fähigkeit an den Tag gelegt, seine Wunden zu heilen und das Zerstörte wiederaufzubauen. Die Vergeltung hat sich im Norden wie auch im Süden Vietnams an die Fersen der Aggressoren geheftet. Sie ist nicht abzuwenden.

Die Stufen der Rolltreppe, die den Vietnamkrieg noch höher tragen soll, sind noch nicht gezählt. Das wird der Aggressor tun, wenn er sie hinunterfällt. Und alles spricht dafür, daß ihm das nicht erspart bleiben wird. Einstweilen aber sucht er verbissen, höher zu kommen, und hofft immer noch, sein Ziel zu erreichen, obwohl er noch ebenso weit von ihm ist wie am Anfang dieses Krieges.



Ein glänzendes Training fürs Zivilleben

The Times (England)

Die Konferenz in Khartum

OBSERVATOR

Nichts ist für die arabischen Völker heute wichtiger, als die Folgen der israelischen Aggression zu beseitigen. Die Eindringlinge haben die fruchtbarsten, am besten entwickelten Gebiete Jordaniens in der Hand, ferner die Halbinsel Sinai mit ihren Erdölvorkommen, an deren Erschließung die VAR erst gegangen war, und einen Teil Westsyriens. Der Aggression wegen ist der Suezkanal stillgelegt, wodurch Kairo einen beträchtlichen Teil seiner Deviseneinnahmen verloren hat. Das Wirtschaftsleben der arabischen Länder ist schwer gestört, einige von ihnen sind zu drastischen Budgetmaßnahmen gezwungen.

Natürlich verfügen die arabischen Staaten über ansehnliche Mittel, die eingesetzt werden können, um die Folgen der Aggression zu beseitigen. Im ganzen betrachtet, ist die arabische Welt eine imposante Macht: fast 100 Millionen Einwohner, gewaltige Räume, die sich vom Atlantik bis zum Indischen Ozean erstrecken, 60 Prozent der Erdölvorräte der kapitalistischen Welt, eine in den letzten Jahren gewachsene Industrie.

Um den Zusammenschluß der Bemühungen der arabischen Länder bei der Beseitigung der Aggressionsfolgen ging es auf der Konferenz ihrer Außenminister, die Anfang August in Khartum, der Hauptstadt Sudans, stattfand. An ihr nahmen 13 Länder teil, sämtliche Mitglieder der Arabischen Liga: Algerien, Irak, Jordanien, Jemen, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Saudiarabien, Sudan, Syrien, Tunesien und die Vereinigte Arabische Republik. Schon daß diese Konferenz stattgefunden hat, war ein großer Erfolg der Tendenz zu einem einheitlichen Vorgehen. Die Spannungen zwischen einzelnen arabischen Staaten haben ja recht tiefe Wurzeln: unterschiedliche soziale Systeme wie auch Unterschiede in der außenpolitischen Orientierung. So ist es kein Wunder, daß sowohl vor der Konferenz als auch, wie aus Pressemeldungen zu schließen ist, auf ihr selbst ernstlich darüber gestritten wurde, wie die arabischen Länder vorgehen müssen, um sich wieder in den Besitz der von Israel besetzten Gebiete zu bringen, um ihre territoriale Integrität wiederherzustellen und um ihre erschütterte Wirtschaft zu festigen.

Was muß im Vordergrund stehen: die Vorbereitung einer militärischen Revanche oder Bemühungen um eine politische Lösung, begleitet von wirtschaftlichem und sonstigem Druck auf die westlichen Schutzpatrone Israels? In welchem Rahmen sind Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen der arabischen Länder möglich, die sich an unterschiedliche außen- und innenpolitische Konzepte halten? Zu diesen Fragen wurden in arabischen politischen Kreisen höchst unterschiedliche Standpunkte geäußert.

Das gab der Westpresse Anlaß, ein Scheitern der Außenministerkonferenz zu prophezeien und zu behaupten, die Minister würden sich „verzanken“ oder bestenfalls würde jeder bei seiner Meinung bleiben. Dabei wurden, offenbar nicht ohne geheime Absicht, die alten, sehr alten Probleme

aufgebauscht, die trennend zwischen den arabischen Ländern stehen. Vor allem handelt es sich um Jemen, wo ägyptische Truppen stehen, und zwar auf Ersuchen der Regierung dieser jungen Republik, deren nächster Nachbar, Saudiarabien, seine feindselige Einstellung zu ihr nie verhehlt hat. Auf diese „Konfrontation“ hatten die Gegner der nationalen Befreiungsbewegung der Araber sehr gebaut. Sie glaubten insbesondere, sie werde sich als unüberwindliches Hindernis für den Zusammenschluß der Bemühungen der arabischen Länder im jetzigen kritischen Augenblick erweisen. Die Khartumer Konferenz hat jedoch gezeigt, daß hier falsch kalkuliert wurde.

Am Tag der Eröffnung der Konferenz erklärte der Außenminister der VAR, Kairo sei bereit, das Abkommen wieder in Kraft zu setzen, das 1965 in Jidda zwischen der VAR und Saudiarabien geschlossen wurde. Diesem Abkommen nach muß die VAR ihre Truppen aus Jemen zurückziehen, während Saudiarabien verpflichtet ist, die Feindseligkeiten gegen die Republik Jemen einzustellen. Obwohl Saudiarabien die Vorschläge der VAR noch nicht offiziell angenommen hat, war diese Initiative nach der Meinung aller bestimmend für die Atmosphäre auf der Konferenz der arabischen Minister und machte eine konstruktive Arbeit möglich.

Im Laufe ihrer fünftägigen Verhandlungen erörterten die Minister mehrere konkrete Fragen, die die Beseitigung der Aggressionsfolgen betreffen. Geprüft wurde namentlich ein irakischer 11-Punkte-Plan, der verschiedene Maßnahmen politischen und wirtschaftlichen Charakters vorsieht, darunter einen Erdölboykott, der sich gegen die USA, England und Westdeutschland richtet. Es wurde vorgeschlagen, die ausländischen Militärstützpunkte in den arabischen Ländern zu liquidieren. Die Vertreter Algeriens und Libyens erklärten, sie träfen für ihre Gebiete bereits die entsprechenden praktischen Maßnahmen.

Die Konferenzteilnehmer stimmten der Bildung eines arabischen Solidaritätsfonds zu und vereinbarten, die gegenseitigen propagandistischen Anfeindungen einzustellen. Sie beschlossen, auf den 15. August eine Konferenz der Wirtschafts-, Finanz- und Erdölminister nach Bagdad einzuberufen. Sie soll die Wirtschaftspolitik koordinieren. Dann soll in Khartum eine neue Außenministerkonferenz stattfinden und die Tagesordnung der für Ende August angesetzten arabischen Gipfelkonferenz festlegen.

Auf der Khartumer Konferenz sind nicht alle Differenzen beseitigt worden, doch hat sie zweifellos bewiesen, daß unter den heutigen Bedingungen ein einheitliches Vorgehen der arabischen Länder durchaus möglich ist. Das hängt mit den Veränderungen zusammen, die die Ereignisse der letzten Zeit an der Konzeption der arabischen Einheit bewirkt haben.

Die Unterstützung, die die Imperialisten Israel bei der Aggression erwiesen haben, konnte für die Bewegung um die arabische Einheit nicht ohne Folgen bleiben. Diese Bewegung wird antiimperialistisch profiliert. In Khartum war vor allem von Kollektivmaßnahmen gegen die westlichen Verbündeten Israels die Rede. Von ihnen sprachen selbst diejenigen, die auf mannigfaltige Weise mit diesen Verbündeten liiert sind.

Auch etwas anderes ist kennzeichnend. Alles läßt darauf schließen, daß extremistische, abenteuerliche Tendenzen, denen ein engstirniger Nationalismus zugrunde liegt, auf der Khartumer Konferenz keinen Anklang gefunden haben. Man gewinnt den Eindruck, daß der „Ultranationalismus“,

der früher in der Bewegung für die Einheit zweifellos eine Rolle gespielt hat, dem größten Teil der arabischen Öffentlichkeit immer weniger kreditwürdig vorkommt. Dafür entstehen die Voraussetzungen für die Festigung einer anderen Strömung, die auf der Erkenntnis beruht, daß die nationalen Interessen der arabischen Länder untrennbar sind von den sozialen Bestrebungen der werktätigen Schichten ihrer Bevölkerung, wie auch auf der Erkenntnis, daß Abenteuerismus und wirklicher Patriotismus nicht miteinander zu vereinbaren sind. Das war in vieler Hinsicht bestimmend für den Standpunkt, den ein so einflußreicher Staat wie die Vereinigte Arabische Republik auf der Khartumer Konferenz bezogen hat.

„Die Politik der VAR gegenüber den anderen arabischen Ländern“, schrieb die Kairoer Zeitung *Al-Ahram* am 5. August, „zeigt, daß die VAR ständig nach der praktisch größtmöglichen Einheit im Handeln strebt, ohne sich faktisch unbegründeten, abstrakten Hoffnungen zu überlassen und ohne auch nur das geringste von unseren revolutionären Prinzipien preiszugeben.“

Die Tatsache, daß die Aggressoren ihren Hauptschlag gegen die sozial fortschrittlichen Staaten richteten, hat gleichfalls einen Einfluß auf die Bewegung für die Einheit ausgeübt. Selbst einige Vertreter konservativer arabischer Regimes haben offenbar eingesehen, wie gefährlich es für sie wäre, wenn sie dem Imperialismus isoliert gegenüberstehen müßten. Die Staaten, die sich unter dem Druck

des Westens und des Eigennutzes ihrer eigenen herrschenden Kreise früher den fortschrittlichen arabischen Ländern offen entgegenstellten, sehen sich nun genötigt, ihre Politik den durch die israelische Aggression bedingten allgemeinen Bedürfnissen der arabischen Welt anzupassen. In der jetzigen kritischen Zeit fällt es prowestlichen Politikern (wie dem saudischen König Faisal) schwer, einen Kurs zu steuern, der die nationalen Empfindungen und Sehnsüchte ignoriert. Andernfalls laufen sie Gefahr, sich sowohl auf dem arabischen politischen Schauplatz im ganzen als auch in ihren Ländern selbst isoliert zu sehen.

Die Khartumer Konferenz war die erste Zusammenkunft von Vertretern der 13 unabhängigen arabischen Staaten nach der israelischen Aggression. Natürlich war kaum zu erwarten, daß es ihnen gelingen würde, ihre Bemühungen unverzüglich zu vereinigen und ihre Politik abzustimmen. Es steht auch außer Zweifel, daß die Feinde der Araber nach wie vor bemüht sein werden, unter ihnen Zwist zu stiften und sich dazu neben der objektiven Widersprüche auch der unterschiedlichen subjektiven Einstellungen dieser oder jener arabischen Führer zu bedienen. Die bevorstehenden Ministerkonferenzen und das geplante Gipfeltreffen werden zeigen, ob das gelingen wird. Es ist aber schon heute klar, daß die gemeinsamen Interessen des politischen Kampfes gegen die Auswirkungen der israelischen Aggression die Einheitsbestrebungen der Araber auf den Boden des praktischen Tuns stellen könnten.

Leserbriefe

NICHTS IST VERGESSEN!

Seit hundert Jahren hat Deutschland drei Kriegebrände gestiftet. Und wer garantiert dafür, daß in Westdeutschland nicht wieder die Kräfte die Oberhand gewinnen werden, die darauf lauern, einen neuen Krieg anzuzetteln?

Zu einem Krieg fehlen der Bundesrepublik nur noch Atomwaffen, und sie bemüht sich krampfhaft, welche zu bekommen. Aus einem geschlagenen Staat hat sich die Bundesrepublik in ein entwickeltes Land verwandelt, das die zweitgrößte Armee Europas aufgestellt hat. Das sehen alle Nachbarn der Bundesrepublik, und da ist es denn kein Wunder, daß kaum jemand die Friedensbeteuerungen der Bundesregierung glaubt. In Westdeutschland will man jetzt den Eindruck erwecken, als wären Aggressionen in Zukunft unmöglich, als existierte der Revanchismus nicht mehr. Doch die Welt hat weder Mauthausen, Buchenwald und Majdanek noch die zerstörten englischen Städte, die mit Blut getränkte russische Erde und Lidice vergessen. Sie wird nicht zulassen, daß sich die Schrecken der Vergangenheit wiederholen. Im zweiten Weltkrieg ha-

ben nicht nur die Armeen der Verbündeten gesiegt. Gesiegt haben auch Wahrheit und Menschlichkeit. Sie sind es, die den Frieden bewahren werden.

Karel Holub
Domažlice, CSSR

DAS BEGANN VOR LANGER ZEIT

Der heutige Krieg im Nahen Osten ist eines von den vielen Abenteuern der amerikanischen und englischen Imperialisten. Schon lange schüren die Imperialisten die Feindschaft zwischen der Arabern und den Juden. Unter der englischen Herrschaft war ich Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Palästinas, und ich möchte hier etwas aus meinen Erinnerungen erzählen.

Kolonialistische Körperschaften wie Keren-Kayemet und die Jüdische Kolonisationsorganisation suchten bei künftigen arabischen Feudalherren die fruchtbarsten Ländereien Palästinas zu erwerben. Von diesen Ländereien vertrieben sie die arabischen Fellachen (Bauern) und siedelten dort jüdische Einwanderer ein.

Die Fortschrittler Palästinas traten, geführt von der KPP, energisch gegen solche Schandtaten auf. Dafür

wurden sie entlassen und aus den von Vertretern der zionistischen Parteien geleiteten Gewerkschaften ausgeschlossen; man entzog ihnen das Recht auf ärztliche Betreuung und auf den Stellennachweis beim Arbeitsamt; sie wurden der Polizei ausgeliefert, kamen ins Gefängnis oder wurden ausgewiesen.

Besonders erinnere ich mich an eine Kampagne mit Namen „Afula“, die viel Staub aufgewirbelt hat. Afula ist ein fruchtbares Gebiet, wo es den Zionisten gelang, den Feudalherren Grund und Boden abzukaufen. Die Bauern weigerten sich aber, ihre Parzellen zu verlassen, die schon ihre Ahnen seit unvordenklichen Zeiten bestellt hatten. Sie legten sich auf die Erde und versperrten so den Eindringlingen den Weg.

Die fortschrittlichen Kreise Palästinas protestierten entschieden gegen die Repressalien, denen die arabischen Bauern ausgesetzt waren. In den Protestversammlungen forderten unsere Genossen, daß der Grund und Boden denen zurückerstattet wird, die ihn bearbeiten.

M. Panitsch
Mitglied der Kommunistischen Partei Palästinas seit 1923, Kommunarsk, Gebiet Lugansk, UdSSR

Wer Wind sät

Man brauchte kein Prophet zu sein, um zu wissen, was kommt. Die Anzeichen waren sichtbar wie Gewitterwolken am Horizont, waren hörbar wie das Ticken einer Zeitzunderbombe. Man brauchte nur Augen und Ohren offen zu halten.

Voriges Jahr kam es in den Negergettos von 38 Städten der USA zu Aufständen. Jeder, der sich die Mühe machte, genau hinzusehen und hinzuhören, der wußte, daß sie in diesem Jahr noch umfangreicher und heftiger sein werden. Die niederen Schichten der Negerbevölkerung litten mehr denn je und waren obendrein enttäuscht über die demagogischen Versprechungen, daß das Leben besser werden würde. Die versprochene „große Gesellschaft“ klang wie eine Verhöhnung der Leute, die noch immer in den von Ratten wimmelnden Slums hausen und Tag für Tag die demütigende Rassendiskriminierung und Segregation erdulden müssen. Was war sonst zu erwarten als neue, noch vehementere Zornesausbrüche in den Negergettos der wie Eiterherde stinkenden amerikanischen Städte?

Gewiß, die Negerführer, die die Stimmungen unter den Massen kannten, wußten, daß sich in den Gettos sozialer Sprengstoff ansammelte. Sie warnten. Im April sagte Floyd McKissick, der Führer einer weitverzweigten Negerorganisation, zu einem Korrespondenten der *U.S. News & World Report*:

„In Amerika kann sich in diesem Sommer kaum eine Stadt für immun gegen Unruhen halten.“

Er zählte eine Reihe von Städten auf, wo Ausbrüche besonders wahrscheinlich waren, darunter Detroit, New York, Cleveland, Newark, Los Angeles und Washington. Prophezeiung? Durchaus nicht. McKissick wußte einfach, daß es in den Negergettos garte. Das wußten auch andere Negerführer, z. B. Martin Luther King, der warnte, daß ein „langer, heißer Sommer“ im Anzuge sei.

Ebenso wenig kann man behaupten, daß die Regierung für die Gewitterwolken blind gewesen wäre oder das Ticken der Zeitzunderbombe nicht gehört hätte. Eingeweihte Regierungsbeamte wußten, daß die nach dem sogenannten Programm gegen die Armut angekündigten winzigen Reformen den Bewohnern der schwarzen

Harry Freeman, New York

Gettos keine Erleichterungen gebracht hatten. Die Verfasser des Geheimberichts der Regierung, den das *Wall Street Journal* ans Licht brachte, kamen zu dem gleichen Schluß wie McKissick, nämlich daß viele amerikanische Städte Aufstände in den Negergettos zu gewärtigen hätten.

Warum hat die Regierung dann nicht ernsthaft versucht, die Spannung, die in den schwarzen Gettos anwuchs, wenigstens teilweise zu mildern? Sie achtete nur mit halbem Ohr und halbem Auge auf die Vorgänge in den Städten Amerikas. Ihre Aufmerksamkeit galt hauptsächlich Südostasien. Sie war zu sehr davon in Anspruch genommen, in Vietnam Gelbe zu morden, als daß sie die Notlage und anschwellende Unzufriedenheit der Schwarzen zu Haus beachtet hätte.

Die USA geben für ihren wahnsinnigen, brutalen Aggressionskrieg in Vietnam jeden Monat über 2 Milliarden Dollar aus. Wenn Washington plötzlich zur Vernunft käme und die 2 Milliarden Dollar, die es jeden Monat für den Krieg in Asien bereitstellt, dafür verwenden würde, die Leiden der Gettobewohner zu mildern, dann gäbe es weder brennende Dörfer in Vietnam noch brennende Straßen in Detroit und Newark.

Blickt man zurück, so hat man den Eindruck, als habe es die Regierung bewußt zu den Aufständen in den Gettos kommen lassen. Sie hat „vorsätzlich in verbrecherischer Absicht“ gehandelt, wie man bei amerikanischen Gerichten in Strafprozessen zu sagen pflegt.

Im Februar d. J. stellte ich in der *Neuen Zeit* eine Analyse des Haushaltsentwurfes an, den Präsident Johnson dem Kongreß unterbreitete. Ich schrieb damals:

„Hatten die Bewohner der morschen Elendsquartiere noch die Spur einer Hoffnung auf Hilfe von Johnsons 'großer Gesellschaft', so hat ihnen seine Botschaft nun auch die letzte Illusion genommen. Der Präsident hat die Notlage der Negermassen kaum erwähnt. Statt dessen hat er (fast mit Barry Goldwaters Worten) besonders hervorgehoben, daß er die Absicht hat, für

„Sicherheit auf der Straße“ zu sorgen, und dazu hat er im Bundeshaushalt eine ansehnliche Summe für die Lokalpolizei im ganzen Land beantragt. So hat der Präsident unmißverständlich durchblicken lassen, daß jeder Versuch des Negergettos, sich aufzulehnen, sofort im Keim erstickt werden wird.“

Also haben die Mächtigen dieser Welt den beispiellos langen und heißen Sommer in den verrottenden Städten der USA in gewissem Sinne selbst herbeigerufen. Durch Kürzung der Kredite für die Negergettos haben sie Aufstände der Slumbewohner unvermeidlich gemacht, und sie waren bereit, bei sich zu Haus ebenso Gewalt zu üben, wie sie es im Ausland tun, um den Völkern zu diktieren.

Bestimmt hat Washington aber nicht vorausgesehen, wie heiß der Sommer und wie umfangreich und heftig die Ausbrüche in den Gettos sein würden. Um mit der Bibel zu sprechen, hat Washington Wind gesät und Sturm geerntet.

Sturm ist ein recht mildes Wort, wenn man daran denkt, was sich diesen Sommer in den Vereinigten Staaten abspielt. Die UPI-Agentur teilt mit, daß bis Ende Juli Gettoaufstände schon in 78 größeren und kleineren Städten stattgefunden haben, gut doppelt soviel wie im ganzen vorigen Jahr.

Wie die Welt weiß, kam es in den Negergettos von Detroit (Michigan) und Newark (New Jersey) zu großen Aufständen. Truppenteile mußten zusammen mit der Polizei aufgebieten werden, damit in den schäbigen Straßen von Newark — einer Stadt mit 400 000 Einwohnern — wieder Friedhofsruhe eintrat. 4700 Fallschirmjäger mit 26-t-Panzern haben 10 000 Mann der Bundesstaatstruppen und der Polizei geholfen, in Detroit, der fünftgrößten Stadt Amerikas, der Kraftwagenmetropole der Welt, die „Ordnung“ wiederherzustellen. Die „Ordnungshüter“ kannten bei der Niederwerfung der Aufstände in den Negergettos dieser beiden Städte keine Gnade.

Aber so aufregend die Geschehnisse in Detroit und Newark auch waren, sie waren nur Höhepunkte einer explosiven sozialen Lage in den ganzen USA, waren Symptome einer inneren Krise, der schwersten von allen, die die USA in den 40 Jahren seit der katastrophalen Wirtschaftskrise durchgemacht haben. Vor zwei Jahren, ja noch vor einem Jahr waren Unruhen in den Gettos Einzelercheinungen. Heute gibt es im Land keine Stadt, wo die Stadtbehörden der Polizei nicht Befehl erteilt hätten, ihre Waffen gegen aufrühre-

rische Slumbewohner einsatzbereit zu halten.

Heutzutage kommt es in vielen Städten verschiedener Landesteile zu größeren oder kleineren Gettoaufständen. Cleveland, Cincinnati, Toledo, Rochester, Birmingham, Flint — die Liste wird immer länger, alle Städte kann man sich gar nicht mehr merken. Selbst in Phoenix (Arizona), in der Hochburg Barry Goldwaters, finden Gefechte statt. Der innere Konflikt, den Maßnahmen der Regierung ausgelöst haben, spitzt sich zu. Wie die UPI mitteilt, sind 4000 Reservisten wegen „eventueller Rassenunruhen“ nach Memphis (Tennessee) beordert worden. 100 Reservisten wurden nach Lorain, dem Brennpunkt der Stahlindustrie von Ohio, geschickt, damit sie der dortigen Polizei helfen, „die Ordnung aufrechtzuerhalten“. 700 Soldaten patrouillieren noch immer in den Gettostraßen von Cambridge (Maryland), einem Brennpunkt der Fischerei und Fischverarbeitung, über den noch jetzt der Kriegszustand verhängt ist. Über Philadelphia, dessen Name Stadt der brüderlichen Liebe bedeutet, ist der „teilweise Ausnahmezustand“ verhängt worden. Der Bürgermeister von Philadelphia, der viertgrößten Stadt der USA, hat die Polizei angewiesen, alle zu verhaften, die sich in Gruppen von zwölf und mehr Personen zu beliebigem Zweck versammeln, es sei denn zu „organisierter Freizeitgestaltung“. Die Protestdemonstrationen gegen die von Ratten wimmelnden Gettohäuser fallen natürlich nicht unter diesen Begriff. In manchen Städten ist in den Negervierteln die Polizeistunde eingeführt worden.

Am 28. Juli schreibt die UPI zusammenfassend über die Lage in den Negergettos: „Mit der Taktik der eisernen Faust haben Militär und Polizei in Detroit und in einem Dutzend anderer Städte den Rassenfrieden wiederhergestellt, aber in ungefähr ebenso vielen amerikanischen Städten wird gekämpft.“

Es ist also nicht zu verkennen, daß in der Negerbewegung während des letzten Jahres nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Veränderungen eingetreten sind. Man kann wohl sagen, daß die quantitativen Veränderungen einen Stand erreicht haben, auf dem der ganze Kampf der erbitterten farbigen Slumbewohner eine neue Qualität angenommen hat. Es ist nicht mehr der „heiße Sommer“ von 1965 oder 1966. Es ist ein ganz anderer, zur Weißglut erhitzter Sommer.

Während Washington in Südostasien Krieg führt, um dort die nationale Frei-

heitsbewegung zu ersticken, sieht es sich in einen vorläufig noch „begrenzten Krieg“ zu Haus verstrickt und versucht, die kämpfenden Neger niederzuwerfen, die auch um Freiheit ringen: um Freiheit von einem Apartheidsystem und allem, was dieses Wort bedeutet. Mag die Zahl der wirklichen und potentiellen Schlachtfelder in Amerika auch geringer sein als in Vietnam, so sind es doch genug, den Washingtoner Strategen Kopfzerbrechen darüber zu machen, in welchen Städten sie wieviel reguläre Truppen als Verstärkungen für die Reservisten und die Polizei brauchen werden.

Niemand kann genau angeben, wieviel sozialer Sprengstoff sich in den Negergettos der USA angesammelt hat. Niemand kann mit Gewißheit sagen, wie weit sich der Krieg an der inneren Front ausdehnen wird. Klar ist nur, daß das Land von einer äußerst schweren inneren Krise heimgesucht ist, deren ganze Folgen kaum abzusehen sind.

Die Ursachen der Wandlungen

Die herrschenden Kreise der USA neigen dazu, eine Krise mit einer Verschwörung — mit einer roten Verschwörung natürlich — zu erklären. Man geht an die Dinge, ob im Inneren oder auswärts, ganz primitiv heran. Die Dominikaner, die Kongolesen, die Vietnamesen wollen Unabhängigkeit? Blödsinn! Eine rote Verschwörung, weiter nichts! Dasselbe sagt man auch bei Geschehnissen im Lande selbst.

Vorläufig haben nur einige Lokalbeamte als Ursache der Gettoaufstände eine Verschwörung bezeichnet. Man müßte sich aber sehr wundern, wenn der Ausschuß des Repräsentantenhauses für unamerikanische Betätigung und dergleichen Körperschaften nicht auch sehr bald in dieses Horn stießen. Indes kennt die Geschichte wenig spontane Aufstände wie die jetzigen in den amerikanischen Negergettos.

Diese Gettoaufstände sind unorganisiert, ohne Führung, ohne klares Ziel oder Programm. Es sind spontane, vulkanische Ausbrüche der Empörung und der Erbitterung, die sich in den schwarzen Gettos gestaut haben.

Manche bekannte Negerführer bedauern die Geschehnisse. Roy Wilkins, der Leiter des Landesverbandes zur Förderung der Farbigen, A. Phillip Randolph, ein alter Negergewerkschafter, Whitney Young, der der Nationalen Stadtliga vorsteht, und Martin Luther King haben eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, in der sie dazu aufrufen, den Unruhen in den Gettos ein

Ende zu bereiten. Sie werfen der Regierung aber auch in diesem Schriftstück vor, daß sie die Mißstände in den Gettos nicht bereinigt. Diese älteren Führer sind der Meinung, daß auf die Unruhen in den Gettos Zwangsmaßnahmen der Regierung folgen und daß sie dem Kampf der Neger um Gleichberechtigung hinderlich sein werden. Dagegen neue, junge Führer — solche wie Stokely Carmichael und Rap Brown vom Koordinationskomitee der Studenten für gewaltlose Aktionen — begrüßen diese Aufstände. Sie vertreten den Standpunkt, daß die unterdrückten Schwarzen in Amerika nur durch ganz entschlossenes Vorgehen Freiheit erlangen und soziale Fortschritte herbeiführen können.

Nach den bisher vorliegenden Angaben aber haben weder die „Gemäßigten“ noch die „Streitbaren“ großen Einfluß auf die Negermassen. Als Whitney Young Ende Juli Aussagen vor einem Senatsausschuß machte, gab er zu, daß die „gemäßigte“ Negerführung jetzt machtlos ist. Er sagte, die „Gemäßigten“ hätten ihren Einfluß auf die Slumbewohner eingebüßt. Sie könnten jetzt nicht in die Gettos gehen und der Negerjugend sagen, sie solle „die andere Wange hinhalten“.

„Die Jugend hört nicht mehr auf uns“, sagte Young, „sie glaubt nicht mehr, daß unsere Methoden wirksam sind.“

Die jüngeren, „streitbaren“ Führer aber — Carmichael, Brown u. a. —, deren Ansichten mehr den Stimmungen der Slumbewohner entsprechen, sind organisatorisch sehr schwach. Warum sind dann die Unruhen in den Gettos gerade jetzt so heftig geworden und haben im ganzen Land solchen Umfang angenommen? Das fragen sich viele.

Eine natürliche Erklärung ist die zunehmende Erbitterung über die alten, noch immer unbehobenen Mißstände in den Gettos: Massenarbeitslosigkeit, niedrige Löhne, überfüllte baufällige Slumhäuser, unzulängliche Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten, schlechte ärztliche Betreuung, Polizeibrutalitäten, demütigende Apartheid plus — und es ist ein schwerwiegendes Plus — die Enttäuschung über die Reformversprechungen.

Die Armen in den Gettos sind nicht nur in ihrem Glauben an die vom Weißen Haus versprochene „Große Gesellschaft“ irre geworden, sondern auch in dem Glauben an die ganze von den Weißen eingeführte Ordnung wie überhaupt in dem Glauben an die Versprechungen und Ziele der liberalen Reformen, der weißen wie der schwar-

zen. Die jungen Neger, die durch die Straßen der Negerviertel von New York, Detroit, Newark und anderen Städten streifen, haben nur Aussicht auf Gelegenheitsarbeit als Dienstboten, auf lange Tage der Untätigkeit und Verzweiflung und auf Zusammenstöße mit der Polizei — eine Zukunft ohne jeden Hoffnungsschimmer.

Ein New-Yorker Korrespondent der Zeitschrift *Time* interviewte eine Gruppe von Negern, die während der Detroitter Gefechte wegen angeblicher Plünderung festgenommen wurden. Er schreibt:

„Es schien ihnen nichts auszumachen, daß sie gefaßt worden sind. Viele meinten, sie wären sowieso einmal im Gefängnis gelandet. Ist doch ganz egal, sie holen uns ja doch“, sagte ein älterer Neger. „Und dann: Wir haben ja sowieso nichts.“

Diese und unzählige andere Bewohner der schwarzen Gettos haben nie etwas von Karl Marx gehört. Aber die bitteren Erfahrungen aus dem Getto haben sie gelehrt, daß sie nichts als ihre Ketten zu verlieren haben. Das sehen sogar manche Leute aus den herrschenden Kreisen ein. Am 26. Juli schrieb das *Wall Street Journal* in einem Leitartikel: „Künftige Historiker werden den Sommer 1967 vielleicht den Zeitpunkt nennen, an dem der amerikanische Neger jede Hoffnung auf den weißen Mann endgültig verlor.“

Es gibt noch andere Dinge, die zum Anschwellen der Empörung in den schwarzen Gettos beigetragen haben. Eins ist zweifellos der Krieg in Vietnam. Die Regierung der USA verausgabte für den schmutzigen Krieg in Südostasien in einem Monat mehr als für den „Krieg gegen die Armut“ sowohl der Neger als auch der Weißen in einem ganzen Jahr. Die Neger wissen, daß die Mißstände in den Gettos teilweise oder ganz behoben werden könnten, wenn man das Geld, das für den Krieg in Südvietnam bereitgestellt wird, für Hilfe an die niederen Gesellschaftsschichten ausgäbe. Sie wissen auch, daß verhältnismäßig mehr schwarze als weiße Amerikaner als Kanonenfutter nach Vietnam geschickt werden und daß die Neger dort schwerere Verluste haben.

Teilnehmer der Aufstände in den Gettos sprechen oft von Vietnam. Ein Korrespondent der Zeitung *Christian Science Monitor* zitiert einen Neger, der auf Glasscherben in der Rauchwolke stand, in die die 12. Straße und die Blaine Street von Detroit gehüllt waren. Der Mann sagte:

„Ich bin erst vor einigen Monaten

aus Vietnam zurückgekommen, aber wissen Sie, mir scheint, der Krieg wird hier geführt... Dort mußte ich töten. Die Leute haben das alles satt. Was soll ich denn jetzt machen?“

Mike Pappas, ein weißer Korrespondent des Columbia Broadcasting System, fragte David Hardy, den farbigen Reporter einer Zeitung aus Plainfield (New Jersey), was die Teilnehmer des Gettoaufstandes in dieser Stadt mit 50 000 Einwohnern sagen, die 15 Meilen südöstlich von Newark liegt.

„Was die Leute sagen?“ fragte Hardy zurück. „Sie sagen, daß sie lieber hier als in Vietnam sterben möchten. Sie finden, daß sie mehr gewinnen, wenn sie hier sterben.“

In den letzten Monaten hat sich einiges zugetragen, was die Negermassen noch mehr empört hat. Eins dieser Geschehnisse war die Verurteilung von Cassius Clay oder Mohammed Ali, wie er sich lieber nennt, wegen Militärdienstverweigerung. Der Boxer Ali, ein Neger, Weltmeister der Schwergewichtsklasse, vielleicht der beste Boxer, den es je gegeben hat, wird von der Negerjugend vergöttert. Er hat den Dienst im Heer verweigert, weil er grundsätzlich gegen den Krieg in Vietnam ist und weil er sich als Moslemgeistlicher für berechtigt hält, ebenso wie Geistliche anderer Glaubensbekenntnisse vom Dienst freigestellt zu werden. Das Gericht wies seine Beweisgründe zurück und verurteilte ihn zu einer Haftstrafe. Sollte das Urteil in der nächsten Instanz nicht aufgehoben werden, so kommt Ali hinter Gitter. In den Negergettos und nicht nur dort ist man über das Urteil sehr aufgebracht.

Das zweite Geschehnis, über das die Neger empört sind, war der Beschluß des Repräsentantenhauses, dem Neger Adam Clayton Powell, einem Kongreßmitglied von Harlem, sein Mandat zu entziehen. Trotz seiner Priesterwürde scheint es Powell im Privatleben nicht so genau genommen zu haben. Aber machen das nicht viele Kongreßmitglieder? Der Senator Thomas Dodd, Vertreter der Demokratischen Partei von Connecticut, wurde „finanzieller Verfehlungen“ überführt, die, gelinde gesagt, viel größer sind als diejenigen, die man Powell zuschreibt. Dodd ist aber ein Weißer und obendrein ein eifriger Antikommunist. Ihm hat man sein Mandat nicht entzogen, er ist mit einer milden Rüge davongekommen. Die Neger sehen also, daß es auch im Kapitol zweierlei Recht gibt: eins für Schwarze und eins für Weiße.

Vor kurzem hat sich noch etwas zugetragen, das Öl ins Feuer goß. Im Juli, als die Gettoaufstände schon ausgebrochen waren, debattierten die Weisen aus dem Repräsentantenhaus über eine Gesetzesvorlage, laut der im Laufe von zwei Jahren je 20 Millionen Dollar für die Ausrottung der Ratten in den Gettos bereitgestellt werden sollten. Eine Lappalie im Staatshaushalt der USA, der jährlich über 100 Milliarden Dollar umfaßt. Die Ratten sind in der Tat eine große Plage der Negerviertel. Unzählige Kinder werden von ihnen gebissen. Im Saal aber herrschte Heiterkeit. Die Vorlage wurde unter höhnischem Gelächter mit einer großen Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Antwort der Regierung

Trotz des Umfanges der Rassenunruhen deutet nichts darauf hin, daß die Regierung bereit wäre, konzilianter und flexibler an die Behebung der neuen nationalen Krise heranzugehen. Sie scheint vorzuhaben, die von Präsident Johnson in seiner Januar-Botschaft über den Haushaltsentwurf dargelegte Politik fortzusetzen. Mit anderen Worten: Sie rechnet darauf, der Lage in den Gettos mit einem Krümchen Zuckerbrot und einer großen Peitsche Herr werden zu können.

Die Zahl der Opfer dieser Zusammenstöße zeugt davon, wie schonungslos die Behörden gegen die Aufständischen vorgehen. Nehmen wir Detroit, den Schauplatz des größten Gettoaufstandes. Nach jüngsten Angaben sind dort 39 Personen — 31 Neger und 8 Weiße — umgekommen. Mindestens einer der Weißen war das Opfer einer Polizeikugel. Über 90 Prozent der in der Detroitter Schlacht Verwundeten sind Neger. Ebenso ist das Verhältnis bei den 5000 Verhafteten und Eingekerkerten. In Newark ist es dasselbe: 27 Tote, davon 25 Neger.

In diesen beiden großen Städten und in einer Menge kleinerer haben Polizei und Militär wahllos auf jeden Farbigen geschossen. Die *Washington Post* schildert das Blutbad in Newark wie folgt:

„Alle Morde fanden statt, nachdem der Bürgermeister von Newark, Hugh Addonizio, die städtische Polizei angewiesen hatte, beliebige Maßnahmen zur Niederwerfung des Aufstands zu ergreifen... Viele sind den regellosen Schießereien zum Opfer gefallen, die die Polizei und die Nationalgarde auf vermeintliche Plünderer und Scharfschützen eröffneten. Drei Frauen fanden in ihren eigenen Häusern den Tod, und

eine Frau, Rose Abraham, wurde auf der Straße erschossen, als sie ihre Kinder suchte.“

Wie ein Korrespondent der *New York Times* bezeugt, wurde dem Militär in Detroit folgendes gesagt: „Erst schießen, dann Fragen stellen!“ Wie das aussah, schildert Gene Roberts von der *New York Times*:

„Eine Negerfamilie saß im Wohnzimmer im Dunkeln. Draußen tobte

eine Schlacht. Einer der Männer zündete ein Streichholz an, um sich eine Zigarette anzustecken, und sofort kam eine Kugel durch die Scheibe geflogen und traf die vierjährige Tonia Blanding tödlich.“

Am 27. Juli erklärte Präsident Johnson im Fernsehen, daß eine Kommission zur „Untersuchung“ der Krise eingesetzt worden sei. Er forderte die Zuhörer auf, um „Versöhnung unserer

tief gespaltenen Nation“ zu beten. Die einzige praktische Entscheidung, die er bekanntgab, war aber der Befehl, das Militär forciert im „Kampf gegen Aufwühler“ zu drillen.

Es ist ganz klar, daß man mit Gewalt und Repressalien die Krise in den Gettos nicht beheben kann, sondern daß diese Maßnahmen nur dazu angetan sind, die Negermassen noch mehr zu erbittern.

20 Jahre unabhängiges Indien

Anatoli KUZENKOW

Die indischen Städte und Dörfer waren festlich illuminiert, auf den Straßen wogte die Menge; jeder wollte Zeuge und Teilnehmer des historischen Ereignisses sein. Kaum schlugen die Uhren Mitternacht, so übertönten die majestätischen Klänge der Nationalhymne die frohlockenden Rufe: „Jai Hind!“, „Es lebe Indien!“. In diesem Augenblick wurde in Delhi die orangefarbene Flagge gehißt: Indien war unabhängig. Das war der Schlußstrich unter der finsternen Epoche der Kolonialsklaverei. So geschah es vor 20 Jahren, am 15. August 1947.

Am nächsten Morgen wurden die Straßen gekehrt, die welken Blumengewinde abgenommen. Das Fest war vorbei, und es begann der mühselige Alltag des neuen Indien. Vor den alten Mauern des Roten Forts, über dem die neue Fahne flatterte, dehnte sich ein gewaltiges Land, an den Bettelstab gebracht durch die zweihundertjährige Herrschaft der britischen Kolonisatoren. Auf Schritt und Tritt ergaben sich Probleme, von denen keines Aufschub duldete.

Die Lage der indischen Volksmassen war schwer. Hunger, Elend und Seuchen wichen nicht von ihrer Seite. 85 Prozent der Bevölkerung konnten nicht lesen und schreiben. Hunderttausende Dörfer,

die keinen Eisenpflug, keine Elektrizität kannten, dümmerten in Unwissenheit dahin, der Willkür der Wucherer und Gutsbesitzer preisgegeben. Es gab kein Entweichen aus dem Kastensystem, das den Menschen der Initiative und der Möglichkeiten beraubte, seine Fähigkeiten schöpferisch anzuwenden. Dutzende Millionen „Unantastbare“ waren praktisch der elementaren Rechte beraubt.

In der Pro-Kopf-Quote der Produktion stand Indien in der Welt an einer der letzten Stellen. Es mangelte an Lebensmitteln und Konsumgütern. Die Schwerindustrie befand sich im Embryonalzustand. Metall, Brennstoff, Werkzeug- und andere Maschinen wurden importiert. Bankwesen, Handel und die wichtigsten Industriezweige standen unter der Kontrolle des Auslandskapitals.

Vor ihrem Abzug aus Indien hatten die britischen Kolonisatoren alles getan, um das Leben dort zu desorganisieren.

Schon in den ersten Tagen der Unabhängigkeit wurde die Freude der Inder durch ein Massaker zwischen Hindus und Moslems verdüstert. Millionen Flüchtlinge fluteten unter Zurücklassung ihrer Habe, ihres Grund und Bodens aus Indien nach Pakistan und aus Pakistan nach Indien. Es war nicht

leicht, ihnen Brot, Unterkunft und Arbeit zu geben. Heute noch erinnern die kläglichsten Umsiedlerkolonien an diese Tragödie. Die Teilung des Landes, das früher ein einheitlicher Wirtschaftsorganismus gewesen war, wirkte sich qualvoll auf die Ökonomie aus.

Die Regierung des unabhängigen Indiens wurde von der Partei Indischer Nationalkongreß gebildet, die seitdem an der Macht ist. An die Spitze des Kabinetts trat ein hervorragender Staatsmann: Jawaharlal Nehru. Seine Regierung verkündete ein großangelegtes Programm wirtschaftlicher und sozialer Umbildungen und legte die Grundsätze der Außenpolitik des Landes fest. Diese Linie erhielt den Namen „Nehru-Kurs“. Innenpolitisch war die Abschaffung der veralteten Institutionen vorgesehen, eine Offensive auf die Stellungen der Feudalherren und Gutsbesitzer, der Aufbau einer modernen Industrie, vor allem im Rahmen des staatlichen Sektors. Außenpolitisch wandte Indien sich gegen eine militärpolitische Allianz mit den imperialistischen Westmächten.

1951 nahm Indien seine Fünfjahrpläne der wirtschaftlichen Entwicklung in Angriff. Damit wurde der Grundstein zur staatlichen Planung und Regelung der Volkswirtschaft gelegt. Der Zustrom von

Auslandskapital und die Tätigkeit der einheimischen privatkapitalistischen Unternehmer in den entscheidenden Wirtschaftszweigen wurden eingeschränkt. Dadurch wurde die wirtschaftliche Entwicklung merklich beschleunigt. Völlig neu geschaffen oder wesentlich erweitert wurden so wichtige Produktionszweige wie die Eisen- und NE-Metallurgie, der Werkzeugmaschinen-, Transportmaschinen- und Gerätebau, die Erdölgewinnung und -raffinierung u. a. Dabei wurden Dutzende größter Industriebetriebe, Kraftwerke und komplexe Wasserbauanlagen im Rahmen des staatlichen Sektors geschaffen.

Eine große Hilfe erhielt Indien bei der Festigung seiner industriellen Basis von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern.

In Hardwar, einer Stadt im Himalaja-Vorland, ist ein Werk für schwere Elektroausrüstungen in Betrieb gesetzt worden, in Ranchi, zuvor einem kleinen Kurort in Ostindien, ein Riesenwerk des Schwermaschinenbaus. Unweit von diesen, in Durgapur, inmitten eines Reviers von Kohletagebauen, rauchen die Schloten eines Großbetriebs für Bergbauequipements. Im Herzen Indiens ist das Hüttenwerk Bhilai errichtet worden, das größte in Asien. Es bestreitet heute ein Viertel des indischen Stahlausstoßes. Auf einer Ebene im Staat Madras ist das mit Ligniten betriebene Großkraftwerk Neiveli entstanden, die energiewirtschaftliche Basis für die industrielle Entwicklung des indischen Südens. In die Baumwollfelder des westindischen Gujerat sind die Ölreviere von Anklesvar eingeprengt. Die Gewinnung geht dort erfolgreich voran. Anklesvar ist eine der elf Öllagerstätten, die in Indien mit Hilfe sowjetischer Fachleute entdeckt worden sind. Die Sowjetunion half Indien bei der Ausbildung vieler Tausender Fachleute, die heute an Werkzeugmaschinen stehen, Erdöl gewinnen, Fabriken und Kraftwerke bauen.

Die sowjetischen Menschen sind aufrichtige Freunde Indiens. Seine Erfolge und auch seine Schwierigkeiten gehen ihnen nahe. Indien und die UdSSR werden nicht nur durch die bemerkenswer-

ten Früchte der sowjetisch-indischen Wirtschaftszusammenarbeit geeint, sondern auch durch die gemeinsamen Schritte unserer Staaten auf der internationalen Arena im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für den Frieden und die Sicherheit der Völker.

In den verflossenen 20 Jahren ist in Indien auch im Bereich der Volksbildung und des Gesundheitswesens Beträchtliches geleistet worden. Jedem, der Indien bereiste, fielen die Reihen der Kinder mit den hausgewebten Taschen über die Schulter auf, die morgens in die Schulen gehen. Die Zahl der Schulen und anderer Lehranstalten ist auf das 2,5fache, die der Schüler mehr als auf das Doppelte gestiegen. All das hat die verschlafenen indischen Dörfer aufgerüttelt. Der Staat hat Gesetze erlassen, durch die die Kastenprivilegien aufgehoben wurden. Jede Benachteiligung aus Kastengründen wird jetzt als strafbares Delikt geahndet. In den indischen Staaten wurden Bodenreformgesetze verabschiedet. Gefördert wird die Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, denen der Staat mit Krediten, Düngemitteln und Saatgut hilft.

Es wäre naiv zu meinen, all diese sozialökonomischen Neuerungen wären reibungslos eingeführt worden, alle verabschiedeten Gesetze und verkündeten Reformen seien schon verwirklicht. Das Erreichte ist das Ergebnis eines angestrengten Kampfes. Nehru sagte seinerzeit: „Die Reformen wurden nur unter dem Druck der Nichtprivilegierten durchgeführt“, also dank den Werktätigen.

In der politischen Kräfteverteilung gab es in den verflossenen 20 Jahren mehr als eine Veränderung. Die Entwicklung der demokratischen Bewegung kennt so manches Auf und Ab. Bis 1962 erkämpfte sie immer neue Erfolge, aber als sich der chinesisch-indische Grenzkonflikt im Herbst 1962 verschärfte, versuchten die Rechtskreise, die politische Initiative an sich zu reißen. Die bewaffneten Zusammenstöße zwischen China und Indien boten ihnen eine Handhabe, die Offensive gegen alles

Fortschrittliche in der Innen- und Außenpolitik Indiens zu entfalten und zu versuchen, die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung zu zügeln.

Wesentlich begünstigt wurde die Offensive der Rechtskräfte auch durch die Inkonsistenz und die unentschlossene Haltung der Führung der Kongreßpartei bei der Realisierung der verkündeten Umbildungen. Hier ein Beispiel. Einer der ersten Schritte des unabhängigen Indiens war die Abschaffung der Feudalfürstentümer und die Bildung eines Einheitsstaats. Die Regierung nahm den zahlreichen Radschas und Maharadschas zwar die politische Macht, nicht aber die wirtschaftliche. Sie haben ihre großen Besitzungen und ihre unschätzbaren Reichtümer behalten. Heute sind die Feudalkreise eine der mächtigsten Kräfte der Rechtsopposition. Bei den vierten allgemeinen Parlamentswahlen (Frühjahr 1967) waren in vielen Fällen gerade Vertreter der Fürstenhäuser die eifrigsten Kandidaten der Reaktion.

Inkonsequent und unentschlossen war auch die Agrarpolitik der Regierungspartei. Das verkündete Bodenreformprogramm sah eine ganze Reihe von Maßnahmen vor: die Abschaffung des besonders archaischen Systems der Grund- und Steuerbeziehungen, das als Zamindar-System bekannt ist, die Einschränkung des Pachtzinses und die entsprechende Verbesserung der Lage der Pächter, die Festsetzung einer Höchstgrenze für Bodenanteile. Faktisch wurde aber lediglich das Zamindar-System abgeschafft. Alle anderen Reformen stießen auf den Widerstand der Großgrundbesitzer und der anderen reaktionären Kräfte Indiens.

In den Jahren der Unabhängigkeit gelang es auch nicht, die Positionen des nationalen Großkapitals und des Auslandskapitals zu erschüttern. Die Zugeständnisse seitens der Regierungspartei haben dazu geführt, daß die indischen Monopole gewachsen und stärker geworden sind. Auf sie entfallen heute fast 50 Prozent aller Besitzwerte des Privatsektors, und ihr Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Leben des

Landes wächst. Die Politik der Monopole und die Aktivität der Reaktion machen natürlich die breiten Massen der Werktätigen und die fortschrittliche Intelligenz unzufrieden und stoßen bei ihnen auf Abfuhr.

Das verursacht soziale Spannungen und kompliziert die innenpolitische Lage.

Heute ist das Monopolkapital der Hauptorganisator und -zusammenhalt der reaktionären Kräfte. Unter seinem Druck wurde die Politik gegenüber dem Staatssektor einerseits und dem ausländischen Privatkapital andererseits wesentlich revidiert.

Die Verstärkung der Position des Großkapitals und die Ungelöstheit vieler spruchreif gewordener sozialökonomischer Probleme öffneten die Büchse der Pandora und setzten die obskuren, reaktionärsten Kräfte frei, die tief im Schoße der indischen Gesellschaft gegärt hatten. In verschiedenen Teilen Indiens entwickelten Parteien, die auf die kastenbedingten, religiösen und nationalistischen Vorurteile spekulieren, eine emsige Betriebsamkeit. Sie suchten das Land zum Mittelalter zurückzuzerren und schüren den Separatismus. In mehreren Fällen fordern sie sogar die Ausgliederung ganzer Gebiete des Landes zu selbständigen Staaten.

Obwohl die reaktionären Kräfte Indiens sozial recht buntscheckig sind, werden sie doch durch gemeinsame politische Ziele geeint. Sie erstreben die unbeschränkte Freiheit des privatkapitalistischen Unternehmertums, predigen ein enges militärpolitisches Bündnis mit dem Westen und suchen die demokratische Bewegung und die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Sie träumen von einer „starken Regierung“, d. h. von der Diktatur des Geldsacks und der Militär- und Polizeibürokratie.

Nach Ansicht vieler Indier sind in den letzten Jahren auch in der Kongreßpartei die Kräfte stärker geworden, die bereit sind, der Großbourgeoisie weitere Zugeständnisse auf Kosten der Volksmassen zu machen.

Indien macht jetzt große wirtschaftliche Schwierigkeiten durch. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Konsum-

güterpreise wachsen, die Steuern werden erhöht, im Lande herrscht ein akuter Mangel an Lebensmitteln.

Die Versuche der Regierung, das Nahrungsproblem durch Auslandshilfe zu lösen, haben die Schulden Indiens an die Vereinigten Staaten, stark wachsen lassen. Das hat diesen Ländern neue Möglichkeiten gegeben, einen Druck auf die indische Innen- und Außenpolitik auszuüben.

Das Volk ist natürlich mit all dem unzufrieden. Die sozialen Konflikte haben sich zugespitzt, die Arbeiter- und die demokratische Bewegung ist aktiver geworden. Im Jahre 1966 wogte eine Streikwelle durch viele Staaten und größte Städte Indiens. Die Streikenden forderten, daß dem Anziehen der Preise ein Ende gemacht werde. Sie verlangten die Bändigung der Monopole, einen wirksamen Kampf gegen die Lebensmittelspekulanten, die Errichtung eines staatlichen Monopols für den Getreidegroßhandel, die Erleichterung der Steuerbürde, die Festsetzung eines garantierten Existenzminimums, die Verstaatlichung der Banken, der Erdölindustrie und des Außenhandels, die Erweiterung des staatlichen Sektors und die Einstellung der Polizeirepressalien gegen die demokratischen Kräfte.

Die Massenaktionen der Werktätigen dauern auch dieses Jahr an. Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten streikten in den Staaten Uttar Pradesh, Andhra Pradesh, Kerala, Misor, Radschastan und anderen Gebieten. Am 17. Juli lagen die Jutefabriken in Kalkutta still. 250 000 Arbeiter verliehen ihrer Forderung nach besseren Lebensbedingungen und nach Verstaatlichung des Handels mit Juteerzeugnissen durch einen eintägigen Streik Nachdruck.

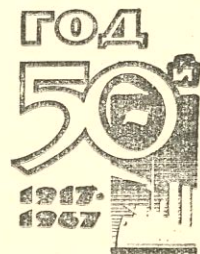
Im Kampf erstarkt die politische Reife der Werktätigen, kommt nach und nach trotz vieler Schwierigkeiten und Hindernisse in einzelnen Landesgebieten die Einheit der demokratischen Kräfte zustande. Bei den allgemeinen Parlamentswahlen traten die demokratischen Parteien und Organisationen in vielen Fällen gemeinsam hervor, und

diese Koalition der Linkskräfte hatte einen bestimmten Erfolg, besonders in den Staaten Kerala und Westbengalen, wo es den linken und demokratischen Kräften gelungen ist, Koalitionsregierungen ohne Teilnahme der Kongreßpartei zu bilden. Jetzt bemühen sich die Regierungen dieser Staaten darum, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen und bekämpfen die Monopole und Spekulanten, die sich an den Entbehrungen des Volkes enorm bereichern. Am 14. Juli verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung von Westbengalen auf Antrag der Regierung der Vereinigten Front der Linksparteien ein Gesetz, durch das die britische Straßenbahngesellschaft Calcutta Tramways Co. unter Kontrolle gestellt wird. Wie die indische Presse berichtet, finden die von den nichtkongressistischen Linksuregierungen verkündeten politischen Programme bei den Massen Anklang und tragen zur weiteren Entwicklung der demokratischen Bewegung im Lande bei.

Vor einem Monat verkündete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Indiens die Aufgabe, die Einheit der Volkskräfte und der demokratischen Kräfte des Landes weiter zu festigen, die Massenbewegung für die lebenswichtigen Forderungen des indischen Volkes noch mehr zu erweitern.

Der 20jährige Weg des unabhängigen Indiens zeigt, daß das Land trotz aller früheren und jetzigen Komplikationen bestimmte Erfolge beim nationalen Aufbau erzielt hat. Diese Erfolge sind ebenso klar, wie die positive Rolle Indiens in der internationalen Arena. Die von Friedensliebe getragene Politik der Blockfreiheit, deren Fundament Jawaharlal Nehru legte, hat Indien in der ganzen Welt Achtung und Ansehen verschafft. Indiens Standpunkt zu vielen wichtigsten internationalen Angelegenheiten dient der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit.

Alle aufrichtigen Freunde Indiens wünschen seinem Volk Erfolg im Kampf für den sozialen Fortschritt, für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit, für den Frieden.



Nikolai BARYSCHNIKOW

DIE SOZIALISTISCHE INDUSTRIALISIERUNG

Die Hauptaufgabe beim Aufbau des Sozialismus war die sozialistische Industrialisierung...

... Die Industrialisierung schuf die notwendige materielle Basis für die Stärkung der ökonomischen Selbständigkeit unseres Landes, für die technische Modernisierung aller Volkswirtschaftszweige und für die Umstellung der Landwirtschaft auf eine neue, sozialistische Grundlage. Die Industrialisierung hatte außerordentlich große soziale und politische Bedeutung. Sie stärkte das gesellschaftliche Eigentum auf dem entscheidenden Gebiet der Wirtschaft, sie sorgte dafür, daß die kapitalistischen Elemente in der Stadt verdrängt wurden, sie sicherte den Sieg der sozialistischen Ordnung in der Industrie und das Wachstum der Arbeiterklasse und trug dazu bei, ihre führende Rolle in der Gesellschaft zu festigen und die wirtschaftliche Macht sowie die Verteidigungskraft der UdSSR zu stärken. Die vom Volke geschaffene sozialistische Industrie bedingte in vieler Hinsicht den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg.

(Aus den Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion „50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution“)

Die Erfahrungen bei der Industrialisierung der UdSSR, die im großen und ganzen vor mehr als einem Vierteljahrhundert zum Abschluß gebracht wurde, und die bei uns erarbeiteten Industrialisierungsmethoden haben unvergängliche, geschichtliche Bedeutung. Sie zeigen, wie ein früher rückständiges Land unter der neuen Gesellschaftsordnung in kurzer Zeit ein starker Industriestaat werden kann. Deshalb wenden sich viele Länder Europas, Asiens und Afrikas, obwohl sie die mit der Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft zusammenhängenden Aufgaben verschieden lösen, häufig unseren Erfahrungen zu und benutzen sie im einen oder anderen Grade.

In all den Jahren standen unsere Methoden beim sozialistischen Aufbau im Kreuzfeuer der Gegner des Sozialismus, und obwohl die weitere Geschichte des Sowjetlandes die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges bestätigt hat, gibt man im Westen noch heute die Versuche nicht auf, die Industrialisierungsmethoden in der Sowjetunion zweifelhaft erscheinen zu lassen und das Vertrauen der Völker anderer Länder in sie zu erschüttern.

Das Hauptargument einiger bürgerlicher Volkswirte lautet, daß die sowjetische Industrialisierung besonders mühselig gewesen sei. Sie behaupten, sie habe von den Werktätigen mehr Anstrengungen und Mittel gefordert als die Industrialisierung der kapitalistischen Länder.

Einer dieser Volkswirte ist Prof. Nevins. Er preist die „billige“ amerikanische Industrialisierungsmethode und gibt ihr den Vorzug vor der sowjetischen Methode. Als Antwort an Nevins hat der bekannte amerikanische Historiker und Publizist Herbert Aptheker mit Recht festgestellt, daß es

an den Kapitalisten Rußlands und der übrigen Welt gelegen hat, wenn die Industrialisierung der UdSSR kostspieliger gewesen ist. Er schrieb: „Gerade wegen ihrer Boykotte, Interventionen und Kriege hat diese Arbeit bedeutend größere Kosten verursacht.“

Die kapitalistischen Länder wurden mit Hilfe einer unmenschlichen Ausbeutung von Millionen arbeitenden Menschen industrialisiert. Auch die Mittel dafür verschaffte man sich dort durch Plünderung: auf Kosten der nationalen Schätze der Kolonien.

Im Sowjetland wurde die Industrialisierung mit ganz anderen Methoden vorgenommen.

DIE AUSGANGSSTELLUNGEN

Die Industrialisierung stellt im Dasein des Sowjetstaates eine ganze heroische Epoche dar. Er nahm als erster den sozialistischen Aufbau in Angriff, und das unter schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Das vorrevolutionäre Rußland war ein rückständiges kapitalistisches Land, es war größtenteils agrarisch. Im Jahre 1913 leistete es nur etwas mehr als 4 Prozent der industriellen Weltproduktion. Je Landesbewohner gerechnet, erzeugte Rußlands Industrie nur ein Dreizehntel bis Vierzehntel dessen, was die USA oder England erzeugten, und ein Zehntel dessen, was die deutsche Industrie leistete.

Das unzureichende Produktionsvolumen, das Fehlen einiger wichtigster Industriezweige und der technische Tiefstand machten Rußland in wirtschaftlicher Hinsicht zwangsläufig von den Westmächten abhängig. Unmittelbar

vor dem ersten Weltkrieg machten die Auslandsinvestitionen 47 Prozent des gesamten Aktienkapitals der russischen Industrie aus. Ungefähr die Hälfte des verhältnismäßig geringen Bedarfs an Maschinen und Betriebsausrüstungen wurde durch Import gedeckt. Obwohl Rußland die größten Kohle-, Eisen- und NE-Erzvorkommen hatte, führte es Kohle, Walzgut, Kupfer und andere Metalle ein.

Der imperialistische Krieg, die Auslandsintervention und der von der inneren Konterrevolution angezettelte Bürgerkrieg hatten die Wirtschaft zerrüttet. Lenin verglich Rußland mit einem Menschen, „den man halbtot geprügelt hat“. Im Jahre 1920 produzierte die Großindustrie nur ein Siebentel dessen, was sie 1913 produziert hatte. Der Ausstoß an Roheisen machte nur 2,4 Prozent desjenigen von 1913 aus, der an Zement und Ziegeln ein 35stel bzw. ein 40stel, und an Baumwollstoff wurde nur ein 20stel erzeugt. Viele Erzeugnisse wurden überhaupt nicht mehr fabriziert. Nimmt man die industrielle Produktion als Ganzes, so war das Land in die 70er oder 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückgeworfen worden.

DIE GENERALLINIE

Von der Partei der Bolschewiki geführt, stellten die Werktätigen, trotz ungeheurer innerer und äußerer Schwierigkeiten, die Volkswirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit — bis Ende 1925 — im großen und ganzen wieder her. Industrie und Landwirtschaft hatten ihren Vorkriegsstand beinahe erreicht.

Die sozialistische Revolution verlangte jedoch ein weiteres Anwachsen der Produktion und gründliche Umgestaltungen in Wirtschaft und Technik. Das alles war nur auf der Grundlage der sozialistischen Industrialisierung erreichbar, d. h. durch Schaffung und bevorzugte Entwicklung der Großindustrie, in erster Linie der Schwerindustrie, die eine sozialistische Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft gewährleisten konnte. Lenin sagte, daß wir ohne eine Schwerindustrie „keine Industrie aufbauen können, ohne diese aber sind wir als selbständiges Land überhaupt verloren“.

Das von feindlichen kapitalistischen Staaten eingekreiste Land stand vor der Wahl, entweder den Lebensstandard des Volkes vorübergehend bewußt um einiges zu senken, um eine mächtige Wirtschaft aufzubauen und die Verteidigungsfähigkeit zu stärken, oder aber sich von den vereinten Kräften der Weltreaktion erdrücken zu lassen. Das Sowjetvolk wählte das erste und war sich ganz darüber im klaren, wofür es die Schwierigkeiten der Industrialisierung auf sich nehmen mußte. Unter diesen Umständen nun nahm die Kommunistische Partei Kurs auf die sozialistische Industrialisierung und verkündete diesen Kurs im Jahre 1925 auf dem XIV. Parteitag als die Generallinie für die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR.

DIE WICHTIGSTEN BESONDERHEITEN

Von größter Bedeutung war die Wahl der Wege und Methoden für die Industrialisierung. Sie hing damit zusammen, daß die ständige Gefahr eines militärischen Überfalls sowie gewisse innere Verhältnisse eine möglichst schnelle Industrialisierung erforderlich machten. Sie wurde in der Sowjetunion in etwa 15—20 Jahren vorgenommen. Ein derartiges Tempo kannte kein einziges kapitalistisches Land. England beispielsweise brauchte für seine Industrialisierung

fast zwei Jahrhunderte, Amerika ungefähr eins. Im Laufe der Industrialisierung brachte es kein einziges kapitalistisches Land fertig, einen jährlichen Produktionszuwachs der Industrie von mehr als 10 Prozent zu erzielen. In der Sowjetunion betrug er vor dem Kriege 17—19 Prozent, der Zuwachs bei den Produktionsmitteln sogar fast 30 Prozent.

Das rasche Industrialisierungstempo wurde durch Faktoren wie die Planwirtschaft und die zentrale Leitung der Wirtschaft ermöglicht. Der Staat, der alle vorhandenen Mittel in seiner Hand vereinte, benutzte den größten Teil dafür, die Schwerindustrie zu entwickeln. Ein anderer höchst wichtiger Faktor war der Arbeitsheroismus des Sowjetvolkes, der fast zu einer Selbstverständlichkeit wurde. Der sozialistische Wettbewerb und seine derzeit höchste Form, die Stachanow-Bewegung, gewannen Massenumfang.

Auch die Quellen, aus denen die sozialistische Industrialisierung finanziert wurde, waren neu. Die kapitalistischen Länder bezogen die Mittel für ihre Industrialisierung aus der Ausbeutung der Werktätigen, aus der Plünderung der Kolonien, aus Eroberungskriegen mit Reparationen und aus Anleihen aus dem Ausland. Die Sowjetunion dagegen war wirtschaftlich fast völlig isoliert und konnte auf Auslandsanleihen nicht rechnen. Sie mußte mit ihren eigenen Ressourcen auskommen. Das waren die Hunderte Millionen Rubel, die sich früher die Ausbeuterklassen angeeignet hatten und die nach der Nationalisierung der Produktionsmittel Gemeineigentum des Volkes geworden waren.

Außerdem befreite die Sowjetmacht das Land davon, an die ausländischen Gläubiger die Zinsen für die Zarenanleihen und an ausländische Kapitalisten die Gewinne aus Investitionen in Rußland zu zahlen. Diese Zahlungen hatten sich jährlich auf die Riesensumme von 800—900 Millionen Goldrubel belaufen.

Für die Industrialisierung wurden auch die in der Leicht-, der Lebensmittelindustrie und anderen Wirtschaftszweigen akkumulierten Mittel verwendet.

Und noch eine Besonderheit hatte die Industrialisierung in der Sowjetunion.

In den kapitalistischen Ländern begann sie gewöhnlich mit der Entwicklung der Leichtindustrie. In ihr braucht man nicht so viel wie in der Schwerindustrie zu investieren, das Kapital läuft schneller um, und die Gewinne sind gesicherter. Es ist nur natürlich, daß unter der bürgerlichen Ordnung Kapital in erster Linie der Leichtindustrie zufließt. Erst nachdem auf diese Weise große Summen akkumuliert sind, beginnt sich die Schwerindustrie zu entwickeln. Eine derartige Industrialisierung dauert viele Jahrzehnte.

Die Sowjetunion fing gleich mit der Entwicklung der Schwerindustrie an. Während der ganzen Jahre hatte diese einen schnelleren Zuwachs als die Leichtindustrie, sie genoß besondere Aufmerksamkeit, ihr wurden die meisten Investitionen zugeleitet.

Das war sehr beschwerlich, ergab jedoch einen enormen Zeitgewinn bei der Hebung der Volkswirtschaft, bei der Gewährleistung der Verteidigungsfähigkeit und im historischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus. Die Industrialisierung der UdSSR ist eine Großtat der Arbeiterklasse, ja des ganzen Volkes, das weder Mühe noch Mittel scheute und sich bewußt Entbehrungen auferlegte, um das Land aus seiner Rückständigkeit zu befreien.

Eine schwere Zeit war das auch noch aus einem anderen Grunde. Unsere Partei entwickelte und benutzte die

Methoden für die sozialistische Industrialisierung im Kampf gegen eine aktive Opposition. Wir erinnern: Die Trotzkiisten gaben die Parole einer „Superindustrialisierung“ auf Kosten der Bauernschaft aus. Andererseits verlangte die „Rechtsopposition“, daß die Mittel in erster Linie der Leichtindustrie zufließen und die vorhandenen Devisen zum Import von Bedarfartikeln und nicht von Maschinen und Betriebsanlagen verwendet werden sollen. Die Kommunistische Partei wies diese Quertreiber zurück, sie setzte Lenins Lehre von der sozialistischen Industrialisierung durch und sorgte dafür, daß sie verwirklicht wurde.

DIE ERSTEN FÜNFJAHRLÄNE

Die sozialistischen Industrialisierungsideen wurden dem von Lenin angeregten GOELRO-Plan (Plan für die Elektrifizierung des ganzen Landes) und den Fünfjahrplänen zugrunde gelegt. Der erste, zweite und dritte Fünfjahrplan waren entscheidende Phasen bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in unserem Land.

Heute liest man in der westlichen Presse nicht gar so oft Äußerungen, die die Ausführbarkeit unserer Wirtschaftspläne in Zweifel zögen. Die bürgerlichen Propagandafachleute haben manches zugelernet. Die ersten sowjetischen Fünfjahrpläne aber nannten sie noch Phantastereien, Utopien und Propagandatricks. Auf dem XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei (1930) zitierte Valerian Kuibyschew im Bericht über die Erfüllung des Fünfjahrplans folgenden Ausspruch des bekannten deutschen Volkswirtes Krämer: Wenn man den Fünfjahrplan in 50 Jahren ausführen könnte, so wäre auch das grandios, es sei aber Utopie.

Bekanntlich wurde der erste Fünfjahrplan vor dem Termin, nämlich in vier Jahren und drei Monaten, ausgeführt.

Dank der erfolgreichen Ausführung der Fünfjahrpläne leistete die Industrie im Jahre 1940 das 7,7fache dessen, was sie 1913 geleistet hatte, und die Erzeugung von Produktionsmitteln hatte ungefähr auf das 13fache zugenommen. Schon 1937 belegte die Sowjetunion mit dem Gesamtumfang ihrer industriellen Produktion den ersten Platz in Europa und den zweiten in der Welt. Dank der bevorzugten Förderung der Produktion von Produktionsmitteln hatten sämtliche Industriezweige einen technischen Hochstand erreicht, und die Industrie war strukturell gründlich modernisiert worden. Die dominierende Stellung gewann in der Sowjetwirtschaft die Schwerindustrie. Die UdSSR hatte sich in einen entwickelten Industriestaat verwandelt. Viele neue Industriezweige waren entstanden: der Automobil-, der Flugzeug- und der Traktorenbau, ferner viele Branchen der Chemie usw. Das Kraftwagenwerk in Gorki, das Traktorenwerk in Tscheljabinsk, das Turbinenwerk in Charkow, das Dneprkraftwerk, das Hüttenwerk von Magnitogorsk, das Ural-Schwermaschinenwerk — das sind nur einige Erstlinge unserer Fünfjahrpläne. Insgesamt wurden im Rahmen des ersten, des zweiten und in dreieinhalb Jahren des dritten Fünfjahrplans (von Anfang 1929 bis Juni 1941) über 9000 industrielle Großbetriebe gebaut und angelassen!

Die Erfolge bei der Industrialisierung des Landes hatten auch sehr große soziale und politische Tragweite. Die Arbeiterklasse, die führende Schaffenskraft der neuen Gesellschaft, wuchs zahlenmäßig bedeutend an, ihre Zusammensetzung änderte sich gründlich. Von 1926 bis 1939 hatte die Sowjetunion einen 16prozentigen Bevölkerungszuwachs,

während die Zahl der Facharbeiter in der Industrie folgendermaßen stieg: die der Fräser auf das 13fache, der Dreher fast auf das 7fache, der Werkzeugschlosser auf mehr als das 12fache, der Mechaniker etwa auf das 10fache. Die Zahl der Ingenieure wuchs fast auf das 8fache an, die der wissenschaftlich Tätigen auf mehr als das 7fache. Eine eigene technische Intelligenz wurde herangeschult, sie ging aus dem Volk hervor und war der Sowjetmacht ergeben.

Dank der raschen Entwicklung der Schwerindustrie konnte die materielle Basis für den Sieg der Kolchosordnung geschaffen werden. Die Landwirtschaft bekam moderne Maschinen einheimischen Fabrikats. Die Industrie wurde rationeller über das Land verteilt. Die östlichen Gebiete gewannen viel mehr Bedeutung. Einst rückständige nationale Randgebiete Rußlands sind heute wirtschaftlich entwickelte Republiken.

Beim Sieg des Sowjetvolkes im Krieg gegen Hitlerdeutschland hat die sozialistische Industrialisierung eine höchst wichtige Rolle gespielt. Obwohl ein großer Teil des Landesgebiets besetzt war, konnte die sowjetische Industrie, besonders die in den östlichen Gebieten, unseren Kriegsbedarf restlos decken. In den letzten drei Kriegsjahren wurden in der Sowjetunion fast doppelt soviel Panzer wie in Deutschland, sechsmal soviel wie in England und anderthalbmal soviel wie in den USA erzeugt. An Geschützen bauten wir viermal soviel wie Deutschland, sechsmal soviel wie England und zweieinhalbmal soviel wie die USA. Es ist klar, daß unser Land ohne die tieferschürfenden wirtschaftlichen Umgestaltungen, ohne die hochleistungsfähige Industrie dem mächtigen Feind wehrlos gegenübergestanden hätte.

Dank der sowjetischen Industrie konnte auch die Volkswirtschaft nach den kolossalen Vernichtungen der Nazibesatzer wiederaufgebaut werden, Vernichtungen, wie sie kein anderes Land gekannt hat. Der Wiederaufbau ging unglaublich schnell vonstatten: Schon 1948 war der Vorkriegsstand der Produktion um 18 Prozent und 1950 um mehr als 70 Prozent überflügelt.

EIN EINHEITLICHER KURS

Nach der sozialistischen Industrialisierung und nach dem Wiederaufbau des im Krieg Zerstörten entwickelt die Sowjetunion unablässig in raschem Tempo ihre Wirtschaft, namentlich ihre Industrie. In ihr sind über ein Drittel aller in der Volkswirtschaft Arbeitenden beschäftigt, und für sie wird fast die Hälfte sämtlicher Produktionsgrundfonds des Landes verwendet. Dem Industriebau fließen jetzt etwa 40 Prozent aller Investitionen zu.

Die sozialistische Industrie bringt mehr als die Hälfte des Nationaleinkommens hervor. Sie erzeugt in den erforderlichen Mengen alle modernen Maschinen und Baustoffe und gewährleistet sämtlichen Branchen der Volkswirtschaft ein hohes technisches Niveau.

Die Gegner des Sozialismus mögen sich noch so sehr anstrengen, sie können die Tatsache nicht bagatellisieren, daß die sowjetischen Raketen, Sputniks, Raumschiffe und einzigartige Geräte in den Betrieben eines Landes gebaut worden sind, das unter der bürgerlichen Ordnung sogar Sensen und Nähadeln einführen mußte.

Eine andere unumstößliche Tatsache ist das hohe Tempo der industriellen Entwicklung. Von 1929 bis 1966 hatte die

Industrie der UdSSR im Jahresdurchschnitt einen 11,1prozentigen Zuwachs, die der USA einen 4prozentigen und die Englands und Frankreichs einen 2,5prozentigen.

Dank dieser schnellen industriellen Entwicklung ist der Anteil der Sowjetunion an der industriellen Produktion der Welt zwischen 1913 und 1966 von etwa 4 Prozent auf rund 20 Prozent gewachsen. Zur gleichen Zeit ist der Anteil der USA von 34 auf 28 Prozent zurückgegangen. Heute erzeugt die Sowjetunion mehr Industriewaren als England, Frankreich, Italien, Kanada, Japan, Belgien und Holland zusammen. Das sind aber alles hochentwickelte kapitalistische Staaten, die zusammen viel mehr Einwohner (297 Millionen) haben als unser Land (am 1. Januar 1967 hatte es 234,4 Millionen Einwohner).

In der jetzigen Phase der Schaffung der materiell-technischen Basis für den Kommunismus bleibt, ebenso wie in den vorhergehenden Phasen des sozialistischen Aufbaus, die Industrie, namentlich die Schwerindustrie, führend. Die völlige Elektrifizierung sämtlicher Wirtschaftsbranchen, die durchgehende Mechanisierung der Produktionsprozesse und ihre immer vollständigere Automatisierung, die weitgehende Anwendung der Chemie, die gründliche Vervollkommnung der Arbeitsgänge und die Erzielung einer höheren Arbeitsproduktivität — sie setzen eine allseitige und be-

WIEDER DER LEMNITZER-PLAN

Die Lage auf Zypern wird mit jedem Tage kritischer. Das Volk geriet in Unruhe, als es von den Zwischenfällen erfuhr, die höchstwahrscheinlich zu einem in Vorbereitung befindlichen Komplott gehören. Am 25. Juli wurden in der Nähe eines türkischen Dorfes im Bezirk Paphos in einem Taxi drei griechische Zyprioten — zwei Männer und eine Frau — ermordet aufgefunden. Ähnliche Verbrechen wurden auch auf der Chaussee Nikosia—Limassol verübt.

Was wird bezweckt? Am 25. Juli erklärte der Generalsekretär der AKEL-Partei, E. Papaioannou, in Nikosia, daß die Amerikaner, um das Zypernproblem im Interesse der NATO zu lösen, neuerdings auf den Lemnitzer-Plan zurückkommen, den die Imperialisten Zypern nach den griechisch-türkischen Zwischenfällen von 1963 aufzwingen wollten. Laut diesem Plan sollten Zusam-

Brief aus Nikosia

menstöße zwischen Griechen und Türken herbeigeführt werden, die ein militärisches Eingreifen des Auslandes, ja sogar die Landung amerikanischer Marineinfanterie, rechtfertigen sollten.

Übrigens sieht auch der jetzt in Athen aufgestellte Astrapi-Plan, über den die Presse schrieb, die Anstiftung provokatorischer Zusammenstöße zwischen Griechen und Türken vor. Die NATO-Staaten wollen den Eindruck erwecken, daß die Griechen und Türken nicht in Frieden miteinander leben könnten und daß die Regierung Zyperns außerstande sei, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Offenbar ist die faschistische Junta in Athen bereit, die Verschwörungspläne

auszuführen, und bemüht sich um Hilfe von Seiten Washingtons. Nicht von ungefähr schrieb die amerikanische Zeitung **Christian Science Monitor** am 17. Juli, daß sich die USA um eine Bereinigung der Zypernfrage bemühen.

Das schweizerische **Journal de Genève** schrieb Anfang August über die Absichten der heutigen Machthaber Griechenlands und sagte voraus, daß „die Zypernfrage mit neuer Vehemenz an die Tagesordnung kommen wird“, da die Athener Junta darauf ausgehe, „in Nikosia eine ihr böhmische Regierung einzusetzen“.

Alle diese Nachrichten erhöhen die Besorgnis des Volks von Zypern, das erkannt hat, daß die neuerlichen Zwischenfälle auf Zypern das Terrain für ein Komplott vorbereiten sollen.

A. Komitis

Die Tagung von Kampala

In Kampala, der Hauptstadt Ugandas, tagte vom 31. Juli bis zum 4. August das Befreiungskomitee der Organisation der Afrikanischen Einheit hinter verschlossenen Türen. Einzelheiten über die Debatten wurden nicht bekanntgegeben, alle Delegierten vermerkten jedoch, daß die Tagung es sich zum Ziel gesetzt hatte, Maßnahmen zur restlosen Befreiung Afrikas vom Kolonialjoch vorzumerken. Bei der Eröffnung sagte der Vizepräsident Ugandas John Babiha: „Unsere Aufgabe bleibt unverändert: Mittel und Wege zur Befreiung Afrikas aus den Klauen des Kolonialismus in möglichst kurzer Zeit ausfindig zu machen.“

Michail KREMNIOW

Seit der Gründung des Befreiungskomitees sind vier Jahre vergangen. In dieser Zeit ist die Entkolonisierung Afrikas zügig vorangekommen, und der Kolonialismus mußte Nachhutkämpfe führen. Unter den Kämpfern für die Befreiung Afrikas herrschte Optimismus, sie hofften auf einen baldigen endgültigen Sieg über den Imperialismus; diese Hoffnungen verstärkten sich besonders nach der Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit.

Die jetzige Situation in Afrika berechtigt aber vorläufig keineswegs zu

Optimismus. Der Imperialismus hat seine Kräfte umgruppiert und ist zur Gegenoffensive übergegangen. Die fortschrittlichen Regimes in einigen Afrikastaaten sind gewaltsam von reaktionären abgelöst worden. Die Intervention der Kolonialisten in Kongo, die verstärkten Repressalien der weißen Rassen im Süden Afrikas und die Umwandlung dieses Subkontinents in eine „weiße Bastion“, der Bürgerkrieg in Nigeria und die von den Imperialisten geschürten Grenzkonflikte zwischen Afrikastaaten bestimmten die Atmosphäre auf der Tagung von Kampala.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen war es der Organisation der Afrikanischen Einheit versagt, viele Probleme zu lösen, und eine Anzahl ihrer Mitglieder drückte sich vor aktivem Kampf gegen den Imperialismus. Das äußerte sich namentlich im Verhalten der Organisation der Afrikanischen Einheit zur israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten, einer von denen, die VAR, ein aktives Mitglied der Organisation ist. Nur wenige ihrer Mitglieder haben den Vorschlag Guineas und Somalias angenommen, eine Sondertagung des Rates einzuberufen, um ihr Verhalten zur Nahostkrise zu klären.

Auf der Tagung von Kampala standen Fragen der nationalen Freiheitsbewegung in Angola, Moçambique, der SAR und Rhodesien im Mittelpunkt. Verlautbart wurden Berichte und Petitionen von Vertretern der Volksbewegung für die Befreiung Angolas, der Afrikanischen Volksunion Zimbabwe, des Afrikanischen Nationalkongresses (SAR) und der Freiheitsfront Moçambiques. Die Delegierten erörterten ferner zwei Denkschriften: der Exilregierung Angolas unter Führung von Holden Roberto und der Afrikanischen Volksunion Zimbabwe.

Der volle Wortlaut der Resolutionen ist nicht veröffentlicht worden. Nach Pressemeldungen zu urteilen, wurde aber auf der Tagung ein gewisser Fortschritt bei der Koordinierung des antikolonialen Kampfes in Afrika, bei der Ausfindigmachung neuer Mittel und Wege zur Intensivierung und besseren Organisation der Freiheitsbewegung und zur Erhöhung der Verantwortlichkeit der Afrikastaaten erreicht. Das Komitee forderte die in den unabhän-

gigen Afrikastaaten ansässigen Freiheitskämpfer auf, energischer und aktiver zu wirken. Über das Fazit der Tagung sagte der Exekutivsekretär des

Befreiungskomitees, George Magombe: „In der jetzigen Phase kann kein Afrikaland sich der Verantwortung entziehen.“

Saigoner Schaukel

Nikolai SCHIMMEL

Auf dieser Karikatur, die wir der amerikanischen Zeitung *International Herald Tribune* entnommen haben, ist die Saigoner Schaukel dargestellt. Die Marionettenregierer Südvietnams schwingen sich hinauf und stürzen ab. Man beachte die Anordnung der Figuren: so soll es nach den „Präsidentenwahlen“ aussehen, die Washington in seiner südvietnamesischen Domäne angeordnet hat. General Thieu, der jetzige „Staatschef“ (hoher Posten, zweitrangige Rolle), schwingt sich empor. Er ist ein Präsidentschaftskandidat. General Ky, der jetzige Ministerpräsident, jedoch wird auf den Posten des Vizepräsidenten abgeschoben.

Was aber den einfachen Vietnamesen betrifft, auf dessen Rücken die Saigoner Regierer auf- und niederschaukeln, so ergeht es ihm dabei nicht besser, denn bei dem Auf und Ab bleibt eigentlich alles beim alten. Auch an der Schwere der Schaukel ändert sich nichts.

Auf das Brett hätte man eigentlich schreiben sollen: „Demokratie“. Und darunter noch: „Made in USA“.

Warum das unterlassen wurde, ist begreiflich. Die USA-Propaganda sucht die für den 3. September angesetzten „Präsidentschaftswahlen“ als frei, demokratisch und ehrlich hinzustellen, genau wie in Gottes eigenem Land.

Um sich die „Freiheit und Ehrlichkeit“ der Wahlen bestätigen zu lassen, hat Saigon den UNO-Generalsekretär ersucht, „UNO-Beobachter“ hinzuschicken, die dann beglaubigen sollen, daß die Saigoner Clique alle Vorschriften der Demokratie befolgt habe.

Da hatten sie aber Pech. Das UNO-Sekretariat sagte ab. Der Saigoner Außenminister Tran Van Do ließ jedoch nicht locker und ersuchte am 27. Juli U Thant erneut um Beobachter, deren Präsenz „zweifelloos unsere Entschlossenheit bezeugen wird, freie und ehrliche Wahlen durchzuführen“. Als Diplomat wartete Tran Van Do geduldig, bis vom UNO-Generalsekretär die zweite abschlägige Antwort eintraf. Der Vizepräsident in spe, General Nguyen Cao Ky, geriet aber schon bei der ersten Absage des UNO-Sekretariats aus dem Häuschen: ohne die

Beobachter habe ja die ganze Komödie keinen Sinn! Am 28. Juli erklärte er, sollte General Thieu nicht zum Präsidenten und er selbst nicht zum Vizepräsidenten gewählt werden, dann würden sie die „Wahlergebnisse annullieren“ und wieder die Macht übernehmen.

Allem Anschein nach hat Ky für diese Variante der Demokratie die Zustimmung Washingtons erhalten: zwei Tage, bevor er diese Erklärung abgegeben hatte, beriet er sich in Saigon mit Taylor und Clifford, den Sonderemissären Johnsons.

Die USA-Propaganda hat sich aufs neue blamiert, denn die Erklärung Kys verträgt sich keineswegs mit der Behauptung, in Südvietnam rüste man zu „freien und ehrlichen“ Wahlen. Die *International Herald Tribune* hätte auf die Schaukel ruhig „Demokratie. Made in USA“ schreiben können. Da ist schon nichts mehr zu verlieren...



„Wenn diese Leute doch mehr Interesse für die Septemberwahlen zeigen würden!“

International Herald Tribune

Nicht nur Straßenbahnen werden geklaut

Als wir uns den prachtvollen italienischen Film „Eine Straßenbahn wurde geklaut“ ansahen, freuten wir uns über diese treffende Hyperbel. Eine Straßenbahn klauen! Es stellt sich jedoch heraus, daß man noch größere Dinge klauen kann. Die USA-Zeitschrift *Aviation Week* schildert einen Fall, der nun schon sieben Jahre zurückliegt und bisher geheimgehalten wurde.

Das war 1960. Aus den USA gingen gewaltige Schiffladungen mit Hubschraubern vom Typ „Sikorsky S 58“ nach Westdeutschland ab, die laut Abkommen zwischen Washington und Bonn für die Bundeswehr bestimmt waren. Von den verladenen 90 Maschinen erhielt die Bundeswehr nur 66. 24 Hubschrauber waren verschollen!

Die Bonner Militärbehörden leiteten Recherchen ein. Nach zwei Monaten schaltete sich auch das FBI ein. Die Hubschrauber waren aber unauffindbar, und man beschloß, die Sache nicht pu-

blik zu machen, um einen Skandal zu vermeiden.

Als sich schließlich herausstellte, wo die Hubschrauber gelandet waren, wurde der Schleier des Geheimnisses noch dichter gemacht. Erst jetzt ist ruchbar geworden, daß die verschollenen Maschinen nach Tel Aviv verfrachtet wurden.

Unterwegs wurden sie nämlich von den westdeutschen Schiffen in einem europäischen Hafen auf israelische umgeladen. Die Bundesregierung wollte Israel militärische Hilfe erweisen, ohne es sich mit den Arabern zu verderben, deshalb wurde mit Washington und Tel Aviv der „Raub“ der Hubschrauber vereinbart.

Die Hamburger *Welt*, die das meldet, schreibt, daß ähnlich auch mit amerikanischen M-48-Panzern für die Bundeswehr verfahren wurde. Israel rüstete zur Aggression, und Bonn konnte seelenruhig versichern, es bleibe in dem israelisch-arabischen Konflikt „neutral“. Übrigens tut es das immer noch.

„Der Geheimdienst Israels ist beachtenswert. Seine Tätigkeit löst größte Befürchtungen aus.“

Diese Worte stammen von dem bekannten englischen Journalisten Sefton Delmer, der vor 5 Jahren der Welt als erster bemerkenswerte Einzelheiten über die Tätigkeit des israelischen Geheimdienstes enthüllte. Die Westpresse schenkte ihm sehr wenig Aufmerksamkeit. Das kommt nicht nur daher, daß der israelische Geheimdienst erst 1949 entstand, und auch nicht daher, daß seine Leiter zum Unterschied von ihren westlichen, besonders ihren amerikanischen Kollegen gar nicht reklamellüstern sind. Es handelt sich vielmehr darum, daß der israelische Nachrichtendienst von allen imperialistischen Spionageorganisationen die tiefste Konspiration übt. Der Stamm besteht aus den Kadern dreier illegaler zionistischer Gruppen, die eine gründliche Schule des Geheimkrieges durchmachten und vor der Ausrufung des Staates Israel in Palästina tätig waren: Haganah, Irgun Zvai Leumi und Stern.

Dennoch schreibt die Weltpresse in letzter Zeit, nachdem Geheimagenten Israels in der VAR, in Syrien, der Schweiz, der Sowjetunion und anderen Ländern aufgeflogen sind, immer häufiger über den Geheimdienst Tel Avivs. Diesen Berichten zufolge setzt sich der israelische Nachrichtendienst aus den folgenden Stellen zusammen:

dem Zentralen Nachrichten- und Sicherheitsamt (Reshut), dem politischen Kundschafterdienst;

dem Nachrichtendienst der Streitkräfte (Sherut Modiin), der militärische Geheiminformationen sammelt und einschätzt;

dem Allgemeinen Sicherheitsdienst (Shin Beyt), der sich mit Abwehr, Provokationen gegen fortschrittliche Organisationen sowie mit Wühlätigkeit gegen andere Länder befaßt;

dem Polizeiamt zur Untersuchung besonders wichtiger Angelegenheiten, das gewisse Abwehrfunktionen im Kontakt mit Shin Beyt ausübt;

der Forschungsabteilung im Außenministerium, die auf diplomatischer Linie Kundschafterarbeit leistet.

Vereinbart wird die Tätigkeit aller Nachrichten- und Abwehrstellen von einem Koordinationskomitee, dem die Leiter dieser Stellen und ein Vertreter der Regierung angehören. Der Chef des Koordinationskomitees, dessen Name geheimgehalten wird, wird vom Ministerpräsidenten ernannt und untersteht ihm persönlich.

Selbst eine flüchtige Übersicht der Struktur des Tel-Aviver Nachrichten-

Der Geheimkrieg gegen die arabischen Länder

Vitali TSCHERNOW

dienstes läßt folgern, daß er Washingtons „Kundschaftergemeinschaft“ täuschend ähnlich sieht. Bei seiner Gründung wurden zweifellos Erfahrungen, Ratschläge und Geldmittel des transatlantischen Partners benutzt. Kein Wunder auch, denn der Geheimdienst Israels ist mit Washington aufs engste liiert.

Der israelische Geheimdienst hat Abkommen über Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit den Geheimdiensten der USA, Englands, Westdeutschlands und einiger anderer kapitalistischen Länder. Wie die französische Zeitschrift *L'Express* bezeugt, wurde die Aggression gegen die VAR, Syrien und Jordanien unter Beachtung der Kundschafterangaben vom operativen Nachrichtendienst der NATO geplant. Die meisten Geheimnachrichten bezog Tel Aviv jedoch unmittelbar von der CIA.

Der Beistand der Washingtoner CIA an den israelischen Geheimdienst ist keineswegs uneigennützig. Die Beziehungen zwischen den Chefs der CIA und den Chefs von Reshut und Shin Beyt sind kein gleichberechtigtes Partnerverhältnis. Die CIA finanziert den israelischen Geheimdienst, und jener hat das Material und die Wühlätigkeit im Interesse Washingtons zu organisieren.

In den letzten Jahren schrieb die Presse eingehend über Geheimagenten Israels in arabischen Ländern. Hier einige dieser Tatbestände.

In Kairo wurden 13 Personen wegen Spionage zugunsten Israels verhaftet. Sie sammelten Spionagematerial über die Streitkräfte der VAR. Es wurden Dokumente mit Geheimangaben sowie Funkgeräte sichergestellt.

Dank der Wachsamkeit eines VAR-Grenzers wurde auf der Sinai-Halbinsel eine israelische Spionageorganisation aufgedeckt, an deren Spitze ein gewisser Onaye Svayil stand. Israelische Agenten benutzten Schmuggler und Rauschgiftthändler.

Die libanesische Abwehr hat im Südlibanon eine israelische Spionageorgani-

sation aufgedeckt. 5 israelische Agenten wurden verhaftet.

In Kairo wurden zwei israelische Agenten, Tallat Rashid Girgis und Victor Joachim, zum Tode verurteilt. Sie hatten geheime Angaben und Dokumente an Israel verkauft.

In Kairo stand der westdeutsche Student Franziskus Hüttenmeister aus Köln, ein israelischer Spion, vor Gericht. Er versah Kurierdienste, indem er Angaben israelischer Agenten aus der VAR nach Tel Aviv beförderte.

In Syrien wurde eine israelische Spionageorganisation aus 11 Geheimagenten aufgedeckt. 3 von ihnen — der Libanese Jamil Karh und zwei Syrier, Jussef Laktineh und Jamil Haddad — wurden zum Tode verurteilt.

Diese Tatsachen bestätigen vor allem, daß der Staat Israel schon lange einen Geheimkrieg gegen seine arabischen Nachbarn führt, besonders gegen die arabischen Staaten, die die Vorhut der nationalen Freiheitsbewegung der Araber bilden: die VAR, Syrien, den Irak und Algerien.

Natürlich befaßt sich nicht nur Israel mit Spionage und Wühlätigkeit im arabischen Osten. In den arabischen Ländern tun sich auch andere imperialistische Geheimdienste um, vor allem die der USA, Englands und Westdeutschlands. Nach der westlichen Presse zu schließen ist aber der Geheimdienst Tel Avivs an diesem Abschnitt der imperialistischen geheimen Front führend. Warum? Der Ursache wollen wir hier auf den Grund gehen.

Im Oktober 1957 brachte die indische Wochenschrift *Blitz* Angaben über einen Operationsplan des israelischen Generalstabs mit dem Endzweck, Israels Bevölkerung auf das Doppelte zu erhöhen. Der Plan sah eine Ausdehnung des israelischen Territoriums auf Kosten der arabischen Nachbarländer und die Gründung einiger kleiner, von Israel abhängiger Staaten vor. Für den neuen Staat war die folgende Grenzziehung vorgezeichnet: Suez-Kanal, Litani-Fluß und Persischer Golf; zum Territorium gehörten der Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel (VAR), Westjordanien

sowie ein beträchtlicher Teil des Libanons und Syriens bis Haleb. Die „Um Schneidung“ des arabischen Orients zugunsten Israels sollte nach blitzschnellen Kampfhandlungen der israelischen Armee gegen die VAR, Syrien, den Libanon, Jordanien und den Irak erfolgen. Die späteren Ereignisse bestätigten diese Angaben. Das war ein von langer Hand vorbereiteter Aggressionsplan, und der israelische Geheimdienst handelte dementsprechend.

Wie der Londoner *Sunday Telegraph* meint, ist der Tel-Aviver Nachrichtendienst in den arabischen Ländern besser informiert als die Geheimdienste in den USA und England, die ja schon seit Jahren im Nahen Osten operieren. Vor der israelischen Aggression legten Reshut, Shin Beyt und Sherut Modiin in der VAR, in Syrien, Jordanien, Libanon und anderen Staaten ein engmaschiges Agentennetz aus. Trotz der empfindlichen Schläge, die der Tel-Aviver Geheimdienst besonders in der VAR und Syrien erhielt, gelang es ihm, wertvolle Informationen über die militärischen und politischen Pläne der Opfer seiner Aggression zu ergattern. Die französische Zeitung *Figaro* berichtete, daß israelische Agenten ein wichtiges Telefongespräch zwischen Nasser und König Hussein von Jordanien abgehört hatten. Wie die Auslandspresse meldet, lagen ferner Angaben über die Stärke der VAR-Streitkräfte vor; bekannt waren auch die Befehlsstände der Regimenter, Brigaden und Divisionen sowie die Anzahl und die Typen der Maschinen auf allen Flugplätzen. Tel-Aviver Spione hatten Militärcodes und Sendefrequenzen der VAR-Truppen entwendet.

Als am Morgen des 5. Juni die ersten israelischen Maschinen von ihren Fliegerhorsten starteten, flogen durch den Äther von Spezialisten in Sherut Modiin und Shin Beyt fabrizierte Befehle an ägyptische Truppenteile, die Wirrwarr stifteten. Der Überraschungsangriff der israelischen Luftwaffe auf Flugplätze der VAR gelang auch deshalb, weil der Spionagedienst Tel Avivs die Fliegerabwehr der VAR und die mangelnde Radarbedeckung des ägyptischen Territoriums ausgekundschaftet hatte.

Bemerkenswert ist, daß einige israelische Geheimagenten der britischen Presse zufolge Mitarbeiter westlicher Nachrichtendienste sind. Hier ein Fall aus der Presse. 1956, vor Beginn der britisch-französisch-israelischen Aggression gegen die VAR, wurde ein Agent des amerikanischen und des Bonner Geheimdienstes in Kairo beauftragt, schleunigst Geheiminformationen über die Lage in Ägypten zu sammeln. Er erfüllte diesen

Auftrag unverzüglich, und sein Chef, der in der amerikanischen Kundschafterzentrale in Westdeutschland tätig war, gab diese Information direkt nach Tel Aviv weiter. Als Zionist hatte er mit der Shin Beyt sozusagen „auf ideologischer Basis“ zusammengearbeitet.

Zudem beschränkt sich der israelische Geheimdienst nicht darauf, Geheimmaterial zu sammeln, sondern befaßt sich auch mit Diversion, Terror, sonstiger Wühlätigkeit und psychologischer Kriegführung. Als Beispiel hier kurz über eine subversive Operation der Shin Beyt gegen die VAR; Einzelheiten darüber sind nunmehr bekannt, da das Unternehmen scheiterte.

1954 begann die amerikanische Diplomatie mit führenden Kreisen der VAR zu liebäugeln, um Kairo für sich zu gewinnen. Aus Besorgnis über diese Manöver Washingtons unternahm man in Tel Aviv einige Demarchen im Weißen Haus, die aber zu nichts führten. Da wies der israelische Ministerpräsident Ben Gurion die Shin Beyt an, in der VAR antiamerikanische Aktionen zu provozieren. Zwei Gruppen israelischer Agenten, in Kairo und in Alexandria, sollten die Gebäude des Informationsamtes der USA sowie Niederlassungen bekannter USA-Firmen demolieren. In der amerikanischen Botschaft wurde eine Bombe gelegt.

Diese Operationen sollten den Eindruck erwecken, als seien sie „von ägyptischen Nationalisten im Auftrag Nassers“ organisiert. Shin Beyt fabrizierte Dokumente, die die ägyptischen Behörden der Mittäterschaft bei den Ausschreitungen und Terrorakten „überführen“ und CIA-Agenten in die Hände gespielt werden sollten. Die Operation wurde vom israelischen Nachrichten-Oberst Avraham Dar (alias John Darling) geleitet.

Dieser hinterlistige Plan scheiterte: Dars erster Gehilfe, ein gewisser Hans Franck, verlor die Nerven und verriet

die ganze Operation. Das Geständnis Francks, der nach Österreich flüchtete und 1957 von israelischen Agenten geraubt und nach Israel gebracht wurde, löste in Tel Aviv einen politischen Skandal aus. Die Leiter von Shin Beyt und Sherut Modiin wurden abgesetzt, und Verteidigungsminister Pinchas Lavon, ein Führer der Regierungspartei Mapai, demissionierte.

Der Tel-Aviver Geheimdienst hatte auch bei der Organisation von Attentaten auf den Präsidenten der VAR Nasser die Hand im Spiel. Er schmiedete Verschwörungen, um das fortschrittliche Regime in Syrien zu stürzen. Er war es auch, der hinter den Kulissen den Machtantritt der Rechtsextremisten im Libanon vorbereitete.

Nach dem energischen Auftreten der Sowjetunion und aller friedlichen Staaten, die die Aggression Israels gegen die arabischen Staaten verurteilten, sahen sich die israelischen Imperialisten genötigt, ihre breitangelegten Kampfhandlungen zu stoppen. Es ist acht Wochen her, daß das Feuer auf der Sinai-Halbinsel, am Jordan und im Raum nördlich des Tiberias-Sees eingestellt wurde. Der Geheimkrieg Tel Avivs gegen den arabischen Osten geht aber weiter. An der unsichtbaren Front weit hinter der Feueinstellungslinie dauern die Operationen an, an denen Geheimagenten Israels teilnehmen. Zweck dieser Operationen ist, die Einheit der Araber zu sprengen, ihre Beziehungen zueinander zu trüben, Zwist und Mißtrauen zu säen, die Freundschaft der Araber mit den Völkern der sozialistischen Länder zu diffamieren und schließlich politische Veränderungen in Kairo, Damaskus und Bagdad herbeizuführen, die den Imperialisten zupass kämen.

Anfragen betreffs Abonnierung und Zustellung der „NEUEN ZEIT“ wie auch Mitteilungen über Adressenwechsel des Abonnenten bitten wir an die V/O „Meshdu-narodnaja kniga“, Moskau G-200, oder an Ihre Bezugsstelle zu richten.

Die Red.

Somalia am Scheideweg

Jewgeni KONOWALOW

Somalia ist ein Land von beachtlicher Größe: mit seinen 660 000 Quadratkilometern hat es eine größere Fläche als seine ehemaligen Beherrscher Großbritannien und Italien zusammen. Die gelbliche, durch Gras und kleinwüchsige Wäldchen grün gesprenkelte Ebene unter den Tragflächen des Flugzeugs will kein Ende nehmen; wir sehen ausgetrocknete Flußläufe, Kamelkarawanen, Schafherden. Tausende und aber Tausende Hektar natürliche Weideflächen bieten den Viehzüchtern Raum in Hülle und Fülle.

Vieh ist heute der wichtigste Reichtum des Landes. Nach den letzten Schätzungen beträgt seine Stückzahl 49 Millionen, im Durchschnitt über 10 Stück je Einwohner. Näher zur Küste wird der Pflanzenwuchs dichter, und wir erblicken das grüne Band des Webi Schebeli. Das Flugzeug zieht einen Kreis über den weißen Häusern einer großen Seestadt, die Bläue des Indischen Ozeans verzieht sich irgendwie nach oben, und wir sind in Mogadischu, der Hauptstadt Somalias.

Vor mehr als elf Jahrhunderten gegründet, trägt Mogadischu die Spuren vieler Epochen, Machthaber und Generationen. Unser Weg führt uns an altertümlichen Wohnbauten arabischen Stils und Moscheen, einer katholischen Kathedrale, den Luxusvillen europäischer Beamten und den schlichten Steinhäusern von Einheimischen vorbei. Es sind aber auch Bauten zu sehen, die nach der Unabhängigkeitserklärung errichtet worden sind: ein Kraftwerk, ein Fernsprechturm, mechanische Werkstätten,

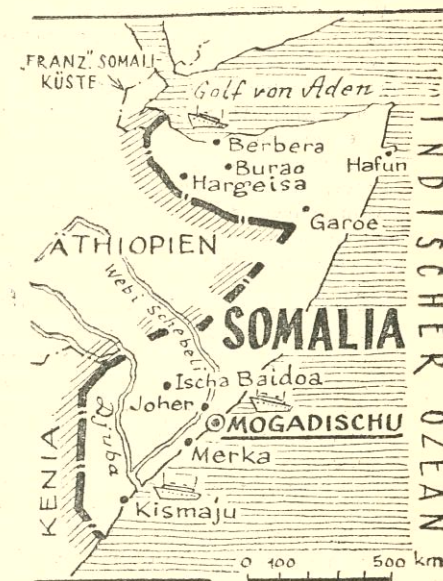
Schulen, ferner das Funkzentrum, die Druckerei und die Molkerei, die mit Hilfe der Sowjetunion entstanden.

Ich konnte fast alle wichtigsten Gebiete des Landes besuchen: Ich fuhr die Küste des Indischen Ozeans entlang nach Süden bis nach Kismaju, einer Stadt südlich des Äquators, und dann durch die öde Savanne bis zur Grenze Kenias; auch lernte ich die Halbwüste kennen, die den Norden des Landes einnimmt, und den Hafen Berbera am Golf von Aden. Mehrere Tage verbrachten wir in den Zentralgebieten Somalias, den Städten Hargeisa und Burao sowie den Siedlungen Taleh im Osten und Tag Wajali.

Es ist in Somalia leicht zu bemerken, daß die Unabhängigkeit die materiellen und geistigen Kräfte der Menschen befreit und sie zu einem aktiven gesellschaftlichen Leben erweckt hat.

Mir fällt da ein Gespräch ein, das ich mit dem Bürgermeister der 90 Kilometer vor Mogadischu gelegenen Stadt Joher hatte. Zur späten Abendstunde kehrte ich in seiner Gesellschaft in die Hauptstadt zurück, und er sprach von den ersten Schritten seines Landes bei der Entwicklung der Wirtschaft und des Außenhandels, der Volksbildung und des Gesundheitswesens.

„Es formieren sich neue soziale Bedingungen“, sagte er. „Ein Beispiel: 20 Prozent aller Bauernbetriebe des Kreises Joher sind Genossenschaften beigetreten. Alle erwachsenen Mitglieder der Genossenschaften zahlen ihren Anteil ein und arbeiten auf den Feldern. Wer



krank wird, muß einen Ersatzmann stellen. Der Staat verkauft den Genossenschaften Landmaschinen zu Vorzugsbedingungen. Ein Drittel des Ernteertrags wird unter den Mitgliedern verteilt, das zweite zur Bezahlung der Maschinen verwendet, das dritte als Saatgut und zum Erwerb von allem, was zur nächsten Saat nötig ist.

Die Genossenschaftsbewegung entwickelt sich, obwohl einige italienische Farmer und einheimische Großgrundbesitzer damit sehr unzufrieden sind. Besonders mißfällt ihnen, daß die Genossenschaften sich Traktoren und andere Landmaschinen anschaffen. Die Einkünfte der Genossenschaftsmitglieder sind gewachsen. Die Grundbesitzer sind genötigt, den Landarbeitern höhere Löhne zu zahlen, auch ist es schwerer geworden, welche zu finden.

Auch von einer anderen neuen Erscheinung sprach der Bürgermeister, von der „Selbsthilfe“. Die Bevölkerung arbeitet unentgeltlich beim Bau von Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Brunnen oder trägt dazu Geld bei, so die Mitglieder des Magistrats 10 Prozent ihres Gehalts, Händler und Handwerker einen bestimmten Teil ihrer Einkünfte. Die Bauleitung hat natürlich der Staat oder ein Verwaltungsorgan. Im Laufe von ein bis anderthalb Jahren sollen auf diese Weise im Kreis Joher sechs Schulen, sechs Krankenhäuser, zwei Straßen und mehrere Brunnen entstehen.

Im Altertum glaubte man im Orient, in diesem Teil Afrikas befände sich das heilige „Land der Wohlgerüche“, Punt genannt. Somalia ist auch heute auf dem

Weltmarkt der Hauptlieferant von Weihrauch und Myrrhe. Atherische Pflanzen werden sowohl an der Küste als auch in den Binnengebieten angebaut. Über der somalischen Savanne steht der würzige Duft von Henna und anderen stark riechenden Pflanzen. Die Savanne ist jedoch nicht nur ein riesiges Naturschutzgebiet mit seltenen Pflanzen, Tieren und Vögeln. In ihrem Schoße schlummern viele Minerale, an deren regelrechte Erkundung man erst unlängst gegangen ist. Es sind bereits Eisenerz, Gips, Kalkstein, Zinn, Feldspat und mehrere radioaktive Minerale entdeckt worden.

Die Savanne bedeutet auch Tausende Hektar fruchtbarer Bodens, der nur bewässert werden muß, damit auf ihm Obst, Nutzpflanzen und Getreide gedeihen und Vieh in Mengen weide. Was der somalische Boden in den nördlichen Gebieten der Halbwüste hergeben kann, wenn er Wasser erhält, wird einem eindrucksvoll vor Augen geführt, wenn man etwa 20 Kilometer von Hargeisa inmitten endloser, mit dürrer Gestrüpp bewachsener Sandflächen plötzlich einen Hain von hohen Palmen mit saftstrotzendem Laub und grünem Gras sieht: die Farm des Somali Ursame Mohamed Shire. Vor einigen Jahren verkaufte er seine Kamele, erwarb ein Stück Boden längs des Bettes eines austrocknenden Flusses und richtete dort ein ganz einfaches Bewässerungsnetz ein. Ein Esel zieht an einem Strick einen Eimer Wasser aus einem Brunnen, ein Junge kippt den Inhalt in die flachen Bewässerungsrinnen, und schon erinnert

die Farm an einen botanischen Garten. Was wächst hier nicht alles! Bananen, Papayas, Guaven, Agrumen, Melonen, Tomaten, Granatäpfel, Mangofrüchte. Nebenan liegt noch eine Farm; ihr Besitzer, Got Asker Ahmed, ist gleichfalls ein ehemaliger Nomade. Aber das sind auch die einzigen Betriebe dieser Art im Umkreis einer so großen Stadt wie Hargeisa.

Im ganzen sind aber erst sehr wenig Nomaden des Landes sesshaft geworden und zum Feldbau übergegangen. Wo man auch hinkommt, überall sieht man Kamelherden, begleitet von hochgewachsenen schlanken Männern in greller Kleidung mit einem Dolch im Gürtel und einem Speer in der Hand. Ein oder mehrere Kamele schleppen den Hausrat einschließlich der Teile, aus denen die Behausungen zusammengebaut werden. Die Frauen und Kinder ziehen hinterher.

Die Traditionen und Regeln des Nomadenlebens bereiten denen große Schwierigkeiten, die den Kulturstand der Viehzüchter heben und den Schulunterricht für ihre Kinder organisieren wollen. Sollen diese Menschen sesshaft gemacht werden, so muß eine stabile Futterbasis für ihr Vieh geschaffen werden, was vor allem erfordert, daß die Weideflächen Wasser erhalten. Und das ist für Somalia ein großes Problem. Es gibt im ganzen Lande nur zwei große Flüsse, die nie austrocknen: der Djuba und der Webi Schebeli. Sie fließen im Süden, im Norden gibt es überhaupt keine Flüsse. In vielen großen Ortschaften, von den kleineren ganz zu schweigen, ist man

vor allem auf Regenwasser angewiesen. In Hargeisa sieht man am Tag im Bett eines ausgetrockneten Flusses Kinder spielen und Vieh streunen. Regnet es jedoch auf dem Hochplateau, so bildet das Wasser gegen Abend einen vielleicht anderthalb Meter tiefen reißenden Strom. Gegen Morgen trocknet der Fluß wieder aus, manchmal für mehrere Tage, wenn nicht gar Wochen.

Ohne ursprüngliche Akkumulationen können die Wasser-, Mineral- und sonstigen Ressourcen des Landes nicht erschlossen werden, ist an die Umgestaltung seiner Wirtschaft nicht zu denken. Indessen gilt das Nationaleinkommen und damit auch das Staatsbudget Somalias als eines der bescheidensten in Afrika. So sieht sich Somalia gleich anderen erst unlängst politisch selbständig gewordenen afrikanischen Staaten einem akuten Problem gegenüber: auf welchen Wegen soll es die keinen Aufschub dulden sozialen Aufgaben lösen, wie das Elend und die Rückständigkeit abschaffen?

Von Mitarbeitern der Ministerien und anderen Verwaltungsstellen hörte ich Klagen über den Mangel an geschulten nationalen Kräften, über das Fehlen von wirtschaftlichen Erfahrungen, über die Sabotage westlicher Fachleute und Siedler, über finanzielle Schwierigkeiten.

Neue Vorhaben sind zunächst mit einem beträchtlichen Aufwand verbun-

Biographisches

Im Juni 1960 wurde die Unabhängigkeit Somalilands ausgerufen, und Egal wurde Ministerpräsident. Nach der Vereinigung von Somaliland mit dem früheren Italienisch-Somalia wurde er Verteidigungsminister und später Unterrichtsminister der Republik.

Mohammed Egal gehört zu den Begründern des Somali-Nationalkongresses und war der erste Generalsekretär dieser Partei. Später trat er aus ihr aus und wurde Mitglied der Regierungspartei Jungsomal-Liga.

Mohammed Haji Ibrahim Egal

Der Ministerpräsident und Außenminister der im Juli 1967 gebildeten neuen Regierung von Somalia, Mohammed Haji Ibrahim Egal, wurde im Jahre 1928 bei Hargeisa (Nordsomalia) als Sohn eines Beamten geboren. Er besuchte britische Schulen des Landes.

Egal war in der Lokalverwaltung in der britischen Kolonie Somaliland tätig und wurde 1959 zum Chefminister der



Kolonie (Berater beim Oberhaupt der britischen Kolonialverwaltung) ernannt.

ien. Will die Republik Somalia, daß ihr mehr Mittel zuströmen, so muß sie ein Wasserversorgungssystem anlegen, Straßen bauen und Betriebe für die Erstbearbeitung von Rohstoffen schaffen. Zu all dem reichen die jetzigen Mittel nicht aus.

Das Budgetdefizit betrug im vorigen Jahr 23 Millionen Somalia-Schilling (1 150 000 Pfund Sterling). Für 1967 ist ein Defizit von 24 Millionen Somalia-Schilling vorgesehen. So entsteht ein verwünschter Kreis. Die Lösung der dringenden Probleme wird auch dadurch erschwert, daß in Somalia die Voraussetzungen für die Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols nicht geschaffen sind. In Hargeisa sagten mit Somal, dazu bedürfe es einer strengeren Kontrolle über die ausländischen Firmen.

Es ist noch keine zufriedenstellende Bodengesetzgebung ausgearbeitet worden, auch eine Agrarreform steht aus. Einige Schritte werden in dieser Richtung unternommen. So hat die Regierung Somalias die Plantagen der italienischen Società Alimentora Italo-Somali erworben und ist damit zum Besitzer der von dieser Gesellschaft angelegten Agrarbetriebe geworden.

Der größte Teil der fruchtbaren Ländereien ist aber nach wie vor in der Hand europäischer Siedler. Man würde viele Tage brauchen, um mit dem Wagen die Ausländern gehörenden Bananen- und Zitrusplantagen aufzusuchen, die sich die Küste entlangziehen. Wie ein grüner Wall stehen längs der Straßen breitblättrige drei bis vier Meter hohe Bananenstauden, deren Fruchttrauben eine Länge von zwei Metern erreichen und bis zu 50 Kilogramm wiegen.

Ich habe mehrere italienische Farmer in den Kreisen Merka und Kismaju besucht. Meist sind es wohlhabende Leute, die an ihren Plantagen recht gut verdienen. Ich fragte einen von ihnen, welchen Tagelohn er einem Bananenpflücker oder -träger zahlt. Die ausweichende Antwort war: nicht weniger als den von der somalischen Regierung festgesetzten Mindestlohn.

„Wieviel zahlt Ihnen der Besitzer?“ fragte ich später einen somalischen Plantagenarbeiter.

„10 Cent für eine Traube, die ich drei Kilometer weit tragen muß. Um zwei Schilling zu verdienen, muß ich diesen Weg zwanzigmal machen.“

Man zwingt die Somal nicht mehr gewaltsam, auf den Pflanzungen der Italiener zu arbeiten. Aber die Not treibt

sie doch hin. Es gibt hier noch keine anderen Betriebe.

Der Bananenexport ist neben der Viehexport immer noch eine der größten Devisenquellen. Darum ist die Steigerung der Bananenproduktion für das Land wichtig. Jetzt ist eine schrittweise „Somalisierung“ der Bananenproduktion im Gange. Somalische Farmer werden angespornt, Grundstücke zu erwerben und Bananen zu züchten. Dazu ist ein besonderer Fonds gebildet worden. Die Erhöhung der Exporttarife und -zölle ist jedoch mit einer Reihe von Schwierigkeiten verbunden. Hier äußern sich namentlich Faktoren wie die Wirtschaftsbeziehungen zu Italien und die finanzielle Hilfe, die Somalia von ihm erhält.

Mein Gesamteindruck: Daß Somalia die Überreste der wirtschaftlichen Abhängigkeit beseitigen muß, ist ebenso klar wie die Kompliziertheit der Prozesse, die die Wahl der Entwicklungswege beeinflussen, und die Schwierigkeiten, die die ersten Schritte begleiten.

Somalia ist noch mit der Lösung der Aufgabe beschäftigt, die in der Schaffung der wirtschaftlichen Basis für eine selbständige Entwicklung besteht. Welche Richtung wird diese Entwicklung nehmen? In Somalia ist ein Kampf zwischen entgegengesetzten Tendenzen im Gange, die von verschiedenen politischen Gruppen vertreten werden. Eine besondere Schärfe nahm dieser Kampf während der jüngsten Präsidentschaftswahlen an. Die Tatsache, daß am 10. Juni der für seine fortschrittlichen Ansichten bekannte ehemalige Ministerpräsident Abdirashid Ali Sharmarke zum Präsidenten von Somalia gewählt wurde, wird von vielen in diesem Land als ein Sieg der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte eingeschätzt. Im Juli wurde die neue somalische Regierung gebildet. Sie ist an die Ausarbeitung von Plänen für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung des Landes gegangen.

In Washington



Herblock, International Herald Tribune

DIE VORGÄNGE IN WUHAN

A. DYMKOW

Die Ende Juli begonnenen blutigen Zusammenstöße in Wuhan haben China erneut in den Brennpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückt.

Wuhan ist aus drei Städten — Hankou, Hanjang und Wutschan — entstanden und hat eine Bevölkerung von rund 3 Millionen. Die Bahnlinie, die dieses Riesengebiet durchquert, führt an einer dichten Reihe windschiefer Hütten und Behausungen vorbei, die knapp am Bahndamm liegen. Dort befinden sich viele Betriebe, darunter auch ein riesiges Hüttenkombinat; dort ist über den Jangtse die einzige Eisenbahnbrücke dieses großen Stroms geschlagen worden, die eine wichtige Rolle bei den Verbindungen zwischen Nord- und Südchina spielt.

Auf diesem Riesenterritorium ist ein heftiger Kampf zwischen den Anhängern und den Gegnern Mao Tse-tungs entbrannt. Die unvollständigen und widerspruchsvollen Nachrichten aus China können keine genaue Vorstellung darüber vermitteln, was in Wuhan vor sich geht. Dennoch lassen sie die folgenden Tatsachen feststellen.

Gegen die Gruppe Mao Tse-tungs erhob sich die Armeeorganisation Pailwan hsiungshih (eine Million Helden). Sie besteht aus Vertretern von in Wuhan stationierten Truppenteilen. An ihrer Spitze stand der Befehlshaber des Wehrkreises Wuhan Tschen Tsai-tao und der Erste Sekretär des Zentral-Südbüros des ZK der KP Chinas, Wang Jen-tschung.

In den ersten Tagen des Aufstands meinte Peking, ohne militärische Gewalt „Ordnung schaffen“ zu können, und entsandte seine Emissäre Hsieh Fu-tshi und Wang Li nach Wuhan. Die beiden wurden jedoch von den Aufständischen gefangen genommen und kehrten den japanischen Pressemeldungen zufolge

mit Mühe und Not aus Wuhan flüchten. Dorthin ging dann ein „an die irregeführten Massen“ gerichtetes Schreiben des ZK der KP Chinas, des Staatsrates und der „Gruppe für die Kulturrevolution“ ab.

Als Peking der Lage in Wuhan auf dem Verhandlungswege nicht Herr werden konnte, ließ es dort Fallschirmjäger landen und Kriegsschiffe die Stadt anlaufen. Bis vor kurzem war es Peking jedoch immer nicht gelungen, sich in Wuhan restlos zu behaupten.

Ausländische Beobachter qualifizieren die Vorgänge in Wuhan als den Höhepunkt der Krise der „Kulturrevolution“ und schreiben von einem Bürgerkrieg. Wie dem auch sei, sind bei den Vorgängen in Wuhan zwei Momente hervorzuheben.

Erstens haben sie gezeigt, daß die Streitkräfte, die Hauptreserve der „Kulturrevolution“, Mao Tse-tung und seiner Gruppe immer mehr den Gehorsam verweigern. Unabhängig vom politischen Programm der aufständischen Truppenführer, das immer noch unklar ist, mißbilligen sie die „Kulturrevolution“ und sind nicht gewillt, ihre Triebkraft zu sein. Schon vor den Geschehnissen in Wuhan bezogen Truppenteile bei Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern Maos zunächst eine abwartende Haltung. Die Vorgänge in Wuhan haben einige Truppenführer zu Antimao-Handlungen bewogen. Ausländische Nachrichtenagenturen melden, daß es nach Wuhan zu heftigen Kämpfen unter Teilnahme Mao-feindlicher Truppeneinheiten in Tungpei, Tschungking und in Südchina gekommen sei. Die japanische Zeitung Tokyo Shimbun berichtet, daß in Schantung ähnliches wie in Wuhan vorgeht. Einige Presseagenturen schildern unter Berufung auf allerlei Flüchtlinge blutige Schlachten in Tschangscha, der Hauptstadt der

Provinz Hunan, und in Lhasa, der Hauptstadt der Provinz Tibet.

Das Ausmaß dieser Ereignisse läßt sich vorläufig nicht feststellen, da nähere Informationen fehlen, in Peking ist man aber darüber sehr besorgt. Nach den Vorgängen in Wuhan wurde die berühmte Formel von den „in der Partei an der Macht Stehenden, die den kapitalistischen Weg gehen“, abgeändert. Die Mao-Anhänger bezeichnen nun ihre Gegner als „in Partei und Armee an der Macht Stehende“. Daß ein erheblicher Teil der Streitkräfte den Mao-Leuten den Gehorsam verweigert, wird auch durch die von Mao in den Streitkräften angeordneten Repressalien bestätigt. Paris-Jour meldet, daß „die Peking Behörden in ihren Streitkräften eine riesige Säuberungsaktion vorgenommen haben“ und daß mehr als ein Drittel der politischen Kommissare abgesetzt oder ausgewechselt worden sind. Die Opposition gegen die Mao-Gruppe wächst auch in den Streitkräften. Diese Schlußfolgerungen ziehen westliche Kommentatoren.

Das zweite beachtenswerte Moment besteht darin, daß Peking, außerstande, der Lage Herr zu werden, nach einer Kompromißlösung sucht. Man verspricht den „Rebellen“ Vergebung und die Möglichkeit, „in die revolutionären Reihen zurückzukehren“, wenn sie „ihre Fehler einsehen“. Das betrifft auch ihre Führer. In Peking wurden zunächst hysterische Aufrufe laut, Tschen Tsai-tao und Wang Jen-tschung zu erschießen, jetzt ist aber von einer namenlosen „Handvoll Schurken“ die Rede, die „gegen den Vorsitzenden Mao“ auftreten.

Die stürmischen Ereignisse von Wuhan beweisen erneut, daß es der Gruppe Mao Tse-tungs nicht leicht fällt, dem Volk ihren Willen aufzuzwingen.

INTERNATIONALE UMSCHAU

SPANIEN

Der Sturz General Muñoz Grandes'

Generalhauptmann Muñoz Grandes ist seiner Obliegenheiten als Vizeministerpräsident enthoben worden. Den Regierungserlaß hat Franco Ende Juli unterzeichnet.

Das war eine Sensation nicht nur in Spanien. Der General war jahrelang in der spanischen Regierung der zweite Mann gleich nach dem Caudillo. Vom Standpunkt des Franco-Regimes war sein Dienstregister makellos. Er befahl die Blaue Division, die auf seiten Hitlers gegen die Sowjetunion kämpfte, war ab 1951 Kriegsminister und danach Chef des Generalstabs und Stellvertreter des Regierungschefs (mit anderen Worten: Francos persönlich, der vorderhand sowohl Staats- als auch Regierungschef ist). Er galt als eventueller Nachfolger Francos. Plötzlich ist seine glänzende Karriere abgebrochen. Grandes ist in den Rat des Königreichs abgeschoben worden, auf einen Ehrenposten, auf dem jede staatsmännische Betätigung ausgeschlossen ist.

Eingeweihte westliche Beobachter

meinen, der Sturz des Generals sei auf Zwistigkeiten in den franquistischen herrschenden Kreisen zurückzuführen. Der im vergangenen November eingeführte Posten des Regierungschefs ist noch immer unbesetzt. Muñoz Grandes wollte ihn besetzen und baute dabei auf diejenigen Politiker des Franco-Regimes, die einen „Franquismus ohne Franco“ wollen, die Wirtschaftspolitik der Regierung kritisieren und kein Hehl daraus machen, daß sie gegen eine Wiederaufrichtung der Monarchie in Spanien sind. Grandes und diese Gruppe haben vorderhand eine Niederlage erlitten. Offenbar gewinnen die Ultrarechten und die Monarchisten, geführt von General Franco, die Oberhand. Deshalb mußte Grandes aus dem Spiel scheiden.

INDIEN

Die Fachkräfte vom Friedenskorps

Ende Juli erhob der Chefminister des Staates Andhra Pradesh, Reddy, in der Gesetzgebenden Versammlung seines Staates Protest dagegen, daß sich das

amerikanische Friedenskorps in Indien betätigt. Er sagte, wegen dringender Forderungen, die bei der Regierung des Staates einlaufen, untersuche diese jetzt, ob der Aufenthalt von Mitgliedern des Korps in Indien zweckmäßig sei.

„Zwei sind schon aufgefordert worden, den Staat zu verlassen“, fuhr der Minister fort. „Im weiteren wird die Regierung die Dienste dieser Organisation nicht mehr in Anspruch nehmen.“

Ein ähnlicher Beschluß ist auch im Staate Kerala gefaßt worden. Dessen Amtsstellen haben die Landesregierung ersucht, zwei Gruppen des Korps, die im Staate arbeiten, abzurufen.

In Indien halten sich zur Zeit 1200 Amerikaner vom Korps auf. Dieses hat seine „Freiwilligen“, als es sie nach Indien schickte, als gutgeschulte Fachkräfte empfohlen. Sie sind es aber nicht. Die Zeitung *Patriot* stellt ihnen folgendes Zeugnis aus: „Sehr oft spielen sie sich als ‚Sachverständige‘ auf, obwohl sie keinerlei Fachausbildung besitzen. Der Leiter einer Schule klagte z. B., daß die ‚Freiwilligen‘, die als Lehrer in seine Schule geschickt worden sind, fast nichts in den Fächern wissen, die sie unterrichten sollen.“

Dafür sind diese Amerikaner sehr sachverständig für die Tätigkeit, die die amerikanische CIA in Indien betreibt. Der *Patriot* schreibt, daß das Friedenskorps zum „Stoßtrupp der CIA in Indien“ gehört. Wie die Wochenschrift *Blitz* unlängst mitteilte, ist ein gewisser Logan Saladah, der sich in den Bezirken Dalhousie und Dharmasala als Fachkraft vom Friedenskorps herumtrieb, als CIA-Agent entlarvt worden.

Sehr entrüstet sind die Inder darüber, daß sich diese Agenten in die inneren Angelegenheiten Indiens einmischen. So haben Agenten vom Friedenskorps während der kürzlichen Landeswahlen einen Polizeioffizier von Kalkutta aufgefordert, ihnen beliebiges Material zu verkaufen, das die fortschrittlichen Staatsmänner des Bundesstaates in Schwierigkeiten bringen könnte.

Mit alledem erklärt es sich, warum man die Fachkräfte vom amerikanischen Friedenskorps nicht mehr in den Staaten Andhra Pradesh und Kerala dulden will.

JAPAN

Sie kennen keine Hemmungen

In der Nacht zum 24. Juli fand der junge Taxifahrer Kobashigawa aus Naha auf Okinawa den Tod. Ein Fahrgast, ein amerikanischer Militärangehöriger, wartete ab, bis der Wagen aus der Stadt hinaus war, ermordete den Fahrer durch einen Messerstich in den Rücken und raubte ihn aus. Der Mörder, dessen Namen und Dienstgrad die amerikanischen Dienststellen nicht angeben wollen, versuchte zu fliehen, wurde aber von einer Gruppe japanischer Taxifahrer gestellt.

Die amerikanische Soldateska läßt sich auf Okinawa unzählige Vergehen zuschulden kommen. Der japanischen Presse zufolge sind voriges Jahr über 1000 Verbrechen festgestellt worden. Sie bringt das mit dem Krieg in Vietnam in Zusammenhang.

Okinawa ist zu einer Etappe der in Vietnam eingesetzten amerikanischen Truppen gemacht worden. Von hier aus werden sie nach Vietnam abgefertigt, und hierher werden sie zum Ausruhen zurückverlegt. Bei solchen Gelegenheiten randalieren, rauben, morden und vergewaltigen sie und sagen offen, sie hätten nichts zu verlieren, aus Vietnam kämen sie sowieso nicht lebendig davon.

Die Bevölkerung ist über den Banditismus empört. Die Verwaltung der Riukiu-Inseln (zu denen Okinawa gehört) hat wiederholt bei den amerikanischen Dienststellen Protest eingelegt. Die Gesetzgebende Versammlung der Riukiu-Inseln hat sogar speziell eine Kommission eingesetzt, die die Verbrechen der amerikanischen Militärs untersuchen soll.

Das alles hilft aber vorläufig nichts. Die japanischen Behörden sind nicht befugt, amerikanische Militärs oder Zivilisten zu richten, die auf Okinawa ihr Unwesen treiben.

NAHER OSTEN

Fremde Angelegenheiten

Am 2. August brachte die *New York Times* einen redaktionellen Artikel zu den nahöstlichen Problemen, betitelt „Iraqis, go home!“

Wieso Iraker, fragt man sich verwundert. Ist der Zeitung nicht ein Druckfehler unterlaufen? Die Israeli-Truppen sind ja die Besatzer, und sie stehen

nicht einmal in Irak, sondern in ägyptischen, jordanischen und syrischen Gebieten.

Nein, die Zeitung meint tatsächlich Irak. In dem Artikel heißt es u. a.: „Die Abkühlung der erhitzten Atmosphäre im Mittleren Osten wird durch die unerwünschte Anwesenheit einiger Tausend irakischer Truppen in Jordanien gehalten.“ Gemeint sind die irakischen Einheiten, die auf Ammans Ersuchen in den ersten Tagen der israelischen Aggression gegen die arabischen Länder nach Jordanien kamen, um dessen Armee zu helfen. Über ihr Verbleiben im Lande werden selbstverständlich die Regierungen Jordaniens und Iraks gemeinsam entscheiden.

Die *New York Times* hat sich jedoch bemüht, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen. Sie nennt die irakischen Soldaten sogar „Okkupanten“ und fordert: „Irak muß seine Truppen aus Jordanien zurücknehmen, wo sie niemand braucht.“

Die jordanische Regierung dürfte am besten wissen, wen sie in ihrem Land braucht und wen nicht. Die Zeitung täte besser daran, zu schreiben, daß ein Teil Jordaniens widerrechtlich von den israelischen Aggressoren besetzt ist und daß gerade sie das fremde Gebiet räumen müßten.

WESTDEUTSCHLAND

Ein unerreichbarer Mörder

Die Vernichtung Zehntausender friedlicher Warschauer im August 1944 gehört zu den schlimmsten Verbrechen der Nazis. Den verbrecherischen Befehl dazu erteilte Himmler, und ausgeführt wurde er von Heinz Reinefarth, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei.

Reinefarths Bestialitäten sind allgemein bekannt, zumal die Filmregisseure Andrew und Annelie Thorndike einen Dokumentarfilm darüber gedreht haben. Obwohl also als Massenmörder berüchtigt, hat Reinefarth ab 1951 unbehelligt in Westerland, einem vielbesuchten Bad auf Sylt, den Posten des Bürgermeisters bekleidet. Im Jahre 1958 wurde er sogar in den Landtag von Schleswig-Holstein gewählt. Das gegen ihn eingeleitete Verfahren wurde damals eingestellt.

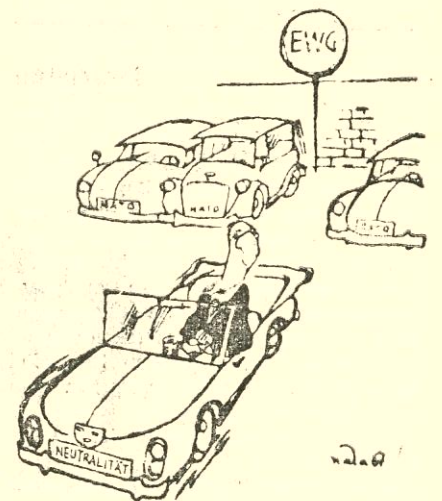
Enthüllende Dokumente trafen jedoch weiter ein. Im Jahre 1962 veröffentlichte der westdeutsche Militärhistoriker Hanns von Krannhals eine auf Dokumenten beruhende Abhandlung über den Warschauer Aufstand von 1944. Daraus geht hervor, daß die Ausrottung von

zehntausenden Warschauern, darunter Frauen und Kindern, gerade von Reinefarth geleitet wurde. Die Aufzeichnung eines Ferngesprächs ist erhalten geblieben, in dem Reinefarth dem Armeekommandierenden die „Liquidierung“ von 10 000 Polen meldete. Es gibt ein Foto, das ein englischer Flieger machte und auf dem Reinefarths Kommandostand und daneben ein Stapel brennender Leichen zu sehen sind. Nach Aussagen polnischer Zeugen wurden an einem einzigen Tag, am 5. August 1944, 17 200 Zivilisten erschossen.

Angesichts der unanfechtbaren Beweise sprach der Landtag dem Mörder die Abgeordnetenimmunität ab, und die Staatsanwaltschaft sah sich gezwungen, das Untersuchungsverfahren wiederaufzunehmen. Seitdem sind noch fünf Jahre verstrichen. Über 250 polnische und etwa 1000 deutsche und österreichische Zeugen sind befragt worden; das belastende Material häuft sich zum Berg. Aber dieser Berg hat nicht einmal eine Maus geboren. Unlängst erwähnten westdeutsche Zeitungen beiläufig, daß die Untersuchung auf Antrag der Flensburg Staatsanwaltschaft eingestellt ist und daß das Justizministerium von Schleswig-Holstein den Entscheid bestätigt hat. Das Argument ist wirklich zum Staunen: mangels Beweise!

Käme Himmler selbst nach Schleswig-Holstein, dann würde man es dort wohl fertigbringen, auch seine Verbrechen als unerwiesen zu bezeichnen.

Schweden und die EWG



Mala, Aftonbladet, Schweden

Touristen in Athen



„... um Himmels willen — was hat dich eigentlich auf die Idee gebracht, ausgerechnet einen griechischen Aufsichtsbeamten zu fragen, was aus der Opposition hier geworden ist!“

Stern, Westdeutschland

DIE FARBEN DER MONGOLEI

Wir ritten im Schritt und ließen die Zügel hängen. Schwer hingen bleigraue Wolken herab. Plötzlich auftauchend, verbargen sie den tiefblauen mongolischen Himmel.

„Schon das zweite Jahr ist solches Wetter“, sagte Miagmar betrübt. „Die Chinesen mit ihrer Atombombe sind schuld daran.“

„Kaum“, wandte ich ein. „Ich glaube, die Wissenschaft sagt, daß das Wetter nichts mit Kernexplosionen zu tun hat.“

Soweit das Auge reichte, dehnte sich ringsum die Steppe, hie und da von sanften Hügeln unterbrochen. Keine einzige Jurte. Manche Hügel waren mit Wald bestanden, ihre Gipfel schwammen wie krause Inseln in der Steppe. Die Landschaft wurde immer wilder, bald trappelten die Hufe unserer Pferde auf einem steinigen Hang, und der Steppenteppich schien zurückzurutschen.

„Zch!“ machte Miagmar, um seinen Braunen zum Stehen zu bringen. „Hier bin ich geboren“, er zeigte mit seinem Peitschenstiel auf eine Wiese, die bunt von Margeriten und lila Immortellen war.

„Aber da ist ja gar nichts!“

„Zch! Früher war da unsere Jurte.“

Wieder ritten wir im Schritt. Nach einer Stunde zeigte Miagmar mit seiner Peitsche auf einen steilen Hügel:

„Hier ist mein Vater gestorben. Herzschlag. Voriges Jahr.“

Ich dachte, wie lauter diese Menschen sind, die in der jungfräulichen Steppe geboren werden und sterben.

Da, wo Miagmars Vater starb, zeigte sich plötzlich der Kopf eines aufgescheuchten Tarbagans. Miagmar wollte dem fuchsroten Tierchen schon nachjagen, das hatte aber, drollig mit dem dicken weißen Steiß und dem Schwanzstummel wackelnd, seinen Bau schon erreicht und war darin verschwunden.

Einen Augenblick drangen ein paar Sonnenstrahlen durch die Wolken, aber noch ehe wir uns daran freuen konnten, goß es. Mein orange Deli sah durchnäßt fast rot aus. Wir gaben unseren Tieren die Sporen.

„Eine Jurte, eine Jurte!“ rief Miagmar erfreut.

In der Ferne tauchte inmitten des grünen Meers ein weißer Punkt auf.

Kurz darauf saßen wir auf warmem Filz; hatten silberne Trinkschalen in den Händen und schlürften den hausge-

Alexander TER-GRIGORIAN

brannten Milchschnaps. Der Herr der Jurte drehte an seinem Transistor, er hoffte, einen Wetterbericht zu bekommen. Großäugige Kinder, vier oder fünf, betrachteten uns schweigend, und die Hausfrau, die schon wieder eins erwartete, hantierte am Herd.

Eine junge Witwe mit Kind galt in der Mongolei noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit als die beste Partie, denn sie hatte ja schon bewiesen, daß sie Kinder gebären kann. Schwere Seuchen rafften die Menschen dahin, Krankheiten machten die Frauen unfruchtbar. Heute fällt in jeder Jurte zuallererst die Unmenge von Kindern auf. In der Republik wächst eine kräftige Jugend heran.

Die Hausfrau setzt mir einen Leckerbissen, einen kleinen Tarbaganschinken, vor. Ich tue, als sähe ich ihn nicht, und kaue an einem Keks aus getrocknetem Weißkäse, denn ich habe gehört, daß die Tarbagane die Pest verbreiten, obwohl sie nur Tau trinken und Gras fressen.

„Hab keine Angst!“ redet mit verstehend Miagmar zu. „Jetzt herrscht keine Seuche. Die Leute wären beleidigt, wenn du nicht essen würdest.“

Ich muß gestehen, daß ich ziemlich widerwillig in den Tarbaganschinken beiß.

„Miagmar, frag den Hausherrn, woran er erkennt, ob ein Tier gesund oder ein Seuchenträger ist!“

„Zch! Krank ist es, wenn man es fängt, und es schreit nicht. Ein gesundes schreit. Du bist wie ein kleines Kind. Glaubst du etwa, wir essen kranke Tiere?“

In der einsamen Jurte scheint das Leben einen gemächlichen Lauf zu nehmen, sie steht ja so weit vom Lärm der Welt und von den politischen Leidenenschaften entfernt. Es scheint, als seien hinter den gegitterten hölzernen Halbkreisen, auf denen die Jurte ruht, Urwüchsigkeit und Natürlichkeit zu Haus. Man möchte kaum glauben, daß es irgendwo auf der Welt Städte mit Lichtreklame auf den Dächern, mit Wagenströmen und überfüllten Zuschauerräumen gibt. Kaum habe ich das gedacht, da faltet Zewegdorsch, der Herr der Jurte, ein Blatt der Zeitung *Ara Khangai Unen* auseinander, die in Zezerleg, der Hauptstadt des Aimaks

(Gebiets), erscheint, und fragt uns über Vietnam aus, darüber, was China in der nächsten Zeit zu erwarten hat und was ich von de Gaulles Standpunkt halte. Nun weiß ich, daß die kleine Jurte auch eine winzige Zelle unseres großen Planeten ist, aktiv, energiegeladen, am Leben des ganzen Volkes teilnehmend.

Minshur wundert sich

Im Somon (Distrikt) Tamir sagte man mir und Scharawisch, dem stellvertretenden Chefredakteur der *Unen*:

„Fahren Sie doch nach Gerekt-Dsam, zu Minshur! Die Vereinigung ist nicht sehr bekannt.“

Unser geländegängiger Wagen holpert die steil abfallende Straße hinunter, vorbei an bewaldeten Bergen, die von riesigen Findlingen übersät sind. Ein Gletscher hat hier, im Bezirk Ara Changai, ganze Arbeit getan, er hat wie ein begabter Künstler gearbeitet, der sich die Komposition der Landschaft, die Farben und die Einmaligkeit jedes Details genau überlegt. Gerekt-Dsam, zu Deutsch Lichter Weg, erwies sich als eine große Hirtenvereinigung. Mit der Zahl ihrer Bauten und deren Einwohnerschaft kann sie es mit einer Distriktsstadt aufnehmen. Adrette weiße Häuser, saubere Jurten und in der Ferne sogar ein Fabrikschornstein.

Minshur, der Vorsitzende der Vereinigung, ist ein wahrer Hüne. Er ist in mittleren Jahren und trägt das Abzeichen eines Deputierten des Großen Volkschurals. Er zeigte uns den Betrieb. Gerekt-Dsam hat 5000 Einwohner, 82 000 Stück Vieh und 3000 Hektar urbares Land, von denen 2500 mit Gras bestellt sind. Das übrige Gebiet besteht aus Wäldern und Bergen, durch die sich Flüsse schlängeln. Es gibt da eine staatliche Station für Kunstdünger (eine für drei Vereinigungen), eine Milchviehfarm, eine Achtklassenschule, eine Grundschule, eine Sanitätsstelle, eine tierärztliche Station, einen Kindergarten, eine Rote Ecke, einen Klub, ein Wanderkino und eine Bücherei. Die Achtklassenschule hat ein Schülerheim.

„Was? Ob die Jugend nach Schulabgang in die Stadt geht? Wozu? Sie fährt weg, um zu lernen, und kommt dann fachlich ausgebildet zurück. Wir haben hier fünf Ärzte, einen Tierarzt, sieben tierärztliche Heilgehilfen und einen Ökonomen, alles hiesige.“

500 Tugrik im Monat? Wo denken Sie hin? Viel mehr. Die Melkerin Shidhu verdient 12 000 im Jahr. Und auch die eigene Wirtschaft bringt den Leuten etwas ein. Jeder darf zehn Stück Vieh pro Familienmitglied halten. Hier hat jeder ein Kraftrad. Bei uns wird alles gekauft, wenn nur recht viel geliefert wird. Und was wir hier nicht bekommen, das finden wir in Ulan Bator.“

Minshur schien sich über meine naiven Fragen zu wundern.

„Lassen Sie ihn schon in Ruhe!“ sagte plötzlich Scharawisch. „Sehen wir uns das Kabinett an, und dann fahren wir hinüber ans Ufer des Tamir!“

Kabinett nannte Scharawisch etwas, das eigentlich ein kleines Heimatkundemuseum war. Da standen ausgestopfte Tarbagane, Gamsen, Wölfe, Luchse und andere Tiere, die in der Gegend der Vereinigung vorkommen. Uralte Säbel, Äxte, stählerne Dreifüße mit wunderbarer Schmiedearbeit, die seinerzeit die mongolischen Meister berühmt gemacht hat. Burchane: Götter aus Bronze. Alte Festgewänder, alte tibetanische Bücher, die wie lange Truhen aussehen. Diplome für Erfolge in der Produktion, im Sport und im Kulturaufbau. Sogar ein großes Bild von Fidel Castro, das eine kubanische Delegation der Vereinigung geschenkt hat.

Endlich lasse ich Minshur wirklich in Ruhe, und wir fahren zusammen an den Tamir. Schon von weitem sehen wir einen riesigen Felsen, den eine Riesenhand den steilen Berghang ins Grün der Steppe hinabgerollt zu haben scheint. Minshur fängt meinen Blick auf.

„Vor langer, langer Zeit gewann ein Bursche ein Mädchen lieb und wollte es heiraten. Das Mädchen aber war sehr schön, und ein böser Drache drohte, alles ringsum zu vernichten, wenn er es nicht bekäme. Der Recke Bilegt beschloß, die Menschen von dem bösen Drachen zu befreien. Müheles wie eine Feder hob er den Felsen auf und warf ihn vom Berg in das Loch, in dem das Ungeheuer hauste. Es erstickte, und das Mädchen war gerettet.“

Plötzlich lacht er laut auf:

„Heute würden wir Bilegt eine Prämie geben.“

Schnell und klar wie alle mongolischen Flüsse, rauschte der Tamir an uns vorbei. Am Fuße des Bilegt-Felsens entdecken wir ein Zelt. Eine Brigade der Vereinigung feiert da die Erfüllung des Plans.

„Ruf deine Landsleute her!“ sagt Scharawisch zu mir, als wir drei junge Leute mit Angeln und Gummistiefeln

sehen. Es sind Ingenieure aus Kiew. Sie sind gekommen, um in Ara Changai einige Flugzeuge zu reparieren. Sie schließen sich uns an und bringen ihre Beute, einen riesigen Taimen, mit. Noch lange ertönen beim Bilegt-Felsen Trinksprüche auf die Freundschaft zwischen Moskau und Ulan Bator, Kiew und dem Distrikt Tamir.

Nairamdal

Im Hotel suchte mich der kleine, schüchterne Daramdsagd auf. Wir hatten uns im Theater bei einem Konzert des Omsker Chors kennengelernt, der in der Mongolei gastierte. Daramdsagd sagte:

„Wie meinst du, werden sie ein Lied über die Freundschaft einüben können, wenn wir beide es schaffen, so eins zu schreiben? Ein russisches Lied mit mongolischem Refrain oder umgekehrt?“

Er hat am Moskauer Konservatorium studiert, dieser junge, aber schon bekannte Komponist. Das Gespräch beendeten wir im Hotelzimmer Juri Jurowskis, des Chorleiters. Wir beschlossen, es zu versuchen.

Ich weiß nicht, ob der Chor es noch geschafft hat, das Lied einzuüben und beim Schlußkonzert zusammen mit einem mongolischen Chor zweisprachig zu singen. Ich reiste vorher heim. Der Chor trat zweimal täglich, morgens und abends, auf und jedesmal vor ausverkauftem Haus. Im Aimak Bulgan mußte das Konzert aus dem Kulturpalast in die Steppe verlegt werden, weil viele Araten — Hirten — aus entlegenen Distrikten auf Reittieren, mit Krafträdern oder zu Fuß gekommen waren, um den Sibiriern zuzuhören.

Nairamdal, Freundschaft — dieses Wort hat in der Mongolei einen guten Klang. Es klingt besonders warm und bedeutsam, wenn von den Beziehungen zu Bruderländern die Rede ist.

Ich war in Ulan Bator, als eine von Todor Shiwkow und Georgi Traikow geführte bulgarische Partei- und Staatsdelegation in der Mongolei eintraf.

Die mongolisch-bulgarischen Beziehungen haben schon ihre Geschichte. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder ist seit dem Beitritt der Mongolei zum RGW besonders rege geworden. Bulgarien liefert der Mongolei allerlei Betriebsausrüstungen, Landmaschinen und Krankenhausgeräte und bezieht von ihr Häute, Fleisch, Schafwolle, Kamelhaar und andere Waren. Mit Hilfe Bulgariens sollen in den Aimaken leistungsfähige Fleischverarbeitungscombine gebaut werden. Im Ostaimak ist der Bau schon angelaufen. Dabei hel-

fen 150 bulgarische Fachkräfte. Seit 1963 beteiligen sich bulgarische Geologen an der Erschürfung von Bodenschätzen.

Die Mongolei steht mit den meisten sozialistischen Ländern in engen geschäftlichen und freundschaftlichen Beziehungen. Der bulgarisch-mongolische Vertrag, der während des Aufenthalts der bulgarischen Partei- und Staatsdelegation in Ulan Bator geschlossen wurde, geht weit über den Rahmen der Beziehungen zwischen zwei Ländern hinaus. Er wird die Einheit der sozialistischen Länder zweifellos festigen.

In der Weltpolitik faßt die Mongolische Volksrepublik immer fester Fuß. Noch vor einigen Jahren traf man in Ulan Bator nur selten einen Diplomaten aus einem kapitalistischen Land. Heute hat die Mongolei diplomatische Beziehungen zu 38 Ländern und nimmt an vielen UNO-Ausschüssen teil. Sie gehört über 40 Weltorganisationen an.

Im großen Bankettsaal des Hotels „Ulan Bator“ wohnte ich dem Empfang bei, der anlässlich des Aufenthaltes der bulgarischen Delegation in der Hauptstadt der Mongolei gegeben wurde. Es war ein gewöhnlicher diplomatischer Empfang, zu dem viele Botschafter, Hunderte Diplomaten verschiedener Ränge, Minister, Kulturschaffende, Künstler und Journalisten erschienen waren, ein Empfang, alltäglich auch für das heutige diplomatische Leben in der Mongolei.

Das Gefasel westlicher „Sachverständiger“ von einer angeblichen Unselbstständigkeit der Mongolei klingt einfach lächerlich. Nacheinander treten die unabhängigen Länder Asiens und Afrikas zu dieser Republik in diplomatischen Kontakt. Auch kapitalistische Länder, darunter England, Frankreich, Österreich, Finnland und die Schweiz, haben schließlich und endlich diplomatische Beziehungen zu dem großen asiatischen Land aufgenommen, das man vergeblich zu ignorieren versuchte.

Es steht nicht schlecht bei unseren mongolischen Freunden, sowohl innerwie außenpolitisch.

Nur eins macht den Mongolen Sorgen: Überall, wo ich mich mit mongolischen Freunden unterhielt, war von den chinesischen Provokationen die Rede. Es kommt sogar zu Provokationen der Mao-Truppler an der mongolisch-chinesischen Grenze.

Unsere AN-24 flog über dem grünen Meer der Wälder, über den Windungen der angeschwollenen Ströme und der uferlosen Steppe. Am Steuer saß ein bekannter Pilot aus Ulan Bator, ein ganz junger Mann.

Plötzlich erblickten wir unten an einem Fluß mehrere Reihen winziger, wie Bauklötze aussehender Häuser. Am Rande einer großen Grube bewegten sich schwerfällig spielzeughafte LKWs. Eine winzige Diesellok schleppte Waggonen in nordwestlicher Rich-

tung. Das war doch Scharyn-Golf! Schon erwachsen und arbeitend, gibt es dem Land tausendfach zurück, was es von ihm bekommen hat. Dabei ist es noch gar nicht lange her, daß ich in dieser Einöde war und daß in der Schleife eines kleinen Flusses große Kohlenvor-

kommen dicht an der Erdoberfläche entdeckt wurden. Damals stand da nichts. Jetzt sehe ich einen Tagebau und eine Bahnstrecke. Die Mongolei verändert sich schnell. Überall spürt man dieses Tempo: das Tempo des Sozialismus.

Reportage aus Südvietnam

Mary McCARTHY

Wohin man mit dem Hubschrauber aus Saigon auch fliegen mag — überall sieht man bald Spuren der amerikanischen Bombardierungen. Schon gleich hinter den Gemüsegärten der Saigoner Vororte trifft der Blick etwas wie eine Reihe von Scheiterhaufen, wie man sie in Amerika gewöhnlich im Spätsommer abbrennt. Westwärts ziehen sich riesige schwarzbraune Streifen: frische Spuren des erfüllten Programms zur Vernichtung der Vegetation; die rotbraunen Streifen sind das Ergebnis der vorjährigen Arbeit. Der Hubschrauber fliegt knapp über die Baumwipfel hinweg, und nun kann man die Scheiterhaufen näher betrachten. Nun kann man die von den Bauern selbst verbrannten Reisfelder von den Feldern deutlich unterscheiden, die Bombenziele waren und von denen Rauchsäulen aufsteigen.

Als ich eines Morgens das Delta überflog, bemerkte ich solche Rauchwolken, die träge vom Boden aufpufften. Ich ermahnte mich gerade, keine übereilten Schlüsse zu ziehen (wie kannst du's wissen?), als ich ein kleines Flugzeug erblickte, das Kreise zog. Plötzlich schoß es im Sturzflug hinunter, warf Bomben ab und flog nach einem zweiten Abwurf mit einer eleganten Wendung davon. Noch dichter, fettschwarzer Rauch quoll hervor. In der Ferne schwebten noch zwei Flugzeuge wie Moskitos, die an der Decke summen, bereit, jeden Augenblick zuzustechen.

Kehrt man gegen Abend nach Saigon zurück, so sieht man unterwegs qualmende Trümmerstätten, das Resultat des heutigen Morgens, und geradezu friedlich wirkende frische Rauchsäulen, das

Gelingen des Nachmittags. Wie immer lungern am Himmel ein Paar Flugzeuge (man hat den Eindruck, daß sie immer paarweise unterwegs sind, wie FBI-Agenten). Den ganzen Tag hängen sie wie angeklebt am Himmel.

Ein Korrespondent flog einmal in der Spitzenmaschine einer großen Bombergruppe mit. Unten radelte ein Vietnameser dahin; er hob den Kopf, stieg ab, legte sein Gewehr ab und feuerte. Der Pilot des Flugzeugs warf auf ihn seine ganze Napalmbombenlast ab: sie hätte genügt, einen ganzen Zug Soldaten zu vernichten. Jedermann mit normal entwickeltem Gerechtigkeitssinn muß mit dem Radfahrer sympathisieren. Der angeblich für die Angelsachsen so charakteristische Gerechtigkeitssinn ist bei den Amerikanern hier eingegangen, da er nicht geübt wird.

Ende Februar erklärte ein persönlicher Vertreter Präsident Johnsons auf einer Pressekonferenz in Saigon, vor zehn Monaten hätten die USA vor „Problemen der Mißerfolge“ in Vietnam gestanden, nun ständen sie aber vor „Problemen, die von unseren Erfolgen ausgelöst“ seien. Dieser Sendbote von der Madison Avenue, ein früherer FBI-Agent, hatte eine Art zu reden, als sei sein Mund aus Gummi; er machte eine Spritztour durchs Land und blickte immer wieder demonstrativ auf die Uhr: ungefähr in einer Stunde mußte er auf den Schwingen des Erfolgs nach Washington abfliegen. Unter den „von Erfolgen ausgelösten Problemen“ nannte er das Flüchtlingsproblem. Diese Verwandlung von Soll in Haben ist für das heutige amerikanische Herantreten an die Vietnamfrage überhaupt bezeichnend.

Es ist wahr, daß die Franzosen, die

in Vietnam eine Niederlage erlitten, kein Flüchtlingsproblem kannten. Ein barscher Marineinfanterieoberst sagte mir in seinem Batteriestand:

„Die Flüchtlinge haben wir selber geschaffen. Während des Kriegs mit den Franzosen gab es die nicht. Man kämpfte tagsüber und ging zur Nacht nach Hause.“

Zur Zeit machen die Flüchtlinge zehn Prozent der Bevölkerung aus. Die heutige Technik ermöglicht es, eine Rekordzahl von Menschen obdachlos zu machen, sie hat sogar alle alten Vernichtungsmethoden wie Überschwemmungen und Erdbeben übertrumpft. Im Notfall kann sie aber auch genau das Gegenteil bewirken, ihre Ressourcen zu Rettungs- und Wohlfahrtsoptionen im Geiste des Roten Kreuzes anbieten.

Ein solcher Notfall erfolgte im Januar. Es handelte sich damals um die Opfer des Plans zur Liquidierung des „eisernen Dreiecks“; gegenwärtig befinden sie sich im Lager Phu Cuong, über das ich bereits geschrieben habe. Diese Menschen kann man nicht einmal als Flüchtlinge im Wortsinne des Lexikons bezeichnen („Jemand, der während eines Krieges, bei politischer oder religiöser Verfolgung usw. sein Heim oder seine Heimat verlassen hat, um andernorts Asyl zu suchen“). Niemand kann behaupten, daß diese Menschen „mit den Beinen abgestimmt haben“, um sich der „freien Welt“ anzuschließen. Sie machten von ihren Beinen kaum Gebrauch, denn sie wurden in US-Army-LKWs und dann auf Schleppkähne verladen. Hier fängt aber die Story darüber an, wie man mit genügend Energie und Tüchtigkeit das Soll zum Haben machen kann, u. zw. nicht nur durch verbale Manipulationen, sondern auch durch Handlungen, die Bände sprechen.

nen, sondern auch durch Handlungen, die Bände sprechen.

Ich will fair sein. Zweifellos haben humane Erwägungen mitgespielt, als beschlossen wurde, gerade dieser Gruppe von „Flüchtlingen“ Beachtung zu schenken. Einige amerikanische Militärs waren bestimmt schockiert, als ihnen von oben die Operation „Cedar Falls“ anbefohlen wurde. Mag sein, daß Johnsons Berater die Aktion aufrichtig bereuten, die als eine „militärische Notwendigkeit“ betrachtet wurde, die „den Krieg abkürzen“, „Amerikanern das Leben retten“ sollte u. dgl. m. Wie dem auch sei, Washington wollte sich den „Flüchtlingen“ gegenüber großmütig zeigen.

Heute ernten die Amerikaner die Früchte ihres Großmuts. Das Lager in Phu Cuong ist zu einer Schau geworden. Hierher werden mit Hubschraubern Journalisten und sonstige Besucher gebracht, damit sie sich mit eigenen Augen überzeugen können, zumal das Lager nicht weit von Saigon entfernt ist. Hier wird nichts verhohlen, alles steht der Besichtigung frei. Man kann vermittelt des Lagerdolmetschers mit den Evakuierten reden. Wenn man will, kann man den eigenen Dolmetscher mitbringen und sich mit den Leuten einzeln unterhalten.

Tagtäglich bringen amerikanische Militärwagen ins Lager Wasser, das in Reservezisternen abgefüllt wird. Bei meiner Ankunft funktionierte die Pumpe gerade nicht. Prompt stand aber ein Pionieroberst davor, um sie zu richten, wobei er sich am Hinterkopf kratzte und alle seine amerikanischen technischen Fähigkeiten aufbot.

„Diese Leute lebten früher am Fluß“, sagte mir der junge Lagerkommandant. „Sie vergeuden viel Wasser.“

Jeder Unvoreingenommene muß zugeben, daß die Bedingungen im Lager gar nicht so schlimm sind, die unvermeidliche Übervölkerung ausgenommen. Die Flüchtlinge klagen über die Hitze: in ihren Dörfern am Flußufer gab es viel Schatten. Hier gibt es aber keinen einzigen Baum, und die Militärhubschrauber und LKWs wirbeln ständig heißen Staub auf. Die Leute klagen ferner, daß ihr Vieh krank wird, daß man ihnen einen Teil des Reises gestohlen hat. Das sei gelogen, sagen die amerikanischen Berater, man habe ihnen eingeschärft, ihre Säcke sorgsam kenntlich zu machen, und wenn ein paar herrenlose Säcke unterwegs durcheinander gebracht wurden, so sind daran nur die Vietnamesen selbst schuld.

Die Leute klagen über die Arroganz der „Kaderfunktionäre“ von der Organisation „Revolutionäre Entwicklung“,

die im Lager die Aufseher machen (jeder Hütte ist ein spindeldürrer Bursche beigegeben), sie klagen, daß in ihrer Mitte Spione eingenistet werden. Das sei unumgänglich, sagen die Berater, um gegnerische Agitation und Propaganda zu hintertreiben. Schließlich seien diese Leute Verwandte von Vietcongs, und unter ihnen hätten sich Aufwiegler gefunden, die versuchten, einen Proteststreik zu organisieren, indem sie auf nichtige Übelstände spekulierten. Die Namen einiger dieser Aufwiegler sind der Obrigkeit schon bekannt, und man wird mit ihnen abrechnen.

Im großen und ganzen war aber der junge Lagerkommandant, ein Quäker, mit dem Sachverhalt zufrieden. Dieser bescheidene und ziemlich aufrichtige junge Mann stellte die Politik nicht in Frage, durch die diese Menschen zu Häftlingen gemacht wurden. Er war von seinen Pflichten ganz absorbiert und machte sich offensichtlich (wie alle übrigen Amispersonen) keine Gedanken darüber, ob die amerikanischen Streitkräfte denn diese Zivilbevölkerung nicht anders behandeln könnten. Durfte man diese Menschen einfach wie Kehrlicht fortwerfen und dem Hungertod ausliefern? Nein, etwas mußte mit ihnen geschehen, und das so bald wie möglich, denn es gibt ja eine öffentliche Meinung. Wie man aber in Wirklichkeit mit ihnen verfuhr, kann keinesfalls als Barmherzigkeit qualifiziert werden. Barmherzigkeit ist das nur im Verhältnis zu Grausamkeit.

Die Helden der Story von Phu Cuong sind größtenteils Amerikaner: Uncle Sams mit Konfekt in allen Taschen. Und auf einmal wird dieser Uncle Sam mißverstanden! Ein Beamter des Vereinigten Amerikanischen Amts für öffentliche Angelegenheiten, der mich nach Hause zum Lunch einlud, äußerte Kränkung und Bestürzung über einen Artikel in der New York Times, in dem von Phu Cuong die Rede war. Der Reporter hatte mit einigen Flüchtlingen gesprochen und eine Frau zitiert, die sagte, sie wollte, sie wäre tot.

„Das ist ja natürlich“, widersprach ich, „die Amerikaner haben ihren Mann getötet, sie hat ihr Haus und all ihr Hab und Gut verloren.“

„Er hätte einen Querschnitt geben sollen“, entgegnete mein Gesprächspartner verletzt. „Sonst entsteht ein falsches Bild vom Lager.“

„Wenn nur eine Frau von fünf den Tod herbeiwünscht, so können Sie von Glück reden“, bemerkte ich.

Er wiederholte immer wieder, das sei unfair. Er wollte glauben, daß die Lagerinsassen glücklich seien.

Diese Wahnidee ist weit verbreitet, obwohl sie nicht immer so offen geäußert wird. In ihren Befehlsständen, wo die Fahne der Armee der Republik Vietnam über einem Dorf flattert, das eben erst der Vietcong entrissen wurde, wollen die Amerikaner lächelnde Mienen sehen und das muntere Summen vom wiederauflebenden Handel und Gewerbe hören. Während einer Reihenuntersuchung in einem halbzerstörten Ambulatorium spielt eine Militärkapelle, damit die Bevölkerung munteren Schrittes zum Pillenschlucken aufmarschiert. Wenn aber keiner hinkommt, so sind die Offiziere aus der Abteilung Psychologische Kriegführung bestürzt.

Die Amerikaner wollen aber nicht nur geliebt werden (ihr Ideal ist ein amerikanischer Major, der über den Marktplatz stapft und von einer zerlumpten Kinderschar mit Rufen „Du Nummer eins“ umringt wird), sie möchten auch, daß die dortige Bevölkerung fühlen solle, wie sehr die Amerikaner sie lieben.

Natürlich hat die Kampagne zur Gewinnung von Freunden ihre guten Gründe. Die Strategen wollen, daß die Bauern angerannt kommen und den „netten Captain“ von einem geplanten Angriff der Vietcong verständigen und ihre Nachbarn denunzieren sollen, die verdächtig sind, mit den Partisanen zu sympathisieren. Ein Offizier wird Ihnen begeistert erzählen, daß die Leute in seinem Bereich begonnen haben, den Amerikanern „zu helfen“ (das Wort „zusammenarbeiten“ wird tunlichst vermieden).

Für einige Amerikaner, die in Vietnam kämpfen, gibt es natürlich keine „guten Vietnamesen“: gut ist der Vietnameser nur dann, wenn er tot ist. Sie pfeifen auf lächelnde Mienen, sie brauchen nur Resultate, nackte Tatsachen, sonst nichts.

Sagen Sie einem amerikanischen Beamten, daß das Lager in Phu Cuong ein Schaubetrieb sei, so ist er empört. Natürlich ist es ein Schaubetrieb, die Amerikaner lieben aber dieses Wort nicht. Nennen Sie es aber ein „Musterlager“, so werden sie nichts dagegen haben. Auch protestieren sie, wenn man Phu Cuong als ein Konzentrationslager bezeichnet. Übrigens stimmt das durchaus: die Leute sind ohne jeden Grund festgenommen, hinter Stacheldraht gesetzt, verhört worden und müssen in ihrer Mitte Denunzianten dulden. Für die amerikanischen Amispersonen ist Konzentrationslager ein Nazimonopol und assoziiert sich unbedingt mit Ker-

Schluß von Nr. Nr. 31 und 32

kermeister, die Lampenschirme aus Menschenhaut anfertigen; so etwas kommt aber in Phu Cuong nicht vor, das wissen sie genau. Was den Stacheldraht betrifft, so erläutern sie geduldig, daß er zum Schutz vor Vietcong nötig ist.

Ob die für Flüchtlingsfragen zuständigen USA-Behörden das wollen oder nicht — Phu Cuong ist keineswegs ein typisches Flüchtlingslager. Das zu behaupten, wäre dasselbe, als wolle man erklären, der Saigoner Sitz von Mr. Cabot Lodge (und jetzt von Mr. Ellsworth Bunker) sei eine typische vietnamesische Behausung. Nach dem, was ich gesehen habe, sticht Phu Cuong allein schon deshalb hervor, weil es mit Trinkwasser versorgt wird, und dann noch die Aborte, die Schule, das elektrische Licht, das Fernsehen, die Müllablagerung, die funkelneuen Blechdächer, die ansehnliche tägliche Lebensmittelration, die Möglichkeit, zu arbeiten und etwas zu verdienen, die Anzahl des Hausrats wie auch die neuen amerikanischen Schlafanzüge der Kinder, offenbar die milde Gabe eines Wohltätigkeitsvereins. Mag sein, daß es auch andere Flüchtlingslager gibt, die sich eines oder zweier dieser Merkmale rühmen können, ich habe aber von solchen nicht gehört.

Man zeigte mir Flüchtlingslager in Cam Chau, bei Hoi An. Eines von ihnen funktionierte bereits sechs Monate und hatte 1500 Insassen. Wir gingen, der Arzt und ich, an den Hütten vorbei zu einem Ententeich, in dem wahrhaftig zwischen Konservenbüchsen und sonstigem Unrat einige kleine Enten schwammen. Dieser Teich war für 700 Menschen die einzige Wasserquelle zum Trinken, Waschen und Kochen. Am anderen Ende des Lagers, das in zwei Hälften geteilt ist, gab es noch einen solchen Teich (etwas größer) für die übrigen 800 Insassen. Von Hygiene keine Spur. Frauen und Kinder hockten sich überall nieder; vor den Hütten häufte sich Unrat; der Boden der Hütten war aus Lehm, die Dächer aus altem Stroh.

Die Misere und der Schmutz dieses Lagers sind unbeschreiblich. Das Auge sträubte sich, hinzusehen, wo das nackte Leben der Erniedrigten bloßlag. An den Eingängen der Hütten standen Frauen, die uns beobachteten. Einige von ihnen traten auf den Arzt zu und baten ihn

um Medikamente. Die meisten aber starteten uns einfach an. Ich fühlte, daß sie uns herausforderten, sie doch eingehend zu betrachten.

Unter allen Lagerinsassen, besonders unter den Kindern, grassieren Haut- und Augenkrankheiten, auffallend sind die Anzeichen von Unterernährung, die vom Betelkauen zerstörten und häufig bis zu den Wurzeln verfauten Zähne.

Vor der Ankunft der Amerikaner in Vietnam gab es dort keine rostigen Coca-Cola- oder Bierbüchsen, keine Whiskyflaschen. All dieser unverwundliche Müll der amerikanischen Massenproduktion schwimmt auf Sümpfen und Bächen, liegt auf den Feldern und am Straßenrand umher und verunstaltet ein Land, das einst wahrscheinlich wunderschön war. Früher wurden die „natürlichen“ Abfälle von Menschen und Tieren offenbar wie Kompost vom Boden verschlungen: Fischgräten oder Hühnerknochen, Reisstroh, trockener Bambus, Eierschalen, Gemüseabfälle, Exkremamente. Die amerikanische Lebensweise hat dieses asiatische Land mit Industrieabfällen beschert, die es nicht verdauen kann.

Braucht jemand Vergleichsmaterial, so genügt ein Touristenvisum nach Kambodscha, dessen Volk längst nicht so fleißig ist, wo aber überall, von den ärmsten Vierteln der Hauptstadt bis zu den entlegensten Dörfern, Sauberkeit herrscht.

Das Territorium um jeden großen amerikanischen Stützpunkt in Südvietnam erinnert an eine Müllablagerung oder an den Hof einer Leprastation mit einer Senkgrube. Die Leprakranken sind aber viel zu arm, um sich ein Miller's-High-Life-Bier leisten zu können und politisch viel zu unzuverlässig, um amerikanische Konserven zu erhalten. Selbst B-52-Bomber sind außerstande, den „Raum zu sterilisieren“, denn die Konservenbüchsen brennen nicht. Allerdings kann man sie plattschlagen: in den Landgebieten Vietnams ist jetzt eine merkwürdige „Pop Art“ verbreitet. Die Fassaden der Häuser (nicht nur in den Flüchtlingslagern) sind aus Konservenbüchsen. Da und dort prangen bunte Muster aus Bier-, Limonaden- oder Coca-Cola-Büchsen. Mitunter werden einfach alte Büchsen von Corned Beef oder Campbell-Suppen aneinander gereiht. Selbst wenn man jede vietnamesische Hütte mit diesem neuen Baustoff versehen würde, gelänge es kaum, die Unrathalden, die Exkremamente unserer Zivilisation auszuräumen,

die wir in diesem Lande hinterlassen haben. Im Gegenteil, sie werden weiterwachsen, nach Maßgabe der Stärke unserer Truppen.

Von einem ganz anderen Unrat schon gar nicht zu reden. Als wir uns Da Nang näherten, zeigte man mir ein Wrack dicht an der Straße. Vor einigen Monaten war dort ein amerikanischer Bomber abgestürzt: 81 Tote. Die Ursache des Absturzes war ein technischer Schaden. Das bedeutet wahrscheinlich, daß die ums Leben gekommenen nicht zu den während der Kampfhandlungen Gefallenen, sondern einfach als Opfer eines Unfalls gezählt werden. Das Wrack des Bombers lag mit einer ragenden Tragfläche, den Bug in einem Dach vergraben, mitten unter Häusertrümmern. Niemand dachte auch nur daran, sie fortzuräumen. Einige Meilen weiter lag noch ein Bomber.

Im Presseklub der Marineinfanterie wurden Martinis mit Eiswürfeln, Beefsteaks, Vin rosé und Cognac serviert. Über der Theke im Restaurant hing eine Tafel: „Haben Sie schon Ihre wöchentliche Malariapille gehabt? Bedienen Sie sich, bittet!“ Die Marines waren dort sehr nett, wirklich nett, alle, Offiziere und Soldaten. Sie wollten wissen, was ich gesehen habe und ob es „interessant“ gewesen sei. „Grauenhafte Zustände“, sagte ich, als ich die Wasserversorgung im Flüchtlingslager erwähnte. Sie nickten, rückten ihre Stühle heran, als seien sie froh, die Wahrheit über die Lager zu hören. Als typische Amerikaner ekelte es sie, von schmutzigem Wasser zu hören.

Zum Unterschied von ihnen wollten die zivilen Bürokraten in Saigon von den Flüchtlingslagern nichts hören. Schon nach den ersten Worten verloren sie die Geduld, nahmen den Hörer ab („Entschuldigen Sie einen Augenblick“) oder setzten eine grüblerische Miene auf, als dächten sie angestrengt über etwas weitaus Wichtigeres nach.

Die Strafkolonien, die die Vietcong entkräften und schwächen sollen, treffen die Zivilbevölkerung in dem von der Vietcong besetzten Territorium auf das Grausamste. Ein Deserteur, der sich nach Europa durchschlagen konnte, hat ausgerechnet, daß ein Viertel der Bevölkerung Südvietnams, lauter Bauern, getötet werden oder vor Unterernährung oder Mangel an ärztlicher Hilfe ums Leben kommen wird.

Die politischen Theoretiker finden, das Wort Genozid passe nicht auf die Schilderung der Vorgänge in Vietnam.

Genozid sei eine vorsätzliche Tat. Das selbe gilt auch für Bomben und Granaten. Lassen Vietcongs eine Bombe in einem Theater explodieren, so wird das als Bestialität qualifiziert. Zerbomben aber Amerikaner ein Dorf, so „ist das etwas ganz anderes“. Worin besteht der Unterschied, werden Sie fragen. Man wird Ihnen antworten, die Vietcong habe vorsätzlich, die Amerikaner jedoch zufällig gehandelt.

Wie kann es sich um einen Zufall handeln, wenn die Flieger das Dorf genau sahen, voraussetzen konnten, daß dort Menschen leben, aus Erfahrung wußten, daß die Bomben sicherlich explodieren? Nun, die Flieger zielten im Grunde auf Vietcongs. Wenn sie aber Zivilpersonen trafen, so geschieht das unabsichtlich. Das geschieht aber die

ganze Zeit, nicht wahr? Jedesmal ist es dann ein Zufall. Vom amerikanischen Standpunkt ist das Bombardieren keine wohlüberlegte Tat mit vorsätzlichen Folgen, jede vom Vietcong geworfene Granate ist aber, so meinen sie, mit Absicht geworfen, somit also eine gewollte und bewußte Tat.

Bemerkenswert ist, daß die Experten, die fast 20 Jahre lang die Technik des Partisanenkrieges, den Kommunismus und die nationalen Freiheitskriege studierten, die Frage nach vorsätzlichen Handlungen in solchen Kriegen nicht beantworten können, obwohl die Vernichtungsmittel sich der Höhe der Perfektion nähern. Die Folgen einer Handlung voraussehen und dennoch diese Handlung begehen heißt bewußt handeln. Wiederholen sich derartige

Fälle und behaupten die Schuldigen weiterhin, keine derartigen Folgen gewollt zu haben, so zeugt das von einer schweren und für die Umwelt gefährlichen Persönlichkeitsspaltung.

Das scheint bei den Amerikanern in Vietnam der Fall zu sein. Hier scheinen sich Wörter von ihrem normalen Sinn „zufällig“ gelöst zu haben. Hier wird ein Vietcong-Partisan als ein Mann hingestellt, der mit seiner Granate so sehr zusammengewachsen ist, daß sie gleichsam die Verlängerung seines Körpers geworden ist, während der Amerikaner von seiner modernen Waffe völlig losgelöst sei, als entziehe sie sich seiner Kontrolle, wie Präsident Johnson, der die Eskalation betreibt und dennoch so tut, als entziehe sich dieser Krieg seiner Kontrolle.

BÜCHERSCHAU

Gift auf allen Wellen

Wladimir OSTROGORSKI

Dieses in Wien erschienene Buch des deutschen Publizisten Reimund Schnabel enthält fast lauter Dokumente aus nazistischen Geheimarchiven. Die Dokumente sind nicht im Anhang gebracht, wie das häufig bei solchen Publikationen der Fall ist, sondern bilden die Substanz des Buches, das sich mit der Rundfunkpropaganda der Nazis auseinander setzt.

Schnabels Aufgabe wurde durch diejenigen erleichtert, die, im Rundfunk des dritten Reiches für die psychologische Kriegführung zuständig, als Bürokraten, die sie waren, alle ihre Operationen peinlich genau aufnotierten, ebenso peinlich genau wie ihre Kollegen aus den Todeslagern, die über die Kinderschuhe und Goldzähne ihrer Opfer Evidenz führten.

Der Wahlspruch „Arbeit macht frei“ an KZ-Toren sollte ebenso irreführen wie die Bahnhofattrappen in der Nähe der Gaskammern. Auch in der Rundfunkpropaganda fürs Ausland machten die Nazis von Tarnmanövern Gebrauch, und zwar sowohl in den „offenen“ Sendungen als auch in der „schwarzen“ Propaganda, d. h. in den Sendungen unter falscher Flagge.

Der Rundfunk eignete sich für diese Diversionen am besten, denn der Ur-

sprung solcher Sendungen läßt sich kaum ermitteln. Wie Schnabel im Vorwort feststellt, schätzte Hitler den Rundfunk „als ideales Propagandamittel“. Für subversive Rundfunkpropaganda und psychologische Kriegführung über Geheimsender scheuten die Nazis weder Kosten noch Mühe. Der Hinweis genügt, daß selbst in der Zeit der „totalen Mobilisierung“, als Hitlerjungen und alte Männer in den Volkssturm gepreßt wurden, das Personal des Rundfunkabhördienstes allein mehr als 500 zählte.

Im Kriege gründeten die Nazis drei große Rundfunkorganisationen, die sich mit Diversionen im Äther befaßten. So wurde mit dem Dazutun der portugiesischen Behörden in Lissabon die pseudo-neutrale Agentur „Radio Mundial“ geschaffen, die die Rundfunksender der nichtkriegführenden Staaten mit falschen, d. h. für das dritte Reich günstigen Informationen belieferte. „Radio Mundial“ hatte Zweigstellen in Stockholm, Vichy, Genf und Ankara und ihre Mitarbeiter sogar unter amerikanischen Geschäfts- und Zeitungsleuten. Aber schon wenige Monate nach dem Start ging die Organisation ein, da sich das Auswärtige Amt, das Propagandaministerium und die Spionagedienste nicht handelseinig werden konnten. Letztere hatten zu „Radio Mundial“ wie zum Propagandaapparat der Nazis überhaupt direkte Beziehungen.

REIMUND SCHNABEL: **Mißbrauchte Mikrofone.**

Deutsche Rundfunkpropaganda im zweiten Weltkrieg. Europa Verlag, Wien, 1967.

Als dauerhafter erwies sich eine andere Organisation, die neutrale und feindliche Staaten aus dem Äther verdrängen sollte. Sie hieß Interradio AG und unterstand Ribbentrops Amt. Nach langem Tauziehen mit Goebbels' Ministerium wurde sie schließlich beiden Ämtern unterstellt. Der Interradio oblag es, Sender in nichtkriegführenden Staaten vollständig oder teilweise aufzukaufen und sie mit Propagandamaterial zu versorgen. In einem streng vertraulichen „Arbeits- und Finanzplan für die Deutsche Auslands-Rundfunk-Gesellschaft Interradio AG“ vom 5. November 1941 hieß es, daß „der Rundfunk in dem Ringen um den Geist und die Seele der Völker an erster Stelle“ stehe und daß „die Sender im Ausland psychologisch und technisch vielfach eine bessere Wirkungsmöglichkeit als die Sendungen aus dem Reich besitzen“.

Am strengsten geheimgehalten wurde eine vom Standpunkt der Nazis besonders effektive Organisation, die in den Dokumenten den Codenamen Concordia trägt. Dieses Nesthäkchen von Goebbels vereinigte ziemlich viele Sender unter verschiedenen Decknamen.

So wurden nach England gleichzeitig drei Rundfunkprogramme ausgestrahlt. Die eine kritisierte im Namen einer „britischen Nationalen Opposition“ die

Regierung Churchill wegen „Abenteurertums“ und „Unversöhnlichkeit“ Hitlerdeutschland gegenüber; das zweite trat im Namen schottischer Separatisten auf; das dritte gab sich „ultralinks“ und verlangte unverzügliche Aktionen gegen das kapitalistische System in Großbritannien. Bemerkenswert ist, daß das erste dieser Programme in einem tadellosen Oxford-English, das dritte jedoch in Cockney, dem Idiom der Londoner Vororte, gesprochen wurde.

Concordia schaltete sich in die Aggression gegen die Sowjetunion regsam ein. Ende 1941 waren drei Schwarzsender in russischer Sprache tätig. Der eine war auf imaginäre „nationale großrussische Kreise“ abgestimmt, der andere rief im Sprachgebrauch der Goebbels-Propaganda dazu auf, „die Waffen gegen die britischen Plutokraten umzudrehen“. Bald mußten die Leiter der Concordia-Gruppe jedoch ihr Fiasko eingestehen. Es wollte Goebbels

und seinen Männern nicht gelingen, das Sowjetvolk zu zersetzen.

Überhaupt war der Nutzeffekt der Zersetzungspropaganda durch den Rundfunk niedriger, als die Nazis gehofft hatten. Daraus zogen sie aber keine Lehren und schmiedeten ihre Rundfunkkriegspläne bis 5 Minuten vor 12 weiter. Die psychologische „Wunderwaffe“ der Nazis erwies sich schließlich als eine ebensolche Selbsttäuschung wie die militärische.

Schnabels Buch hat in der westlichen Presse ein Echo gefunden. So hat der Rezensent im *Spiegel* ausgerechnet, daß in den von Schnabel veröffentlichten Dokumenten der Name Kurt Georg Kiesinger 85 Male erwähnt wird. Kiesinger, so erläuterte der Rezensent, war im Kriege stellvertretender Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des Außenministeriums. Er gehörte ferner dem Aufsichtsrat der Interradio AG an, und zu seinem Ressort gehörte auch die Concordia-Gruppe. In Schna-

bels Buch findet man auch andere westdeutsche Prominenz. Beachtenswert ist die Kontinuität in Inhalt und Methode der Propaganda. In der Bundesrepublik hat ja heute eine ganze Reihe von Rundfunkanstalten ihren Sitz, die unter diversen falschen Flaggen auftreten. „Freies Europa“, „Freiheitssender“ u. a. setzen im Grunde das finstere Werk der Concordia-Gruppe fort, und die antisowjetischen Sendungen der Kölner „Deutschen Welle“ hauen öfters in die Kerbe des Goebbels-Amtes.

Schnabel schreibt: „Das Wissen um die deutsche Rundfunkpropaganda im zweiten Weltkrieg ist aber nicht nur historisch interessant, sondern auch politisch wertvoll und notwendig.“

Das stimmt. Die westlichen Rundfunkanstalten, die Verleumdungen und Lügen mit Halbwahrheiten verbrämen und die Zuhörer mit vorgespigelter Objektivität ködern wollen, befehligen sich vieler Methoden, über die in den Dokumenten dieses Buches die Rede ist.

Juli 1967

28. Einheiten der amerikanischen und südvietnamesischen Truppen verletzen die Grenze Kambodschas und dringen in die Provinz Soairieng ein.

31. In Havanna beginnt die erste Konferenz der Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation unter Teilnahme von Delegationen aus Lateinamerika sowie von Beobachtern und Gästen aus anderen Ländern.

31.7.—4.8. In Kampala (Uganda) tagt das Befreiungskomitee der Organisation der Afrikanischen Einheit.

August

1. Von Kap Kennedy wird eine amerikanische Raumsonde „Lunar-Orbiter 5“ gestartet.

1.—5. In Khartum (Sudan) findet eine Außenministerkonferenz von 13 arabischen Staaten statt. Sie erörtert gemeinsame Maßnahmen zur



Behebung der Folgen der israelischen Aggression und zur Koordinierung der weiteren Israel-Politik.

2. Der jordanische Ministerpräsident Saad Jumaa bildet eine neue Koalitionsregierung.

3. Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit begibt den Tag der Solidarität mit dem Freiheits- und Unabhängigkeitskampf in den portugiesischen Kolonien.

● In Prag unterzeichnen die Tschechoslowakei und Westdeutschland ein Handels- und Zahlungsabkommen.

● Präsident Johnson gibt seinen Beschluß bekannt, mindestens weitere 45 000 USA-Soldaten nach Südvietnam zu entsenden.

3.—7. In Rumänien weist der Vizekanzler und Außenminister der Bundesrepublik, Willy Brandt, zu einem offiziellen Besuch. Dabei wird ein Abkommen über technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern unterzeichnet.

4. Im Iran finden Wahlen zum Medschlis, zum Senat und zur Konstituante statt. Den Sieg hat die Regierungspartei „Neuer Iran“ davongetragen.

5. Der Präsident Boliviens Rene Barrientos bildet die neue Regierung, eine Koalition dreier Parteien.

7. In Moskau trifft auf Einladung des Verteidigungsministers der UdSSR eine vom Verteidigungsminister der Syrischen Arabischen Republik, Divisionsgeneral Hafez el Assad, geführte Militärdelegation ein.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

NEUE SOWJETISCHE BRIEFMARKEN



Wertzeichen mit Coupon Briefmarkenschau der UdSSR „50 Jahre Oktoberrevolution“. Reproduktionen der ersten Briefmarke Sowjetrußlands und der Marke „W. I. Lenin in Rasliw“ (April 1967). Hellblau und dunkelgrün mit hellbraunem Coupon. Grafik: Lessegri. Emission: 25. Mai 1967.



Serie Partisanen im Großen Vaterländischen Krieg (drei Wertzeichen). 1. Generalmajor S. W. Rudnew, Held der Sowjetunion, ein Organisator und Führer der Partisanenbewegung in der Ukraine. Blau und olivbraun. 2. M. S.

Chartschenko, Held der Sowjetunion, Kommandeur einer Partisaneneinheit aus dem Gebiet Leningrad. Violett und dunkeloliv. 3. M. F. Schmyrew, Held der Sowjetunion, ein belorussischer Partisan. Dunkelbraun und olivbraun. Grafik: V. Pimenow. Emission: 24. April 1967.

100 Jahre Rotes Kreuz in unserem Lande, Spezialausgabe des Exekutivkomitees der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond. Rot und hellbraun. Grafik: Lessegri. Emission: 15. Mai 1967.



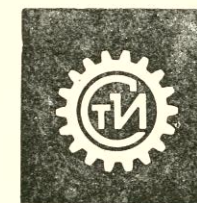
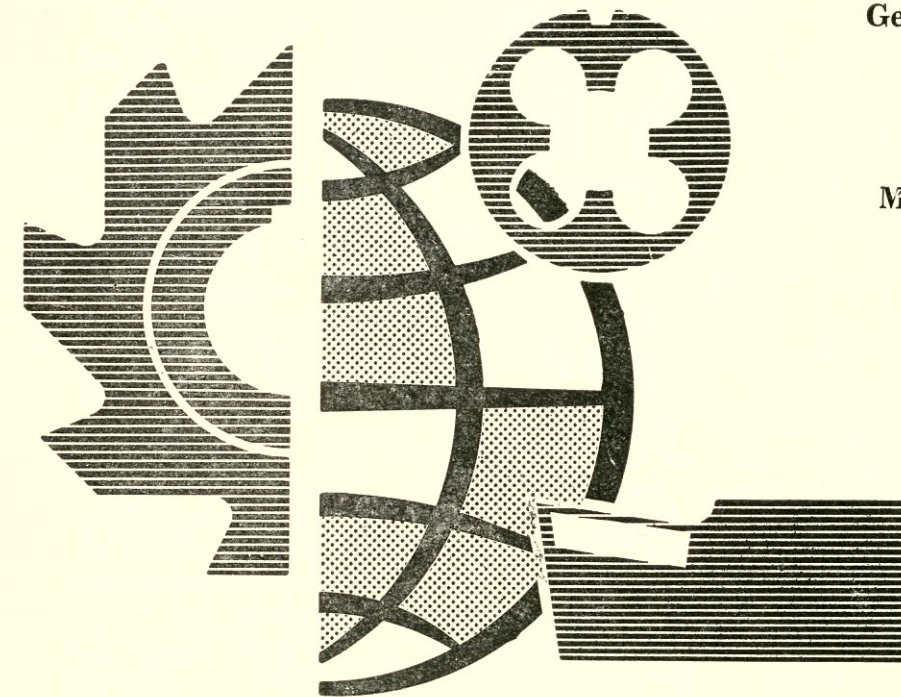
Zur 900-Jahr-Feier der Stadt Minsk. Links die Festungstürme des alten Minsk, rechts die heutige Stadt. Graugrün. Grafik: J. Taras. Emission: 9. Mai 1967.

SCHNEIDEWERKZEUGE AUS SORTENSTÄHLEN

V/O STANKOIMPORT exportiert

Normal- und Spezialinstrumente (Meter- und Zollmaße),

darunter Spiralbohrer,
Gewindebohrer, Schneideisen,
Senker, Reibahlen, Fräser,
Wälzfräser, Stößel,
Zahnobelmeißel,
Meißelköpfe für Zahnradbe-
arbeitung,
allerlei Räumwerkzeug,
Feilen, Nadelfeilen,
Raspel.



Die sowjetischen Schneidestähle
sind zuverlässig und dauerhaft.

V/O STANKOIMPORT
Moskau G-200
Telex 179

На немецком языке